

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Die österreichische Bankenlandschaft nach der
globalen Finanzkrise 2008

Verfasserin

Fulya Izgin, Bakk.

angestrebter akademischer Grad

Master of Science (MSc)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 066 915
Masterstudium Betriebswirtschaft
o. Univ.-Prof. Dr. Jörg Finsinger

1	EINLEITUNG	1
2	AUSWIRKUNGEN DER FINANZKRISE AUF DAS BANKENSYSTEM	3
2.1	Überblick Finanzkrise	3
2.1.1	Ursachen der Finanzkrise.....	3
2.1.1.1	Subprime-Kredite am Immobilienmarkt	3
2.1.1.2	Immobilienkrise führt zur internationalen Finanzkrise.....	5
2.1.1.3	Ölpreise	8
2.2	Folgen der Finanzkrise	8
2.2.1	Global.....	9
2.2.2	Österreichische Banken in der Krise	12
2.2.2.1	Kredite.....	12
2.2.2.2	Unternehmenssektor	13
2.2.2.3	Leistungsbilanz	14
2.2.2.4	Wertpapiere	14
2.2.2.5	Private Haushalte	14
3	AUSWIRKUNGEN DER FINANZKRISE AUF DIE REALWIRTSCHAFT	17
3.1	Globale Realwirtschaft.....	17
3.2	Österreichische Realwirtschaft.....	21
3.2.1	Kreditklemme	22
3.2.2	Konjunktur	22
3.2.3	Export und Import	24
3.2.4	Arbeitslosigkeit	26
3.2.5	Pension	27
3.2.6	Seelische Auswirkungen	28
4	AUSWIRKUNGEN DER FINANZKRISE AUF DIE STAATEN....	29
4.1	Weltweit	29
4.2	Europäische Union.....	29
4.3	Schwellen- und Entwicklungsländer	31
5	STABILISIERUNGSMÄßNAHMEN	32
5.1	Leitzins	32
5.2	Bankenwesen	34
5.3	Konjunkturprogramme	34
5.3.1	Global.....	35
5.3.2	Österreich	36
5.4	Reformvorschläge.....	38

5.4.1	Ziele der G20-Staaten	38
5.4.2	Umsetzung.....	41
5.4.2.1	Ungleichgewichte	41
5.4.2.2	Finanzaufsicht	42
5.4.2.3	Ratingagenturen	42
5.4.2.4	Manager.....	43
5.4.2.5	Hedge Fonds	44
5.4.2.6	Wertpapiermärkte	44
5.4.2.7	Eigenkapital.....	44
6	AKTUELLER ZUSTAND DER BANKENLANDSCHAFT	47
6.1	Global	47
6.2	Österreich	49
6.2.1	Schulden	49
6.2.2	Kredite	50
6.2.3	Private Haushalte	51
6.2.4	Banken.....	52
7	MODELL EINES ALTERNATIVEN NACHHALTIGEN BANKENSYSTEMS	55
7.1	Stärkung der Nachhaltigkeit	56
7.2	Schwächen und Lücken in der österreichischen Bankenstruktur.....	58
7.2.1	Verschuldung	58
7.2.2	Zinsen	60
7.2.3	Kasinokapitalismus	60
7.2.4	Aktionäre und Eigentümer	60
7.2.5	Managervergütung.....	61
7.2.6	Ratingagenturen	61
7.2.7	Osteuroparisiko	62
7.2.8	Aufsicht.....	64
7.2.9	Übertriebene Prognosen	65
7.3	Alternatives Modell.....	66
8	UMSETZUNG DES ALTERNATIVEN MODELLS	73
8.1	Vorkehrungen	73
8.2	Frühzeitige Reaktion	74
8.3	Abwicklungs- und Restrukturierungsmittel	74
8.4	Verbessertes Einlagensicherungssystem	75
8.5	Erschwertes Erlangen von Staatshilfen	76
8.6	Neustrukturierung der Managervergütung	76
8.7	Ratingagenturen	77
8.8	Transparenz	78

9	AUSBLICK	80
9.1	Realwirtschaft	80
9.2	Finanzwirtschaft	82
10	ZUSAMMENFASSUNG	84
11	QUELLENVERZEICHNIS	86
11.1	Literatur	86
11.2	Internet	86
12	ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	94
13	TABELLENVERZEICHNIS	94
14	LEBENS LAUF	95

1 Einleitung

Im Jahr 2008 erlitt die Finanzwelt die schwerste Krise seit der Weltwirtschaftskrise. Sie hatte sowohl auf das Bankensystem, als auch auf die Realwirtschaft und die Staaten gravierende Auswirkungen. Seit dem Ausbruch der Krise auf das globale Netzwerk wird noch heute versucht die Schäden zu beseitigen und Vorkehrungen zu treffen, um eine Stabilität im Bankensystem zu schaffen. In dieser Masterarbeit wird neben der globalen Situation, stets ein Bezug auf die österreichische Lage genommen. Der Hauptgegenstand ist hier die österreichische Bankenlandschaft nach der Finanzkrise. Die Forschungsfrage mit dem sich diese Arbeit beschäftigt ist, ob der bisherige Strukturwandel die Nachhaltigkeit des österreichischen Bankensystems bestärkt hat.

Zu Beginn dieser Arbeit wird ein Überblick über die Ursachen der Krise verschafft und die Gründe für die internationale Verbreitung erläutert. Dabei werden die wichtigsten Faktoren, die zu der Krise geführt haben, aufgezeigt und erkannt, dass nicht eine spezifische Ursache, sondern ein komplexes Bündel von Ursachen die globale Krise ausgelöst hat.

Darauf aufbauend werden die Auswirkungen der globalen Krise auf das Bankensystem, welches unmittelbar nach dem Krisenausbruch betroffen war, dargestellt. Anschließend werden die Folgen auf die Realwirtschaft und auf die Staaten näher erläutert, da diese wiederum eine Konsequenz der Bankenkrise waren. Dabei werden veranschaulicht, aus welchem Grund und in welchem Ausmaß die Wirtschaft und die Staaten in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Anschließend werden die getroffenen Gegenmaßnahmen vorgeführt, die zur Bewältigung der Krise dienten und die künftige Schwierigkeiten unterbinden sollten. Hier wurden verschiedene Methoden angewendet, die jedoch zum Teil neue Probleme in Verbindung mit den Staaten verursachten haben.

Der Inhalt dieser Masterarbeit ist es nicht nur die Krise zu resümieren, sondern auch den österreichischen Zustand zu analysieren und darauf basierend ein alternatives Modell mit einem stabileren System zu erschaffen. Hier wurde vorläufig die globale Lage angeführt und danach der aktuelle Stand der österreichischen Bankenlandschaft untersucht. Der Schwerpunkt dieser Arbeit ist

die Ausarbeitung eines Bankensystems, welche in der Zukunft die Voraussetzungen von Nachhaltigkeit und Stabilität erfüllen soll. Hierfür wurden die Schwächen des jetzigen Systems erkundet und basierend darauf ein alternatives Modell aufgestellt, die die aktuellen Systemnachteile beseitigen sollten. Im Anschluss wurden Regulierungen vorgeschlagen, um dieses alternative Modell umzusetzen.

Abschließend wurden die Aussichten der jetzigen Realwirtschaft und Finanzwirtschaft in Österreich festgehalten. Dabei wurden die Trends vorhergesagt, die sich für dieses und das kommende Jahr bilden werden.

2 Auswirkungen der Finanzkrise auf das Bankensystem

2.1 Überblick Finanzkrise

Die Finanzkrise ist eine globale Wirtschafts-, Finanz- und Bankenkrise, die überall auf der Welt zu einem deutlich abgeschwächten Wirtschaftswachstum oder zur Rezession geführt hat. „Die Auswirkungen reichen von starken Ergebnis- und Eigenkapitalbelastungen bis hin zu signifikanten Imageschäden und starken Vertrauensverlusten bei den Kunden.“¹ Sie begann im Jahr 2007 als eine Bankenkrise und hat ihren Ursprung hauptsächlich im Immobilienmarkt in den USA und in weiteren Aspekten. Daraus entwickelte sich eine Wirtschaftskrise und letztlich eine Schuldenkrise.

2.1.1 Ursachen der Finanzkrise

2.1.1.1 Subprime-Kredite am Immobilienmarkt

Bereits Anfang 2007 äußerten sich in den USA Schwierigkeiten am Immobilienmarkt in hohen Zahlungsausfällen bei den amerikanischen Hypothekenschuldnern. Diese sind auf die Kreditvergabe der amerikanischen Banken zurückzuführen und die dabei eingegangenen hohen Risiken aufgrund fahrlässiger Kreditvergabe.

Der Ausgangspunkt der Finanzkrise war die Vergabe von Subprime-Krediten, hochriskante Kredite an Schuldner, welchen normalerweise keine Kredite gewährt wurden. Bei einem Subprime-Kredit handelt es sich um einen Kredit mit höheren Zinsen als bei einem gewöhnlichen Kredit. Dieser Kredit wurde Kunden gewährt, die als sehr unzuverlässig galten oder über dessen Kreditwürdigkeit keine Information bekannt war.² Folglich brachten diese Kredite ein sehr hohes Risiko mit sich, da die Bankkredite an Kunden mit geringer Bonität gewährt

¹ Werner Böhnke, Bernd Rolfes, Die Banken in ihrer größten Krise – Wie geht es weiter? 1. Auflage, 2012, S.17

² Vgl. <http://www.investorwissen24.de/boersenlexikon/s/news/subprime-kredit/> (Zugriff: 01.05.13)

wurden. Des Weiteren wurden diese Kredite zu einem Zeitpunkt vergeben, wo die Immobilienwerte in den USA ungewöhnlich hoch waren, was daraus resultierte, dass sich immer mehr Amerikaner ein Eigenheim auf Kredit kauften. Dies führte dazu, dass die Nachfrage am Immobilienmarkt größer wurde und somit die Preise der Immobilien rapide anstiegen. Zusätzlich wurden die Kunden von einigen Banken nicht sachgemäß einer Überprüfung unterzogen. Die Nachfrage an Hypothekenkrediten war auch auf die Darstellung der Zinsen zurückzuführen. Dadurch kam es in den Jahren 2006/07 in den USA zu sehr vielen Kreditvergaben mit sehr hohen Risiken. Die Handlungsgründe, wieso Banken dieses Risiko auf sich nahmen, waren, dass sie durch diesen Boom von Hypothekenkrediten höhere Erträge erzielten.³

„Abgeschlossene Hypotheken-Kreditverträge waren oft mit variablen Zinsen versehen, die am Anfang für eine bestimmte Zeit attraktiv niedrig ausfielen und später an das Niveau eines durchschnittlichen Marktzinses gekoppelt waren.“⁴

Die Vorgehensweise der amerikanischen Banken mit dem Angebot von Subprime-Krediten war zu Beginn erfolgreich. Die Kunden zahlten ihre Raten mit dem niedrigen Zinssatz ab. Die Bauunternehmer, Zulieferer und Immobilienmakler machten hohe Profite und die Kunden erhielten ihr Wunschobjekt.

Jedoch ergaben sich nach und nach Zahlungsschwierigkeiten der Kunden. Im Jahr 2006 stieg der Leitzinssatz auf 5,25% und löste dadurch eine Kettenreaktion aus. Dies resultierte aus den steigenden Zinsen und den zahlungsunfähigen Kunden, welche nicht genug oder gar kein Einkommen hatten und ebenfalls keine nennenswerten Vermögenswerte besaßen. Folglich versuchten die Besitzer ihre Häuser zu verkaufen und es kam zusätzlich zu einer Zwangsversteigerung der durch Hypotheken besicherten Immobilien.⁵ Dieser Trend ergab, dass der Immobilienmarkt mit Häusern überhäuft wurde und durch dieses Überangebot somit die Immobilienpreise fielen. Die Banken konnten die Schulden nun weder von den Schuldnern eintreiben noch durch den Verkauf der Hypothek.

³ Vgl. <https://infocus.credit-suisse.com/app/article/index.cfm?fuseaction=OpenArticle&aoid=225926&lang=DE> (Zugriff: 01.05.13)

⁴ <http://www.kas.de/wf/de/71.7069/> (Zugriff: 01.05.13)

⁵ Vgl. <http://www.finanzkrisenspecial.de/finanzkrise-ab-2007.html> (Zugriff: 01.05.13)

Infolgedessen machten die Banken nun Verluste. So begann die Wirtschaft in den USA zu schwanken.

2.1.1.2 Immobilienkrise führt zur internationalen Finanzkrise

Die USA nutzten jedoch zuvor die Kredite zur Absicherung von Wertpapieren und entwickelten dadurch komplexe Finanzpakete. „Diese innovative Form der Finanzanlage sollte eine breite Streuung der Risiken bei Zahlungsausfällen sicherstellen und so das gesamte Risiko reduzieren.“⁶ Diese Finanzpakete dienten zur Beschaffung von neuem Kapital für neue Kredite, indem die Kreditforderungen verbrieft wurden. Dabei wurden die Zahlungsansprüche aus den Hypothekenkrediten mit deren Kreditrisiko aus ganzen Portfolien von Hypothekenkrediten in Zweckgesellschaften eingebracht. Diese wurden wiederum als Mortgage Backed Securities (MBS), was eine Art forderungsbesichertes Wertpapier ist, von den amerikanischen Banken an andere Banken, Investoren, Vermögensverwalter und Versicherungen weiter verkauft.⁷

Damit wurden Papiere mit sehr geringem Risiko garantiert, was wie eine perfekte Anlagemöglichkeit schien. Diese Anlageform wurde für Beschaffung vom notwendigen Kapital genutzt um neue Kredite zu ermöglichen. Die verbrieften Kreditforderungen wurden von einer Ratingagentur begutachtet und beurteilt. Der Preis wurde durch die Beurteilung von der Ratingagentur festgelegt. Hier wurde jedoch im Nachhinein festgestellt, dass die Ratingagenturen aus eigensinnigen Tatsachen gehandelt haben. Die Aufgabe der Ratingagenturen ist es nämlich, eine objektive Beurteilung der Finanzen von Unternehmen und Staaten abzugeben. Hier hingegen wurde entdeckt, dass die drei größten Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch mit den internationalen Großbanken und Hedgefonds, vor allem in den USA, in engem Zusammenhang standen und die Beurteilungen nicht objektiv stattgefunden hatten. Der Grund

⁶ <http://www.kas.de/wf/de/71.7069/> (Zugriff: 01.05.13)

⁷ Vgl. http://www.kath.de/lexika/wirtschaft_werte/finanzkrise_3_europaeische_banken_amerikanische_immobilienboom.html (Zugriff: 01.05.13)

war, dass die Agenturen mit Möglicherweise dem nicht ganz wahrheitsgetreuen beurteilen und dem herunterspielen bzw. missachten der Risiken dieser Kredite, höhere Renditen und größere Marktanteile bekamen. Somit waren die Ratingagenturen mitverantwortlich für die entstandene Finanz- und Wirtschaftskrise.⁸

Weiters mussten die Banken, die diese verbrieften Kredite gekauft hatten, Eigenkapital vorhalten und die US-Banken konnten wiederum ihre Eigenkapitalanforderung reduzieren. Auf diese Weise stand das Eigenkapital von Banken auf der ganzen Welt für den amerikanischen Immobilienmarkt zur Verfügung. „Dies ermöglichte eine gewaltige Ausweitung des Kreditvolumens an den US-Immobilienmarkt. Dazu kommt, dass Nicht-Banken wie Hedgefonds oder Zweckgesellschaften (SIVs) keinem bankaufsichtlichen Eigenkapitalanforderungen unterliegen, wenn sie diese Papiere kaufen.“⁹

Diese Verbriefung von Zahlungsansprüchen und dem Kreditrisiko fand zusätzlich auf einer zweiten Stufe statt. Hier wurden die gebildeten MBS-Tranchen in Zweckgesellschaften weiter bearbeitet und nochmals bewertet. In der zweiten Stufe wurden die Tranchen in Form von Collateralized Debt Obligation (CDO) wieder verbrieft und deswegen nochmals beurteilt. So wurden die davor schlechter bewerteten Tranchen herangezogen und die mit dem besten Rang erhielt eine erstklassige Bewertung von „AAA“.¹⁰

Nachdem die Kettenreaktion im Jahr 2006 aufgrund zahlungsunfähiger Schuldner ausgelöst worden ist, machten die Investoren (Hedgefonds, SIVs) nun ebenfalls Verluste. Die zuvor mit geringem Risiko bewerteten Papiere wurden während der Krise immer schlechter bewertet. Die Kunden von 2 Hedgefonds von Bear Stearns wurden in Kenntnis gesetzt, dass die im Jahr 2006 auf 1,5 Milliarden US-Dollar bewerteten Einlagen nun fast keinen Wert mehr hatten. Baufinanzierer mit der Spezialisierung auf Subprime-Krediten mussten bereits Gläubigerschutz beantragen. Eine weitere Reaktion war, dass diese Wertpapiere nicht einmal

⁸ Vgl. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16322> (Zugriff: 01.05.13)

⁹ <http://www.finanzkrisenspecial.de/finanzkrise-ab-2007.html> (Zugriff: 01.05.13)

¹⁰ Vgl. http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/081016_Argumentation-kompakt.pdf (Zugriff: 01.05.13)

mehr zu niedrigeren Preisen gekauft wurden, weil die Käufer kein Risiko eingehen wollten. Dieses Risiko war aus vielerlei Hinsicht begründet, wie beispielsweise durch den niedrigeren Wert der hypothekenbesicherten Wertpapiere, das zu hohe Risiko Verlustgeschäfte zu machen, die Unübersichtlichkeit dieser Wertpapiere und der außerbörsliche Handel vieler Papiere, wodurch es zu einer Marktpreisbildung kam und daher die Papiere schwierig bewertet werden konnten.¹¹

Aufgrund der Papiere mit dem geringeren Wert wurde das Eigenkapital der Banken kleiner. Das Eigenkapital musste nun erhöht werden, was entweder durch den Verkauf von Vermögenswerten oder durch Beschaffung von neuem Eigenkapital möglich ist. Die Banken waren gezwungen viele Vermögensgegenstände zu verkaufen. Die USA waren dadurch nicht der einzige Staat, der von dieser Krise betroffen war.

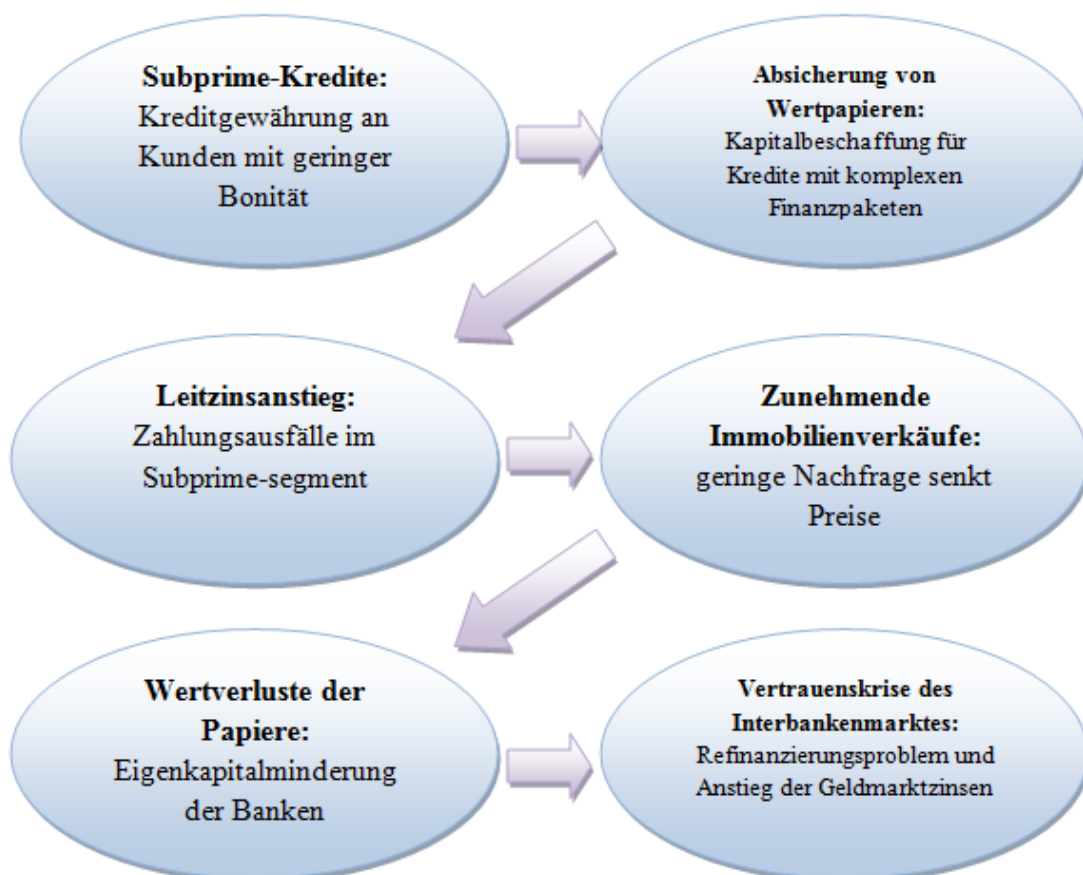


Abbildung 1: Entstehung der Krise

¹¹ <http://www.finanzkrisenspecial.de/finanzkrise-ab-2007.html> (Zugriff: 01.05.13)

2.1.1.3 Ölpreise

Zu den Verursachern der Krise zählten außer der Subprime-Krise zum Teil auch andere Faktoren, wie die Ölpreise.

Die knappen Ölressourcen sind unter anderem ein weiterer Grund für die Wirtschaftskrise. Durch die erhöhte Nachfrage, aufgrund sich entwickelnden Volkswirtschaften wie China und Indien, stieg die Anzahl der Konsumenten. Für Treibstoff und Heizen wurden Rekordpreise angesetzt.¹² Diese hatten problematische Folgen für Nordamerika und Europa. Nicht nur Treibstoff- und Heizkosten befanden sich auf einem Höhepunkt, sondern die Lebensmittelpreise stiegen ebenfalls deutlich, da die Produktion und der Transport selbst Treibstoff verbrauchen. In Entwicklungsländern war dies eindeutig erkennbar durch die Aufstände aufgrund der hohen Lebensmittelpreise.

Im Jahr 2008 stieg der Ölpreis zum ersten Mal in der Geschichte auf 100 Dollar. Der aufsteigende Kurs hielt weiterhin an und beeinträchtigte das Leben von vielen Konsumenten.

Die Wirtschaft konnte nicht mehr weiter wachsen und kam zum Stillstand. Ganz Europa wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die Rezession war die Folge, wie beispielsweise in Großbritannien und Deutschland. Weltweit wurden Verluste verzeichnet.

2.2 Folgen der Finanzkrise

Die Immobilienkrise mit dem Ursprung in den USA hatte auf der ganzen Welt ihre Auswirkung. Sie entwickelte sich von einer Bankenkrise zu einer globalen Finanzkrise und führte weltweit zu einem schwächeren Wirtschaftswachstum oder zur Rezession. „Die zusammengefasste Wirtschaftsleistung der ökonomisch hochentwickelten Staaten ist nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IMF – International Monetary Fund) im Jahr 2009 zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg geschrumpft und zwar um 3,2 Prozent gegenüber

¹² Vgl. <http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/rohstoffe/:finanzkrise-hoher-oelpreis-bedroht-die-weltwirtschaft/60123046.html> (Zugriff: 01.05.13)

dem Vorjahr.“¹³ Ausnahmen waren nur einige Staaten, die erst wenig ökonomisch entwickelt waren. In diesem Unterkapitel wird die Krise in den Banken untersucht.

2.2.1 Global

Amerikanische Banken mussten aufgrund des Immobiliensektors Insolvenz anmelden oder von der Regierung gerettet werden, um einen Dominoeffekt in der Finanzwelt zu verhindern. Zu diesen Institutionen zählen unter anderem Lehman Brothers, Bear Stearns, Freddie Mac, Merrill Lynch, Fannie Mae und AIG. Die amerikanische Regierung hatte ein allgemeines Rettungspaket in der Höhe von 700 Mrd. Dollar vorbereitet.¹⁴

Nachdem die Investmentbanken Verluste anzeigten und die Hedgfonds geschlossen wurden, kam es bei den Anlegern zu einer Verhaltensänderung am Kapitalmarkt, wo langfristige, durch Wertpapiere verbriefte Kredite und Beteiligungen an Börsen gehandelt werden. Die Anleger wurden risikoscheuer und wollten ihr Kapital nicht mehr in neue riskante Investitionen anlegen oder zogen ihr bereits investiertes Kapital wieder ab. Dadurch konnten die Banken sich nicht mehr refinanzieren.¹⁵

Die gesunkene Nachfrage für strukturierte Wertpapiere bedeutete, dass die Banken ihre Verluste auch nicht durch diesen Weg wieder ausgleichen konnten. Die Kreditzusagen der Banken wurden von den Zweckgesellschaften herangezogen. Die Reaktion war ein Abnehmen des Vertrauens zwischen den Banken, welches den Anstieg der Geldmarktzinsen begründete. Mitte 2007 stiegen die Aufschläge für Interbankenkredite in die Höhe. Bereits Mitte 2008 hatten weltweit Finanzinstitute und Großbanken Verluste von ca. 435 Mrd. Dollar.¹⁶

Schon 2007 meldeten die ersten amerikanischen Banken Insolvenz an. So tat es auch New Century Financial, ein amerikanischer Hypothekenfinanzierer, der sich

¹³ <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 01.05.13)

¹⁴ Vgl. <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 01.05.13)

¹⁵ Vgl. Rainer Sommer, Die Subprime-Krise, 1. Auflage, 2008, S. 81

¹⁶ Vgl. <http://www.finanzkrisenspecial.de/finanzkrise-ab-2007.html> (Zugriff: 01.05.13)

hauptsächlich mit schlecht besicherten Immobilienkrediten beschäftigte und zum Schluss einen Verlust von 450 Millionen Dollar hatte.¹⁷

Bear Stearns, eine Investmentbank, und somit keine Geschäftsbank, die deshalb zur Krisenzeit nicht auf Kundeneinlagen zurückgreifen konnte, musste neues Kapital am Interbankenmarkt verschaffen. Da durch die Insolvenz von Bear Stearns hunderte andere Banken und Fonds betroffen werden würden, gab die Federal Reserve Board eine Garantie für die Subprime-Kredite in der Höhe von 29 Mrd. Dollar. Dies war das erste Mal, dass Verluste eines privaten Institutes von der amerikanischen Regierung übernommen wurde. Federal Reserve Board organisierte eine Übernahme von Bear Stearns durch JP Morgan. Somit fingen die großen Institutionen an sich auf die Rettung von der amerikanischen Regierung zu verlassen. Um das Vertrauen der amerikanischen Bürger in die USA und ihre Zahlungsfähigkeit nicht zu verlieren, wurde den großen Instituten geholfen und vor der Insolvenz bewahrt. So wurde im Verlauf der Krise die Kontrolle von Fannie Mae und Freddy Mac übernommen. Die Last dieser Milliarden unsicheren Immobilienkredite lag nun bei den amerikanischen Steuerzahlern.¹⁸

Lehman Brothers wurde von der Regierung nicht gerettet, weil sie nicht so vernetzt mit den anderen Institutionen war und somit keine Kettenreaktion auslösen würde. Sie wurde ebenfalls nicht aufgekauft, da die Regierung keine staatlichen Garantien gegeben hatte. Dadurch meldete Lehman Brothers Insolvenz an und der Interbankenmarkt kam letztendlich zum Stillstand.¹⁹

In den Aktienmärkten kam es zu rasanten Kurseinbrüchen. „Die Verknappung der Liquidität von Banken und die allgemeine Verunsicherung führten letztlich auch zu einem Überspringen der Krise auf den Nicht-Finanzbereich.“²⁰ Dieser Verlauf lässt sich simple erklären. Das Eintreffen der Krise bei den Banken führte zu einer Verringerung des Eigenkapitals. Diesem Problem wurde entweder durch Zuführung von neuem Kapital oder durch Öffnen ihres Kapitals für neue Aktionäre entgegen gewirkt. Das half den größten Banken dem Konkurs zu entgehen und das Insolvenzrisiko erheblich zu senken. Jedoch war das bei

¹⁷ Vgl. <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 01.05.13)

¹⁸ Vgl. Frey Eric, Mit der Krise leben lernen, 2009, S. 26ff

¹⁹ Vgl. Frey Eric, Mit der Krise leben lernen, 2009, S. 28ff

²⁰ <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 01.05.13)

einigen Banken nicht ausreichend und sie hatten im Endeffekt weniger Kapital als vorher. Hinzu kam, dass die Bankaufsicht strenger wurde. Die Konsequenz war, dass die Banken viel vorsichtiger wurden. Sie agierten risikoscheu und liehen kein Geld mehr aus. Das immer weniger werden von Krediten führte zu einem Austrocknen der Finanzmärkte. Die Realwirtschaft erhielt weniger Geld, die Fremdkapitalquote stieg und die Kurse von Finanzwerten sanken. Somit wurde letztendlich die Realwirtschaft beeinträchtigt.

Diese Vertrauenskrise unter den Banken und Zurückhaltung bei Kreditvergaben verleitete die Zentral- und Notenbanken Unmengen an Geld in den Umlauf zu bringen. So wurden milliardenhohe Beträge weltweit in den Markt eingeschleust, um die Wirtschaft mit Geld und niedrigen Zinsen anzukurbeln. Vor allem USA und Europa waren an dieser Aktion beteiligt, die schon im Jahr 2007 auf über 100 Mrd. Dollar seitens USA und über 350 Mrd. Euro in Europa betraf. Die Folge war, dass Schulden in Rekordhöhe angesammelt wurden und der Dollar erheblich an Wert verlor und eine Inflation von über 4% verursachte.²¹

Die Inflation verursachte wiederum, dass die Sparer ihr Verhalten änderten, denn nun verlor ihr erspartes Geld sehr schnell an Wert. Sie erlitten die Nachteile von der neuen Geldpolitik, wie hohe Ausfallwahrscheinlichkeit und niedrige Renditen, und fingen an weniger zu sparen als zuvor. Dies wirkte sich auf die Wirtschaft und die Gesellschaft aus.²²

Das nächste Problem konnte man im Kreditkartengeschäft beobachten. Hier konnten die Kontoinhaber ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen, die allein in der Bank of America 1Billion Euro betrugen.²³

Um die Größenordnung der Finanzkrise der Finanzunternehmen zu erkennen, wurde der Abschreibungsbedarf herangezogen. Hier wurden die Wertverluste der Aktiva bilanziert, welches aber jährlich korrigiert wurde. Der im Jahr 2008 noch

²¹ Vgl. <http://www.sein.de/archiv/2008/april-2008/die-finanzkrise-wird-zur-vertrauenskrise.html> (Zugriff: 01.05.13)

²² Vgl. <http://www.sein.de/archiv/2008/april-2008/die-finanzkrise-wird-zur-vertrauenskrise.html> (Zugriff: 01.05.13)

²³ Vgl. <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 01.05.13)

auf 945 Mrd. Dollar belaufene Abschreibungsbedarf, wurde Ende des Jahres 2009 bereits über 4 Billionen Dollar eingeschätzt.²⁴

Die weltweite Entwertung von Vermögensgegenständen belief sich bereits ein Jahr nach dem Ausbruch der Krise auf 50 Billionen Dollar, welches sich aus den gefallen Immobilienpreisen, Kursen an der Börse und Verkäufen der eigenen Anlagen zusammensetzt.

2.2.2 Österreichische Banken in der Krise

Dieses Unterkapitel befasst sich mit dem Eintreffen der Finanzkrise in Österreich und ihre Folgen.

Die Krise in Österreich wurde von der Subprime-Krise aufgrund der komplexen Finanzpakete ausgelöst, die international und auch in Österreich gehandelt wurden. Die Knappheit an Kapital führte auch in Österreich zu risikoscheuem Handeln und Vertrauensverluste unter den Marktteilnehmern. Beispielsweise hatte hier die Finanzmarktaufsicht 2008 die Konten bei der isländischen Kaupthing Bank von Österreich, Deutschland und Finnland gesperrt um die Verschiebung von Geld ins Ausland zu verhindern, weil die isländische Bank aufgrund der Krise mittlerweile Komplikationen hatte.²⁵

2.2.2.1 Kredite

Die Bankaufsicht wurde strenger, die Kreditbedingungen wurden, vor allem im Firmenkundengeschäft, verschärft und der Zugang zur Refinanzierung am Interbankenmarkt und auf den Kapitalmärkten wurde schwieriger. „Ursache für die zurückhaltende Kreditpolitik waren vor allem die Finanzierungsbedingungen auf dem Geld-oder Anleihemarkt sowie die Liquiditätsposition der Banken.“²⁶ Zudem stiegen die Zinssätze bei risikoreichen Anleihen beachtlich an.

Zwar hatte Österreich vergleichsweise mit anderen Ländern weniger Belastung von strukturierten Krediten, aber die Krise war in der Ertragslage von den Banken trotzdem unübersehbar. Dies war unter anderem darauf zurückzuführen, dass

²⁴ Vgl. <http://www.sgip.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 01.05.13)

²⁵ Vgl. <http://www.wien-konkret.at/wirtschaft/boerse/boersenkrach2008-2009/> (Zugriff: 01.05.13)

²⁶ http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_schwerpunkt01_tcm14-139948.pdf (Zugriff: 01.05.13)

heimische Unternehmen und Haushalte den gleichen Bedingungen für Kreditvergabe unterlegen waren, wie alle anderen europäischen Länder auch, obwohl Österreich ihre Finanzierungsfunktion für die Realwirtschaft weiterhin erfüllt hatte.²⁷

Die Außenfinanzierung von Krediten österreichischer Banken war ebenfalls rückläufig. Das Kreditwachstum wurde zunehmend schwächer und letztlich negativ.

2.2.2.2 Unternehmenssektor

Im Krisenjahr 2008 reduzierte sich die Außenfinanzierung mit einem Drittel um 22,4 Mrd. Euro. Hier verminderte sich die Außenfinanzierung bei den Unternehmen auf 36%, welches sich zu Beginn des Jahres 2008 noch auf 50% befand. Die Innenfinanzierung für die Unternehmen stieg im Gegensatz mit 39 Mrd. Euro um 8%.²⁸

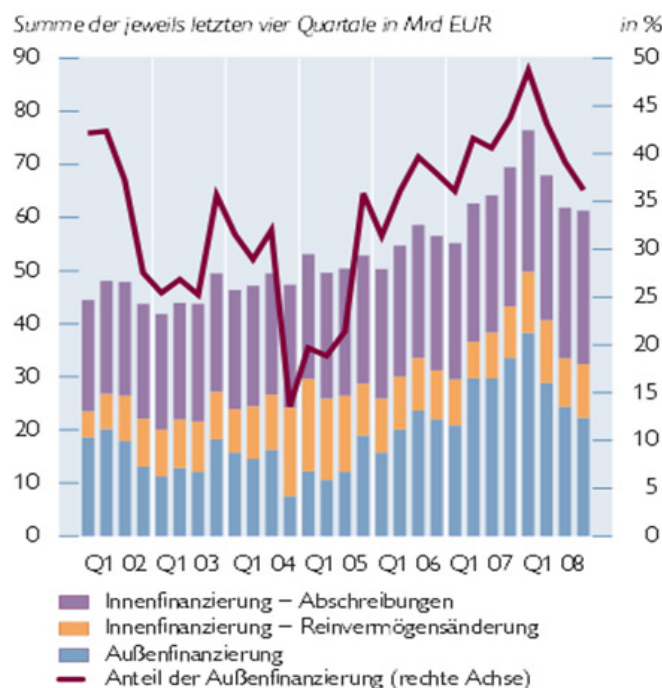


Abbildung 2: Innen- und Außenfinanzierung des Unternehmenssektors²⁹

²⁷ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_schwerpunkt01_tcm14-139948.pdf (Zugriff: 01.05.13)

²⁸ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_bericht03_tcm14-139946.pdf (Zugriff: 01.05.13)

²⁹ http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_bericht03_tcm14-139946.pdf (Zugriff: 01.05.13)

2.2.2.3 Leistungsbilanz

Die Leistungsbilanz des Landes hatte nichtsdestotrotz zufriedenstellende Werte. Die ausschlaggebenden Gründe hierfür waren eine sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit, Tourismus, erfolgreiche Innovationen der österreichischen Unternehmen und ein Ausbildungsniveau, welches international angesehen ist. Die Bilanz zeigte im Jahr 2008 einen Überschuss von 9,8 Mrd. Euro. Österreich konnte nicht nur die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland verringern, sondern wurde somit Kapitalexporteur und war nicht abhängig von Kapitalimporten. Diese Kapitalexporte wurden in diesem Fall mit Krediten und Einlagen (sonstige Investitionen) erreicht. Der Bankensektor machte 27 Mrd. Euro aus.³⁰

2.2.2.4 Wertpapiere

Am österreichischen Wertpapiermarkt war ebenfalls die Krise spürbar. Die Kurse der Aktien sanken infolge vom Verkaufsdruck am Markt. Der bisher kontinuierlich steigende Marktwert zwischen 1999 bis 2007 stoppte und sank ab 2007 rapide auf den Wert von 1999 zurück. Die Auswirkungen waren in Milliarden Höhe zu beobachten, denn der Wert der österreichischen Aktien verringerte sich im Jahr 2008 um 90 Milliarden Euro. Dadurch war die Chance einer Kapitalaufnahme an der Börse verringert und die Finanzierung über die Börse wurde gestoppt.³¹

2.2.2.5 Private Haushalte

Der nächste Aspekt, wodurch die Krise in Österreich erkennbar wurde, war die Verhaltensänderung der Kunden. Nach dem die einheimischen Kunden sich der Krise bewusst wurden, folgten die nächsten Konsequenzen der Krise. Die Kunden zogen ihre Spareinlagen ab, trotz der Zusicherung der Banken, dass es keine Gefahr für die Bankgelder gab. Hohe Abflüsse von Einlagen wurden festgestellt, wobei das Geld teilweise wiederrum in die Safes gelegt wurde, um sie gesichert aufbewahren zu können. Das Ziel der Privatanleger war es, sich von

³⁰ Vgl. http://www.format.at/articles/0918/525/241497_s1/oesterreich-vorjahr-rekord-leistungsbilanz-9-8-mrd-ueberschuss (Zugriff: 01.05.13)

³¹ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_bericht03_tcm14-139946.pdf (Zugriff: 01.05.13)

den Bankanleihen zu trennen, welches im Jahr 2008 noch als zweite Hauptinvestition gegolten hatte, und vermehrt in den Staat zu investieren oder jene Aktien zu kaufen, die nach der Krise Aktieneinbrüche erlitten.³²

In der nachfolgenden Grafik erkennt man den Verlauf der Investmentzertifikate und der börsennotierten Aktien, die sich im Besitz der privaten Haushalte befanden. Dabei werden die ersten Quartale in den Jahren 2003 bis zur Krise 2008 dargestellt:

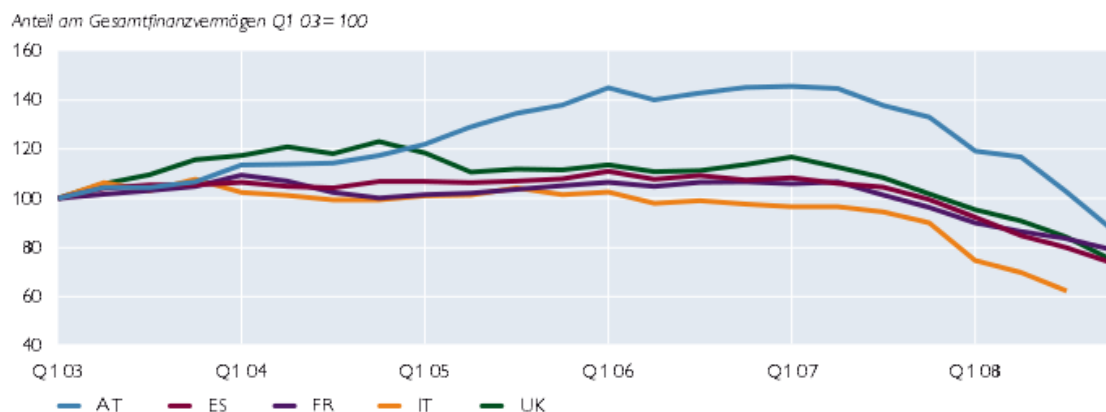


Abbildung 3: Börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate³³

In dem Finanzportfolio der heimischen Haushalte befindliche risikoreiche Papiere machten in den Jahren 2003-2008 durchschnittlich 13,8% aus. In dieser Grafik ist ersichtlich, dass sich die Höhe der Investmentzertifikate und Aktien im Portfolio während dieser Zeit sehr stark variiert hat. Sie hebt sich im Vergleich zu den anderen als Beispiel gewählten EU-Ländern wie Spanien, Frankreich, Italien und Großbritannien sehr stark hervor. In der Grafik ist deutlich zu erkennen, dass risikoreiche Papiere in Österreich vor der Finanzkrise eine sehr hohe Relevanz bei den privaten Haushalten hatten als nach dem Beginn der Krise, wo sie sogar auf die Werte von den anderen EU-Ländern sank. Die Verluste aus der Veranlagung in handelbare Wertpapiere des privaten Haushaltssektors beliefen sich zwischen 2007 und 2009 auf 29 Milliarden Euro.³⁴

³² Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_schwerpunkt01_tcm14-139948.pdf (Zugriff: 01.05.13)

³³ http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_schwerpunkt01_tcm14-139948.pdf (Zugriff: 01.05.13)

³⁴ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_schwerpunkt01_tcm14-139948.pdf (Zugriff: 01.05.13)

„Kursrückgänge auf den Kapitalmärkten führten auch zu einer Verringerung des Marktwerts der Veranlagungsbestände von Versicherungsunternehmen und Pensionskassen. Die Ansprüche privater Haushalte waren davon im geschätzten Ausmaß von 2,3 Mrd. EUR betroffen.“³⁵

Betrachtet man das Finanzvermögen der privaten Haushalte, welches sich aus Bargeld, Investmentzertifikate, Einlagen, Aktien und sonstige Beteiligungen, verzinsliche Wertpapiere, Ansprüche gegenüber Versicherungen, Pensionskassen, betriebliche Vorsorgekassen und sonstige finanzielle Aktiva bildet, so stagnierte es im Jahr 2008 mit 416 Mrd. Euro, was so hoch war wie im Jahr zuvor.³⁶

„Steigende Ausfallraten, veränderte Kreditbedingungen für Unternehmen und Haushalte und eine abnehmende Bedeutung von Aktien in der Veranlagung von privaten Haushalten sind die Folgen der Finanzkrise.“³⁷

³⁵ http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_schwerpunkt01_tcm14-139948.pdf (Zugriff: 01.05.13)

³⁶ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_schwerpunkt01_tcm14-139948.pdf (Zugriff: 01.05.13)

³⁷ http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_schwerpunkt01_tcm14-139948.pdf (Zugriff: 01.05.13)

3 Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft

In diesem Kapitel werden die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Realwirtschaft dargestellt. Dazu wird zunächst der Begriff Realwirtschaft erklärt und ihre Bedeutung festgelegt.

Unter Realwirtschaft versteht man die Wirtschaft, die sich mit nicht-finanziellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigt. Dem steht der Finanzsektor, unter anderem Finanzmärkte, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, welches sich mit Finanzaktiva befasst, gegenüber. Es wird hier also zwischen Güter- und Geldströmen unterschieden. Doch können die Realwirtschaft und die Finanzwirtschaft nicht ohne einander agieren. In der Weltwirtschaft befinden sich private Haushalte, Unternehmen und Staaten. Während private Haushalte ihr Kapital in den Finanzmarkt investieren, nehmen Unternehmen und Konsumenten Kredite für Investitions- und Gebrauchsgütern auf. Es werden also Güter und Dienstleistungen aufgrund der eingegangenen finanziellen Beziehungen gebraucht. Somit ist für die Wirtschaft der Finanzsektor unverzichtbar.³⁸

Jedoch gab es einige Situationen in der Finanzwelt, wodurch der Bezug zur realen Welt nicht mehr nachvollziehbar war. Hier wurden Vermögensgegenstände, wie Immobilien, Wertpapiere und risikolose Renditeansprüche nicht der Sachlage entsprechend beurteilt und es wurden in Spekulationsgeschäften Finanztransaktionen durchgeführt, die als Einbringung von Renditen dienten und nur mehr im Finanzsystem stattfanden. Dieses Abweichen von der Realität war, wie im Kapitel davor erwähnt, Mitauslöser der Krise.³⁹

3.1 Globale Realwirtschaft

Die Finanzkrise hatte dabei unterschiedliche Folgen auf die Realwirtschaft:

- Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für Haushalte, Unternehmen und dem Staat

³⁸ Vgl. <http://www.kas.de/wf/de/71.7115/> (Zugriff: 01.05.13)

³⁹ Vgl. <http://www.kas.de/wf/de/71.7115/> (Zugriff: 01.05.13)

- Restriktive Kreditvergabe der Banken, angesichts Abschreibungen vom Eigenkapital der Banken
- Höhere Risikoaufschläge bei Anleihen
- Schwierigere Finanzierung von grenzüberschreitenden Geschäften
- Vermögenspreisfall durch Rückgang von Ausgaben für Investition und Konsum
- Neue Konzepte für Investition und Konsum aufgrund Unsicherheiten am Markt
- Schlechtere Konjunktur, wegen gesunkener Nachfrage
- Arbeitslosigkeit infolge von Produktionsrückgängen
- Verluste bei Pensionsfonds
- Schwierigkeiten bei Unternehmen richtige Prognosen zu erstellen

Schon 2008 waren vorerst die USA, danach Westeuropa und Japan und letztendlich die ganze Welt von den Folgen betroffen. In den USA, die als erster die Finanzkrise zu spüren bekam, waren inzwischen nicht nur Konsumenten, sondern vor allem auch Unternehmen von der eingeschränkten Kreditvergabe betroffen. Diese weitete sich auf Industrieländer und Europa aus, welche überall eine Erhöhung der Risikoaufschläge zur Folge hatte. Da dadurch die Unternehmensfinanzierung gestreut werden sollte. In den USA und Europa wurden 2009 1Bio. Dollar mehr an Anleihen als im Jahr zuvor aufgelegt. Unternehmensanleihen, die 2007 einen Risikoaufschlag von 1% hatten, hatten beispielsweise die BMW-Anleihen 2009 eine Rendite von 8,9%.⁴⁰ Dies zog wiederum noch einen Rückgang der Aktienkurse nach, weil die Befürchtung auf weitere Auswirkungen auf die Realwirtschaft bestand.

Die Kreditklemme war eine Reaktion auf die Finanzkrise, die sich wiederum auf die Realwirtschaft auswirkte. Sie ist eine Folge von der Wertberichtigung in den Finanzinstitutionen. Die Abschreibungen bei den Banken verringerten deren Eigenkapital, aber da eine Mindestrelation zwischen Eigenkapital und Krediten herrschen muss, die Banken aber kein neues Eigenkapital beschaffen konnten, waren die Banken nicht mehr bereit oder in der Lage Kredite an die

⁴⁰ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/bb_folien_finanzmarktkrise.pdf (Zugriff: 01.05.13)

Realwirtschaft zu vergeben. So mussten die Banken ihre Kreditvergabe beschränken, vor allem auf sichere Investitionen.⁴¹

„So führt eine Kreditklemme über weniger Investitionen und Konsum zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der wiederum zur Freisetzung von Arbeitskräften führt. Da sich mit erhöhter Arbeitslosigkeit das verfügbare Einkommen verringert, geht der private Konsum weiter zurück. Das hat nochmals negativen Einfluss auf Produktion, Investitionen und Beschäftigung.“⁴²

Der Grund für diese Entwicklung in der Realwirtschaft ist, dass die Maschinen in der Industrieproduktion sehr kostspielig sind und finanziert werden müssen. Allerdings kriegen die Unternehmen kein Kapital zur Vorleistung aus wirtschaftlichen Gründen oder die Verträge laufen aus und werden nicht durch neue Verträge ersetzt. Dadurch werden die laufenden Projekte nicht mehr ausgeführt oder es werden keine neuen mehr angenommen. Infolgedessen wird Personal abgebaut. Das entlassene Personal kriegt zwar Arbeitslosengeld, das aber nicht mehr so hoch wie das ursprüngliche Gehalt ist. Deswegen reduziert sich der Konsum und die Nachfrage bei den Unternehmen sinkt. Die Unternehmen bekommen weniger Aufträge und es wird wieder Personal abgebaut bis am Ende das Unternehmen gar kein Geld für das Personal aufbringen kann und es Insolvenz anmeldet.⁴³

Die daraus entstehende Arbeitslosigkeit wurde immer höher. In den USA befand sich die Arbeitslosenquote 2 Jahre nach dem Krisenausbruch bei 9,8% aufgrund 7,6 Mio. weniger Arbeitsplätze.⁴⁴ Laut statistischen Auswertungen können 61% der Amerikaner nach ihrer Kündigung auf ihr Ersparnis zurückgreifen, womit sie aber nur maximal 3 Monate auskommen.⁴⁵

⁴¹ Vgl. <http://www.kas.de/wf/de/71.7108> (Zugriff: 01.05.13)

⁴² <http://www.kas.de/wf/de/71.7115/> (Zugriff: 01.05.13)

⁴³ Vgl. <http://www.finanzkrisen.net/die-auswirkung-der-finanzkrise-auf-die-realwirtschaft/> (Zugriff: 01.05.13)

⁴⁴ Vgl. <http://www.wiwo.de/politik/konjunktur-us-arbeitslosigkeit-so-hoch-wie-seit-1983-nicht-mehr/5580990.html> (Zugriff: 01.05.13)

⁴⁵ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/bb_folien_finanzmarktkrise.pdf (Zugriff: 01.05.13)

In Europa betrug die Arbeitslosenquote 2010 bereits 10%, was seit 1998 nicht mehr der Fall war. Dies entsprach 15,7 Mio. Arbeitslosen in Europa und somit 3 Mio. mehr als im Vorjahr 2009.⁴⁶

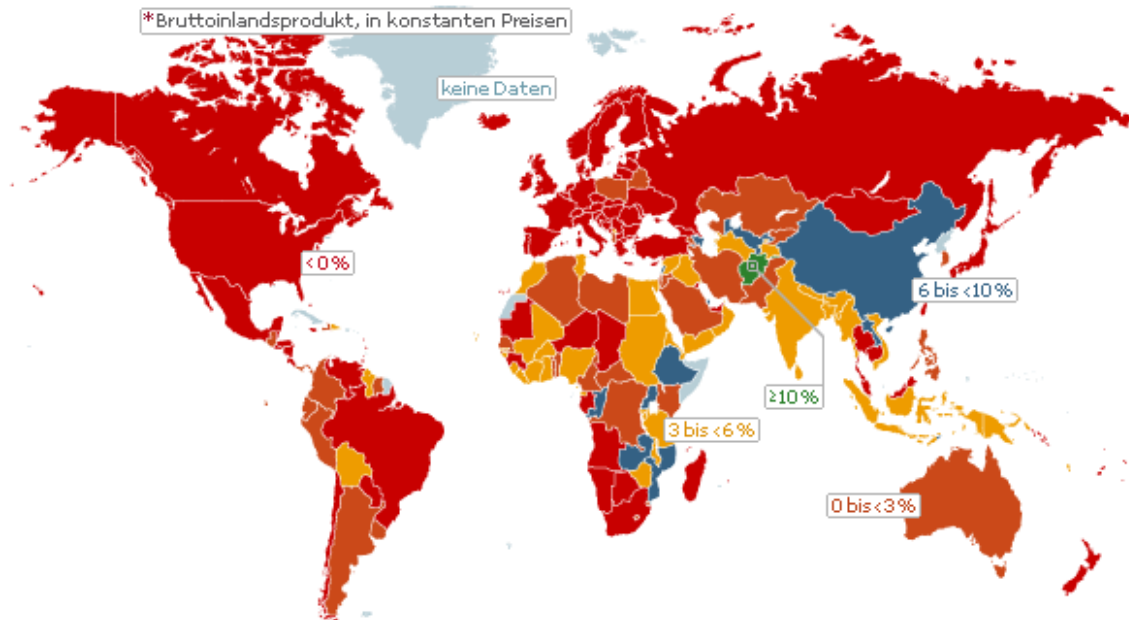


Abbildung 4: Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts⁴⁷

In Abbildung 3 erkennt man die weltweite Veränderung des Bruttoinlandprodukts im Jahr 2009.

Ein anderer Effekt der Kreditklemme ist die damit einhergehende Senkung der Güterpreise. Werden nun beispielsweise weniger Hypothekenkredite vergeben, werden neue Immobilien nicht mehr gekauft, da den Käufern das nötige Geld dazu fehlt. Dies hat erstens zur Folge, dass die Immobilienpreise, wegen dem Nachfragerückgang, sinken, und zweitens werden dadurch die Nettoimmobilienpreise von den Haushalten negativ, denn ihr Vermögen ist nicht mehr so viel Wert wie vorher.

⁴⁶ Vgl. <http://www.wiwo.de/politik/trotz-rezessions-ende-jobkrise-in-euro-zone-verschaerft-sich-deutlich/5609816.html> (Zugriff: 01.05.13)

⁴⁷ <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 01.05.13)

Die Pensionsfonds mit hohen Wertpapieranlagen waren zu Asset-Verkäufen notgedrungen, wodurch die Kurse fielen und sie Verluste machten. Allein in den USA waren die Pensionsfonds 17% weniger wert. In jenen Staaten, wo die Altersvorsorge Pflicht war, betrugen die Verluste schon im Jahr 2008 20-25%. Dadurch wurden die Auszahlungen kleiner. Der Marktwert von privaten Pensionsansparplänen ist im ersten Krisenjahr um 3,6 Bio. Euro gesunken.⁴⁸

Ein weiteres Resultat in der Realwirtschaft waren Produktionsrückgänge bei der Automobilherstellung in den Industrieländern. In Europa sank die Industrieproduktion im ersten Jahr schon um mehr als 20%, welches dem Rückgang der Industrieproduktion vom ersten Jahr der Weltwirtschaftskrise 1930 entspricht. Viele Automobilhändler mussten ihre Produktion einschränken und den Prognosen nach handeln. So hatte BMW, Daimler und Europas größter Autobauer Volkswagen (VW) beschlossen, ihre Arbeitnehmer in Kurzarbeit zu schicken. Dies bedeutete eine kürzere Arbeitszeit mit dementsprechend weniger Lohn für die Arbeitnehmer.⁴⁹

3.2 Österreichische Realwirtschaft

Die Wirtschaft in Österreich blieb von der Krise nicht unberührt. Neben dem Finanzsektor hatte Österreich auch, wie jedes andere Land, ernsthafte Konsequenzen in der Realwirtschaft zu tragen.

Viele der oben genannten realwirtschaftlichen Auswirkungen auf der Welt trafen auch auf Österreich zu. Hier herrschten auch Probleme immer richtige Prognosen für die Zukunft zu erstellen, eine schlechtere Konjunktur, die Finanzierungsschwierigkeiten bei grenzüberschreitenden Geschäften, Verluste bei den Pensionsfonds und gestiegene Arbeitslosigkeit. In diesem Unterkapitel werden jedoch nur einige wichtige Punkte angeführt, die in Österreich mehr ausgeprägt sind oder Österreich anders getroffen haben als die restliche Weltwirtschaft.

⁴⁸ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/bb_folien_finanzmarktkrise.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁴⁹ <http://www.duden.de/rechtschreibung/Kurzarbeit> (Zugriff: 05.05.13)

3.2.1 Kreditklemme

Das Kreditvolumen in 2009 ist in Österreich nicht mehr so stark gewachsen wie in den Jahren zuvor, aber sie kam nicht zum Stillstand. Die Unternehmen in Österreich waren bisher von einer Kreditklemme nicht sehr betroffen. Hier konnten selbst während der Krise über 85% der Unternehmen ohne viele Komplikationen einen Kredit aufnehmen. Lediglich Banken, die langfristige größere Projekte planten, und einige Unternehmen hatten bei einer Kreditanfrage Schwierigkeiten.⁵⁰

3.2.2 Konjunktur

Die österreichische Wirtschaft blieb nicht von der Krise unverschont. Das reale Bruttoinlandsprodukt und neue Auftragseingänge in der inländischen Industrie wurden rückläufig. Auch die Investitionen in Österreich wurden immer weniger. Die Folge war, dass weniger produziert wurde und die einst erwirtschafteten Leistungen nicht mehr erreicht wurden. Die Unternehmen verzeichneten weniger Gewinn.⁵¹

In der nächsten Grafik wird das Wirtschaftswachstum von Österreich dargestellt und mit internationalen Entwicklungen verglichen. Die verheerenden Folgen für die internationale Wirtschaft waren unverkennbar. Den tiefsten Punkt erreichten alle Länder nahezu gleichzeitig im Jahre 2009.

⁵⁰ <http://www.kreditheini.at/2009/02/keine-kreditklemme-in-osterreich/> (Zugriff: 05.05.13)

⁵¹ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_bericht03_tcm14-139946.pdf (Zugriff: 05.05.13)

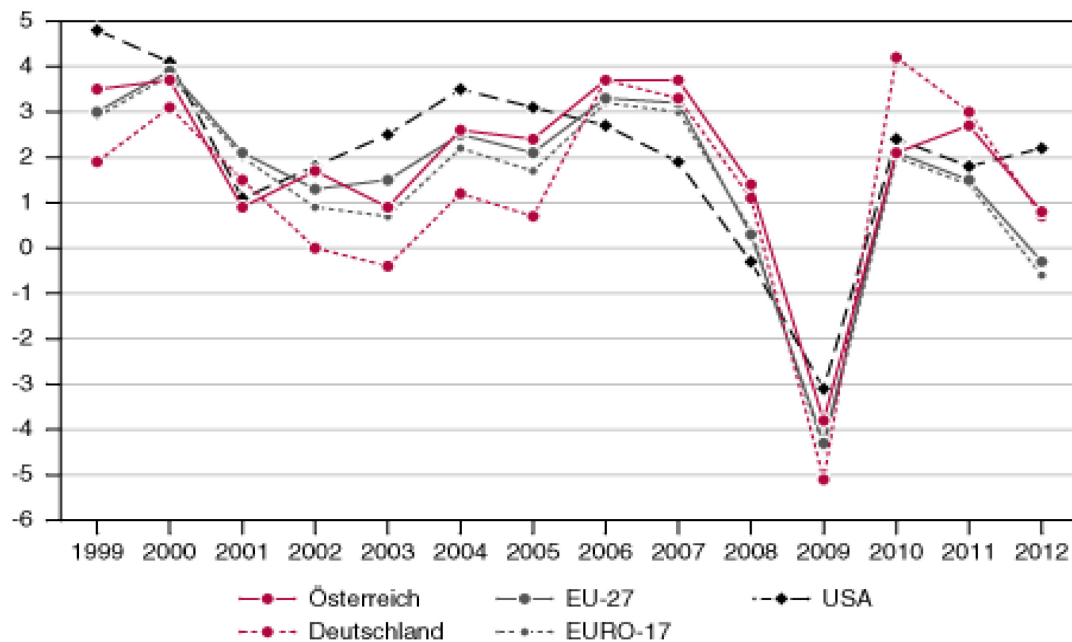


Abbildung 5: Das internationale Wirtschaftswachstum⁵²

Im Jahr 2008 belief sich das gesamtstaatliche Budgetdefizit auf 1,3 Mrd. Euro, also 0,5% des BIP. Während des Jahres waren deutliche Veränderungen wahrzunehmen. Die Wirtschaftsleistung hatte einen Rückgang von 3,9%. Die Verschuldungsquote belief sich auf 67,5%. Hier gab es ein Budgetdefizit von 9,6 Mrd. Euro, was 3,5% des BIP entspricht. Der Grund für diesen Anstieg waren die Ausgaben für die höhere Arbeitslosenanzahl, dem Steuerreform 2009 und den Konjunkturbelebungsprogrammen.⁵³ „Die umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen konnten die Folgen der ausgeprägten Rezession 2009 auf die Realwirtschaft und die Verwerfungen auf den Finanzmärkten aber spürbar mildern.“⁵⁴ Die Konjunktur konnte sich durch diese Maßnahmen erholen, was in den kommenden Kapiteln noch näher erklärt wird.

2010 stieg der BIP um 2%, welches ca. das durchschnittliche Wachstum in Österreich ist.

⁵² http://www.statistik.gv.at/web_de/wcmsprod/groups/v/documents/webobj/023738.gif (Zugriff: 05.05.13)

⁵³ Vgl.

http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/studie_text_budgetentwicklung_bundeslaender_2009_final_tcm163-235698.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁵⁴ http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/studie_text_budgetentwicklung_bundeslaender_2009_final_tcm163-235698.pdf (Zugriff: 05.05.13)

3.2.3 Export und Import

Zu Beginn ließen sich die österreichischen Konsumenten von der Krise nicht einschüchtern und kauften wie gewohnt weiter ein. Doch waren auch die Handelspartner für österreichische Exportprodukte betroffen und dies wirkte sich wiederum auf Österreich aus. Einer der Gründe des heimischen Erfolgs in der Wirtschaft war nämlich das Angebot von Produkten im Ausland. Dadurch dass diese Länder wie Deutschland, Italien und USA von der Krise betroffen waren, wurden weniger Waren bestellt und deswegen die Wirtschaft im Inland geschwächt.⁵⁵

Zunächst war die Autoindustrie betroffen. Die Bestellungen von Neuwagen in den USA gingen aufgrund Schuldentilgung zurück und stagnierten die heimischen Absatzzahlen. Die Langzeitplanung von den Firmen wurde verändert. Geplante Projekte und Investitionen wurden nicht fortgesetzt und Firmen wie Strabag, Voestalpine und Wienerberger haben schon mit einem starken Nachfragerückgang gerechnet. Das Ergebnis war steigende Arbeitslosigkeit für Arbeitnehmer in der Industrie.⁵⁶

Des Weiteren waren große Investitionsprojekte, die Bauwirtschaft und die Textilindustrie betroffen. Das Investitionswachstum ging anfangs um die Hälfte zurück und kam im Jahr 2009 zum Stillstand.

Hierfür wird in der nachfolgenden Grafik die Entwicklung des Wachstums der Exporte von Gütern und Dienstleistungen vor und nach dem Ausbruch der Krise veranschaulicht:

⁵⁵ Vgl. <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/wirtschaft/finanzkrise/1657722/index.do> (Zugriff: 05.05.13)

⁵⁶ Vgl. <http://www.format.at/articles/0842/525/222670/finstere-job-aussichten-die-folgen-finanzkrise-oesterreichs-unternehmen> (Zugriff: 05.05.13)

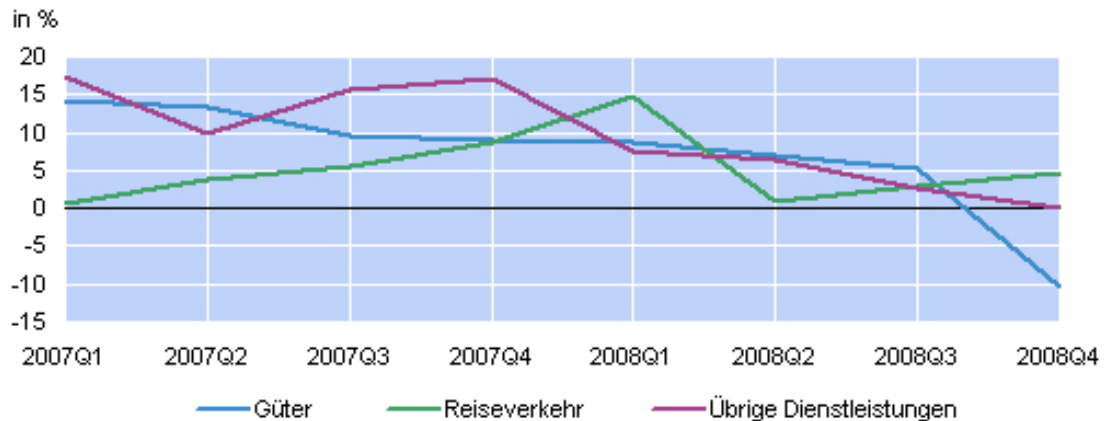


Abbildung 6: Exportwachstum in Österreich⁵⁷

Aus dieser Grafik kann man sehen, dass der Export von Gütern bereits 2007 einen Abwärtstrend hat. Allerdings nahm die Anzahl der Exporte erst im vierten Quartal 2008 extrem niedrige Werte an, welches eine Folge vom Zusammenbruch von Lehman Brothers war. Der Reiseverkehr sank Anfang 2008 vorerst, doch im weiteren Verlauf des Jahres ging die Tendenz aufwärts. Die übrigen Dienstleistungen hingegen waren rückläufig und nahmen Ende 2008 den Wert Null an.

Ein weiterer Punkt, der hier noch erwähnt gehört, ist, dass der Export in den Ländern zurückgegangen ist, wo die Finanzkrise ihren Ursprung hatte. Dazu zählen vor allem die Länder USA, Großbritannien, Spanien, Portugal und Irland. Die Länder in Zentral-, Ost- und Südosteuropa sorgten dagegen für eine Steigerung des Exports. Diese Länder machten vom Zuwachs 2,5 Mrd. Euro von den insgesamt 2,65 Mrd. Euro aus.⁵⁸

Der Import verhielt sich entsprechend dem Export, da die Exporte selbst einen großen Teil der Importe für Vorleistungen benötigten. Hatte man nun einen

⁵⁷ http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/2009/pressekonferenz_2008_rede_mag_andreas_ittner.jsp (Zugriff: 05.05.13)

⁵⁸ Vgl. http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/2009/pressekonferenz_2008_rede_mag_andreas_ittner.jsp (Zugriff: 05.05.13)

Zuwachs bei den Exporten, so waren dementsprechend mehr Importe nötig um jene Exporte fertigzustellen.

Dennoch blieben trotz den niedrigeren Einnahmen aus dem Export, die Ausgaben ungefähr gleich, weil die Ölpreise inzwischen ein sehr hohes Niveau erreicht hatten.

3.2.4 Arbeitslosigkeit

Nach dem Ausbruch der Finanzkrise in den USA, befand sich der Arbeitsmarkt in Österreich noch in einer guten Lage. 2007 sank die Arbeitslosenquote und bis zum Sommer 2008 war die Quote in einem ständigen Abwärtskurs bis sie schließlich im Juli 2008 auf 4,8% fiel. Der Staat war mehr als zufrieden im Hinblick auf die anderen Länder. Doch trotzdem gab es Bedenken aufgrund der herrschenden Krise, die sich in den anderen Ländern, vor allem in den USA, sehr bemerkbar machten. Denn Österreich geriet auch unweigerlich in die Gefahr einer Rezession bedingt durch die Verbindungen im Finanzsektor und dem Nachfragerückgang für Exportprodukte.⁵⁹

Der Arbeitslosenmarkt wurde von den Befürchtungen eingeholt und die Arbeitslosenquote stieg ab August 2008 stetig an. Im Dezember 2008 erreichte sie einen Wert von 7,8%. Der Grund für diesen verzögerten Effekt war, dass die Unternehmen am Anfang noch laufende Aufträge hatten und die Entlassung ihre Arbeitnehmer so lange wie möglich aufschoben, um genug Personal zur Verfügung zu haben, falls sie neue Aufträge erhalten würden.⁶⁰

Das Jahr 2009 begann mit einer Arbeitslosenquote von 8,3% und endete mit 8,6%, blieb, wenn auch stabil, weiterhin sehr hoch. Das sind ca. 230.000 Arbeitslose im Inland. Im Vergleich zum Sommer 2008 war die Quote im Sommer 2009 um ein Drittel höher. Dieser Trend hielt die nächsten Jahre an, aber mit einem jährlich leichten Rückgang der Arbeitslosenquote. Neben der Arbeitslosigkeit wurden Lohnkürzungen bei Arbeitnehmer infolge von Kurzarbeit

⁵⁹ Vgl. <http://www.wissenswertes.at/index.php?id=arbeitslos-2008> (Zugriff: 05.05.13)

⁶⁰ Vgl. <http://www.wissenswertes.at/index.php?id=arbeitslos-2008> (Zugriff: 05.05.13)

gemacht.⁶¹ In der folgenden Grafik werden die vorgemerkten Arbeitslosen und Personen in Schulung kurz nach Krisenausbruch gezeigt:

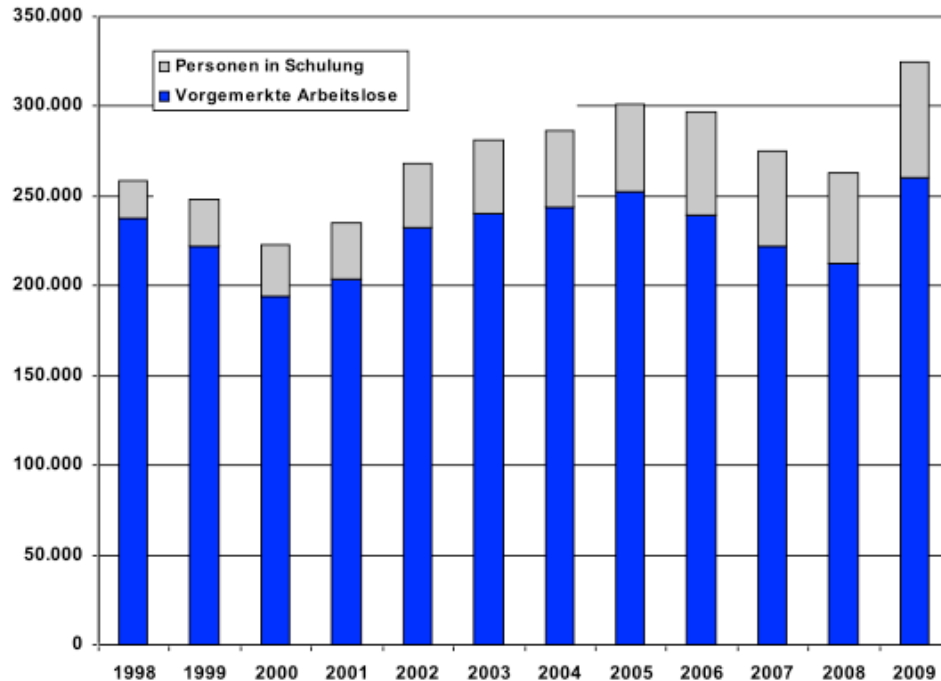


Abbildung 7: Vorgemerkte Arbeitslose und Personen in Schulung⁶²

3.2.5 Pension

Die österreichischen Pensionskassen folgten dem weltweiten Sinken des Marktwertes und machten um 13% Verluste. Es kam zu Kürzungen von mindestens 20% und über 40.000 Bezieher waren betroffen. In Österreich wird jedoch das umlagefinanziertes System verwendet, wo der Bund die Haftung bei Ausfällen trifft. Das heißt die Pensionsleistung ist bei Beitragsausfällen, die durch die Krise hervorgerufen worden ist, sicher. Dabei werden auch konjunkturstabilisierende Effekte ausgelöst.⁶³

⁶¹ Vgl. <http://www.wissenswertes.at/index.php?id=arbeitslos-2009> (Zugriff: 05.05.13)

⁶² <http://diealternative.org/arbeitszeit/2010/04/arbeitslosigkeit-in-osterreich-und-europa/> (Zugriff: 05.05.13)

⁶³ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d122/PrivatePensionssysteme.pdf> (Zugriff: 05.05.13)

3.2.6 Seelische Auswirkungen

Unter der österreichischen Bevölkerung machte sich Angst und Sorgen breit. Viele waren besorgt ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Eine Veränderung des Lebensstandards und das Gefühl der Machtlosigkeit gaben den Inländern Bedenken. Auch um die Familien machte man sich zwangsläufig Sorgen. Die Folgen waren psychische Belastung, Stress, Schlafstörungen, Ruhelosigkeit, Stimmungswechseln, Gereiztheit und Niedergeschlagenheit. An den Arbeitsplätzen stieg der Konkurrenzdruck und das Selbstvertrauen sank. Die Krise hatte am Ende die österreichische Bevölkerung nicht nur finanziell, sondern auch in ihrem Gemütszustand erreicht.⁶⁴

⁶⁴ Vgl. <http://www.profil.at/articles/0941/560/253006/crash-die-auswirkungen-wirtschafts-seele-oesterreicher> (Zugriff: 05.05.13)

4 Auswirkungen der Finanzkrise auf die Staaten

Die Konsequenzen der globalen Wirtschaftskrise, welche wiederum aus der ursprünglichen Finanzkrise resultierte, nahmen eine dramatische Größe an. Nicht nur Banken und Unternehmen, sondern auch ganze Staaten wurden in Mitleidenschaft gezogen. Eine Kettenreaktion wurde unvermeidlich.

In diesem Kapitel wird die Präsenz der Krise in den Staaten als eine Folge der Finanzkrise veranschaulicht. Im nächsten Kapitel werden die Begründungen für die Staatsschulden und ihre jeweiliges Ausmaß auf die Staaten näher erklärt.

4.1 Weltweit

2011 betrug die Weltstaatenverschuldung über 40 Billionen Dollar. Stellt man die weltweite Wirtschaftsleistung dem gegenüber, welche 60 Billionen Dollar betrug, so erkennt man, dass die Welt zu dieser Zeit bereits mit 67% des kumulierten Bruttoinlandsprodukts (BIP) verschuldet war, wobei ein Viertel dieser Schulden allein seit dem Ausbruch der Immobilienkrise in den USA zu Stande kam.⁶⁵

Stabilisierungsmaßnahmen für die Banken und Programme zur Verbesserung der Konjunktur leiteten die Staaten in eine höhere Verschuldung. Im Euroraum machte sich eine Staatsschuldenkrise bemerkbar, welches von internationalen Hilfskrediten resultierte. Im nächsten Kapitel werden die Begründungen für die Staatsschulden und die Kapitalflüsse näher veranschaulicht.

4.2 Europäische Union

In der nachfolgenden Grafik wird der öffentliche Schuldenstand in Europa in Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 1997- 2011 dargestellt:

⁶⁵ Vgl. <http://www.goldreporter.de/seit-2008-hat-die-welt-ein-viertel-ihrer-staatsverschuldung-angehaeuft/news/15322/> (Zugriff: 05.05.13)

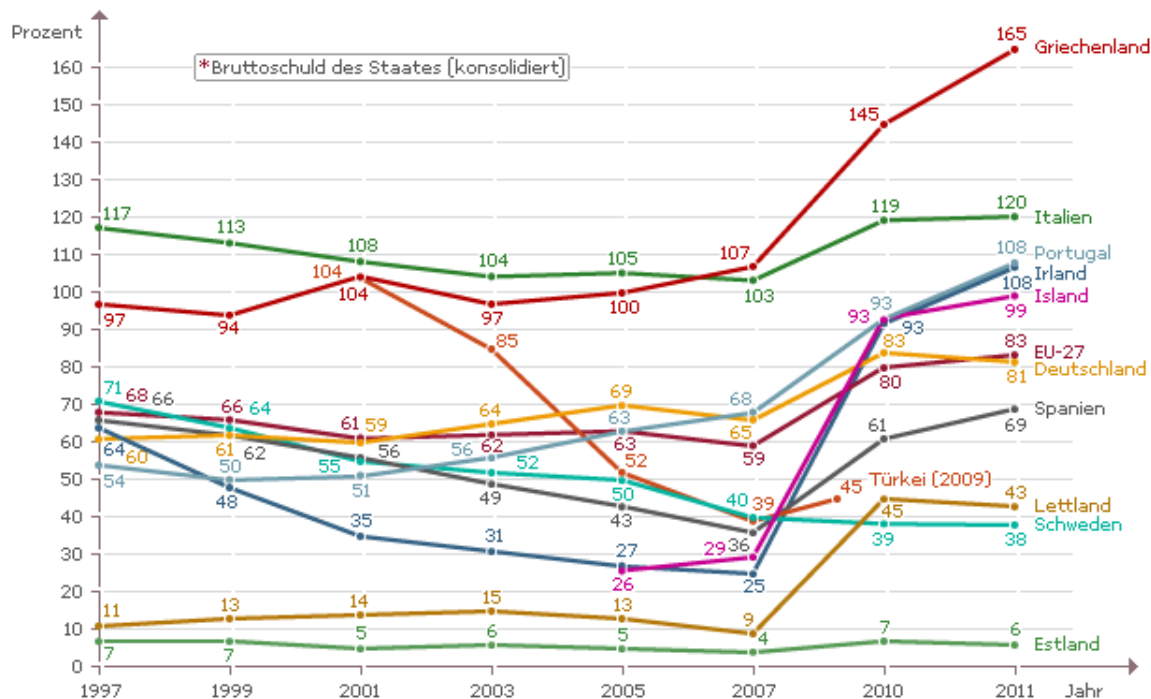


Abbildung 8: Staatsschulden in Europa⁶⁶

Anhand dieser Grafik kann man die Staatenverschuldung vor und nach dem Ausbruch der Krise beobachten. Dazu sei noch vorher erwähnt, dass die Staatenverschuldung der EU-27 in Relation auf das BIP zwischen 1996-2007 von 69,9% auf 59% sank. Erst nach der weltweiten Krise erhöhte sich im Jahr 2008 dieser Prozentsatz rapide auf 74,8%. Der Kurs hielt an und erreichte 2011 einen Prozentsatz von 82,5, welches 10,4 Mrd. Euro entsprach.⁶⁷

In der Grafik werden die einzelnen EU-Länder aufgezeigt. Hier sieht man, beispielsweise bei Irland und Island, die schlagartige Veränderung in den Krisen Jahren von unter 30% des BIPs auf über 90 %. Dabei ist Griechenland mit 165% des BIPs 2011 der Spitzreiter. Die Staatsschulden von acht EU-Ländern sind innerhalb von zwei Jahren über die Hälfte gestiegen.

⁶⁶ <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70570/oeffentlicher-schuldenstand> (Zugriff: 05.05.13)

⁶⁷ Vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70570/oeffentlicher-schuldenstand> (Zugriff: 05.05.13)

4.3 Schwellen- und Entwicklungsländer

Nicht nur Industrieländer waren von der Krise betroffen, sondern auch Schwellen- und Entwicklungsländer. Die Krise nahm weltweite Dimensionen an, wo die Länder, die nicht an den Ursachen der Krise beteiligt waren, trotzdem ihre Folgen trugen. Diese Länder befanden sich in Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika. Die neuen Bedingungen am weltweiten Kapitalmarkt führten dazu, dass den Schwellen- und Entwicklungsländer die Kreditaufnahme erschwert wurden, da nicht mehr so viel Kapital zur Verfügung stand. Weiters wurden Portfolios aufgrund des erhöhten Risikos aufgelöst.

Ferner wurde von den Großbanken Geld von diesen Ländern abgezogen, da sie es selbst benötigten. Staaten, die vom Ausland Geld für ihre Investitionen erhielten, wie beispielsweise Südafrika mit 30%, kamen nun in Schwierigkeiten.⁶⁸

Bedingt durch die weltweiten Börseneinbrüche ist die Börse in Shanghai um 70%, in Jakarta und Sao Paulo um 50% eingebrochen.⁶⁹

Der Rückgang des Wirtschaftswachstums und der damit verbundenen geringeren Konsumation, sanken auch die Rohstoffpreise, was mehr in den afrikanischen Ländern zum Hervorschein kam.

⁶⁸ Vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/globale-folgen-finanzkrise-stuerzt-schwellenlaender-ins-desaster-a-585366-2.html> (Zugriff: 05.05.13)

⁶⁹ Vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/globale-folgen-finanzkrise-stuerzt-schwellenlaender-ins-desaster-a-585366-2.html> (Zugriff: 05.05.13)

5 Stabilisierungsmaßnahmen

Die Finanzkrise hatte die ganze Welt erreicht und wurde eine ernstzunehmende Angelegenheit, die im Griff gebracht und bewältigt werden musste. Die Staaten mussten nun schnell agieren, bevor die Situation noch mehr verschlechtert wurde als sie ohnehin schon war. Die Krise wurde von Staat zu Staat unterschiedlich gehandhabt und führte zu Überlegungen und Maßnahmen um dem entgegenzuwirken. Diese Vorhaben sollten durch Konjunktur- und Stützungsprogramme und Koordinierung nationaler und subnationaler Institutionen erreicht werden.

Der erste Schritt bei dem Versuch einer Stabilisierung, war es das Verhältnis zwischen der europäischen Zentralbank und dem amerikanischen Federal Reserve aufrechtzuerhalten und die Situation zu lockern. Hier hat die europäische Zentralbank den amerikanischen Banken US-Dollar für Wertpapiere gegeben und somit Wechselkursrisiken auf sich genommen. Dafür wiederum wurden weltweit, von den Zentralbanken ausgehend, 180 Mrd. US-Dollar angeboten. Für diesen Zweck lieh die Federal Reserve der europäischen Zentralbank 20 Mrd. Dollar und der schweizerischen Nationalbank 4 Mrd. Dollar, damit mehr Dollar in Europa im Umlauf ist.⁷⁰

5.1 Leitzins

2008 erfolgte eine weitere große Vorkehrung, wo sieben Notenbanken, die weltweit als führend gelten, ihre Leitzinsen senkten. Darunter befanden sich die europäische Zentralbank, die Federal Reserve, die schweizerische Zentralbank und die Bank of England. Die Zinsen wurden daraufhin immer mehr gesenkt und der Leitzins wurde so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. „Denn der Einfluss der Notenbanken auf die Börsenkurse ist enorm. Einerseits verringern Leitzinssenkungen unmittelbar die kurzfristigen Finanzierungskosten der Unternehmen und Banken, was höhere Gewinne bedeutet, andererseits werden die Kreditvergabe erleichtert, sodass mit einer Verzögerung von drei bis sechs

⁷⁰ Vgl. <http://www.stern.de/wirtschaft/news/milliarden-unterstuetzung-notenbanken-fluten-markt-mit-geld-639479.html> (Zugriff: 05.05.13)

Monaten üblicherweise eine reale Stimulierung der Konjunktur erfolgt.“⁷¹ Weiters wirken bei niedrigem Leitzins die Finanzanlagen besser und Investitionen profitabler. So wurden die Kreditbedingungen für Privatpersonen und Unternehmen verbessert und der Konsum und Investitionen wurden angeregt.

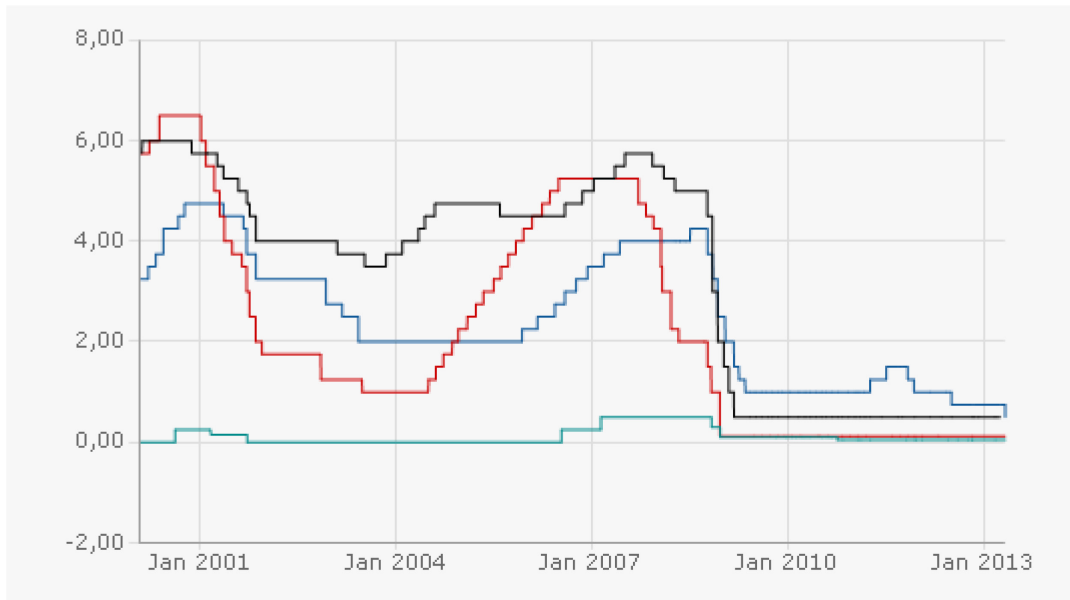


Abbildung 9: Leitzinswerte⁷²

Die anfänglich 3,75% im November 2008 in der europäischen Zentralbank betrugen bereits im März 2009 1,5%, was fast die Hälfte ist. Auch andere Zentralbanken taten dem gleich. Die Bank of England setzte seinen Leitzins auf 0,5%. Der Leitzins in den USA fiel auf tatsächliche 0,13%, was einer Nullzinspolitik entsprach. 2013 hatten Europa, USA, Japan und Großbritannien einen Leitzins unter 1%.⁷³

Im darauf folgenden Jahr stellten die großen Zentral- und Notenbanken dem Federal Reserve Swap-Linie in Mrd. Höhe von der jeweils eigenen Währung bereit damit amerikanische Kreditinstitute Kredite in anderen Währungen beziehen können. Darunter befand sich der Euro, Pfund, Yen und Franken.

⁷¹ Rainer Sommer, Die Subprime-Krise, 1. Auflage, 2008, S. 74

⁷² <http://www.finanzen.net/leitzins/?inLeitzinsNr=3> (Zugriff: 05.05.13)

⁷³ <http://www.finanzkrisenspecial.de/finanzkrise-ab-2007/koordinierte-gegenmassnahmen-der-zentralbanken.html> (Zugriff: 05.05.13)

5.2 Bankenwesen

Im Zuge der Finanzkrise gerieten Banken weltweit in Not, worauf Liquiditätsmaßnahmen unternommen wurden. Großbritannien begann mit dem ersten Hilfspaket mit 500 Mrd. Pfund. In den USA und Europa wurden viele Banken letztendlich verstaatlicht. Hier wurden auch Bankverschuldungsschreiben vom Staat ermöglicht, welches 2009 einen Betrag von 800 Mrd. US-Dollar erreicht hatte. In Europa wurden für die Jahre 2008-2010 auch 4 Bio. Euro Staatshilfen gewährt, wovon 3 Bio. Euro staatliche Garantien waren. Davon wurden von Europa 994 Mrd. Euro verwendet. Österreich hat 2009 ein Paket in der Höhe von 100 Mrd. Euro gekriegt.⁷⁴

Des Weiteren wurden Bad-Bank-Konzepte erstellt, wo beispielsweise problematisch angesehene strukturierte Wertpapiere oder Geschäftsbereiche näher untersucht wurden. Die europäische Zentralbank kaufte im „Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen“ bis 2010 60 Mrd. Euro an Wertpapiere um in der Eurozone eine Stabilisierung zu schaffen.⁷⁵

Auch im Jahr 2011 wurden die globalen Finanzmärkten von den führenden Noten- und Zentralbanken mit Geld versorgt. Eine weitere Maßnahme der EU war es zwischen 2008 und 2011 mit 1,6 Bio. Euro den Banken zu helfen, darunter waren Garantien, Liquiditätshilfen, Kapitalhilfen und erforderliche Abschreibungen. Dies hat dazu geführt, dass der Wert der Banken gestiegen ist und somit die Banken finanziell erleichtert wurden.

In der Europäischen Union wurden Regulierungen getroffen, die Vorkehrungen beinhalten. Im Bankenwesen mussten schon im Vorhinein Abwicklungspläne entwickelt werden, Frühinterventionsbefugnisse und die Möglichkeit für Aufsichtsbehörden Sonderverwalter für Banken zu bestellen.

5.3 Konjunkturprogramme

Der nächste Weg mit dem die Staaten ihre Wirtschaft ankurbeln wollten, war die Entwicklung von Konjunkturprogrammen und

⁷⁴ Vgl. <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 05.05.13)

⁷⁵ <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 05.05.13)

Finanzierungsstabilisierungsgesetzen. Hier wurden von den einzelnen Staaten, um das Wachstum zu stärken, für ihre Wirtschaft in Billionen Höhe Geld aufgebracht und eine Beschäftigungssicherung zu gewährleisten.⁷⁶

Dadurch ergab sich, dass in vielen Ländern der Staat selbst einen starken Einfluss im Finanzsektor übernahm, was sich durch die Übernahmen vieler Institute bemerkbar machte. Doch auch wenn diese Handlungsweise kritisiert wurde, sorgte sie schon im Jahr 2009 für eine Normalisierung in den Finanzmärkten und in der Wirtschaft. Die Aktienkurse stiegen wieder und die Risikoaufschläge bei den Unternehmensanleihen sanken. Diese erhöhte wiederum die Erträge großer Investmentbanken.⁷⁷

5.3.1 Global

Die USA hat im Jahr 2008 ein Konjunkturprogramm von 614 Mrd. Euro, China eins mit 460 Mrd. Euro, Japan mit 90 Mrd. Euro und Großbritannien mit 22,2 Mrd. Euro wirksam gemacht. Die USA hat das Kapital in erster Linie für die Erschaffung und Erhaltung von drei Millionen Arbeitsplätzen, für Steuererleichterungen und staatlichen Investitionen benützt. China hat ihre Infrastruktur ausgebaut und die Nachfrage in China angetrieben und seiner Auto- und Stahlindustrie geholfen. In Japan wurden Steuersenkungen durchgeführt und Investitionen an mittelständischen Firmen und Privathaushalten, um die Nachfrage im Land zu steigern, getätigt. Großbritannien schenkte einkommensgeringen Haushalten ein Bonus und hatte eine Reichensteuer vorgesehen.⁷⁸

In den Schwellen- und Entwicklungsländern kam 2009 der Internationaler Währungsfond (IWF) mit einem 125 Mrd. Euro Paket zur Hilfe. Dieses wurde unter Mexiko, Polen, Ukraine, Ungarn, Kolumbien, Pakistan, Weißrussland, Lettland und Island aufgeteilt.⁷⁹

⁷⁶ Vgl. <http://www.finanzkrisenspecial.de/finanzkrise-ab-2007/auswirkungen-auf-die-realwirtschaft.html> (Zugriff: 05.05.13)

⁷⁷ Vgl. Werner Böhnke, Bernd Rolfes, Die Banken in ihrer größten Krise – Wie geht es weiter? 1. Auflage, 2012, S.21

⁷⁸ Vgl. <http://www.netzeitung.de/wirtschaft/wirtschaftspolitik/1275217.html> (Zugriff: 05.05.13)

⁷⁹ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/bb_folien_finanzmarktkrise.pdf (Zugriff: 05.05.13)

In Europa wurde 2008 eine Summe von 200 Mrd. Euro aufgebracht. Darunter wurden von Staat zu Staat unterschiedliche Ziele verfolgt. Die Europäische Union brauchte dabei 30 Mrd. Euro hauptsächlich für die Unterstützung kleinere unter mittlere Unternehmen und innovative Technologien, wie in der Automobilbranche, auf.

In anderen Staaten wurden die Pakete auch anders eingesetzt um die Konjunktur zu verbessern:

- Steuer- und Abgabensenkung
- Stützung der Autobranche durch Einführung von Prämien bei Verschrottung des Altwagens
- Unternehmensförderung und Unternehmensbeteiligungen, wie beispielsweise finanzielle Unterstützung bei Einführung von mehr Kurzarbeit statt Entlassungen
- Anregungen für Konsum werden geschaffen, indem Haushalten mit geringem Einkommen einmalig ein Bonus geschenkt wird
- Investitionen für Schnellbahnen, Straßen, Hochschulen, Automobilbranche und im IT-Bereich

5.3.2 Österreich

In Österreich beläuft sich die Summe auf 12 Mrd. Euro, die für die Konjunkturpakete 1 und 2 und die Steuerreform 2009 benützt wurden. Die Maßnahmen sollten den Interbankenmarkt beleben, die Aufsicht im Finanzsektor stärken, durch Einlagensicherung das Vertrauen in die Finanzmärkte stärken und Institute sollten stabilisiert werden. Dabei wurden hauptsächlich das Kapital für die Ausfallhaftung bereitgestellt oder den Banken direkte Zuschüsse gegeben. Das Geld wurde über die Finanzmarktbeteiligung Aktiengesellschaft vergeben und verwaltet.⁸⁰

Österreich hat 2008 das erste Konjunkturpaket in der Höhe von 1 Mrd. Euro („Mittelstandsmilliarde“) zusammengestellt, die größtenteils für die Finanzierung

⁸⁰ Vgl. http://www.bmf.gv.at/Finanzmarkt/ManahmenpaketzurSic_9175/_start.htm (Zugriff: 05.05.13)

klein- und mittelständischer Unternehmen gedacht war. Es wurden Investitionen für die Infrastruktur getätigt, Mittelstandsfonds errichtet und die Eigenkapitalbasis der Unternehmen gestärkt, in dem sich der Staat bei den Fonds beteiligt hatte. Wirtschaftlich selbstständige gewerbliche Unternehmen (ausgenommen Tourismus- und Freizeitsektor) durften auch das Kapital benutzen. Weiters war es der Förderbank des österreichischen Staates möglich, für die Unternehmen Darlehen bei den europäischen Fördergesellschaften zu nehmen. „Mit der Erhöhung des Höchstbetrages für die Förderung von Bausparprämien soll die Vergabe von Eigenheimkrediten erleichtert werden.“⁸¹ Ferner hat der Staat Spareinlagen mit einer Frist bis Ende 2009 garantiert, wo die Höhe nicht begrenzt war. In 2008 hatte die Constantia Privatbank beinahe Insolvenz angemeldet. Doch die Bank konnte noch durch die Übernahmen von der UniCredit Bank Austria, der Erste Group Bank, der Raiffeisen Zentralbank Österreich, der Österreichische Volksbanken und der BAWAG P.S.K. gerettet werden.⁸² Weiters wurde Kommunalkredit Austria vor der Insolvenz durch eine Verstaatlichung mit einem Kaufpreis von 2 Euro gerettet.⁸³

Das zweite Konjunkturpaket wurde ebenfalls in 2008 beschlossen und betrug 2 Mrd. Euro. Der Hauptteil dieser Summe war für die Infrastruktur der Bundesimmobiliengesellschaft gedacht, welche die Liegenschaften in Österreich verwaltet. Ein weiterer Verwendungszweck war die Instandhaltung und Sanierung von Schul-, Universitäts- und Gerichtsgebäuden. Zudem wurde das Kapital für Qualifizierungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservices und die Förderung von Unternehmensprojekten in Anspruch genommen, wodurch Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Innerhalb dieses Paketes sollten auch die Modernisierung von naturwissenschaftlich-technischen Geräten an Universitäten, die Förderung für wirtschaftsnahe Forschung und ein kostenloses und verpflichtendes Kindergartenjahr erfüllt werden.⁸⁴

⁸¹ <http://www.wirtschaftsdeutsch.de/lehrmaterialien/arbeitsblatt-konjunkturpakete-eu.pdf> (Zugriff: 05.05.13)

⁸² Vgl. http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/423316/Uebernahme_Fuenf-Banken-teilen-sich-die-Constantia-Privatbank (Zugriff: 05.05.13)

⁸³ Vgl. <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/kommunalkredit-austria-ag-und-ka-finanz-ag.html> (Zugriff: 05.05.13)

⁸⁴ Vgl. http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/_SharedDocs/Pdf/Maerkte/Konjunkturprogramme/oesterreich.pdf (Zugriff: 05.05.13)

Der nächste Schritt von Österreich war die Steuerreform 2009, wo 2,5 Mrd. Euro als Unterstützung für die Lohn- und Einkommenssteuerzahler diente. Die Absicht dahinter war es, den Konsum in Österreich zu fördern und somit der Wirtschaft Schwung zu verleihen. Der Gewinnfreibetrag für Unternehmen wurde auf 13% heraufgesetzt und die Unternehmen konnten bewegliche Wirtschaftsgüter degressiv abschreiben, womit Investitionen angeregt werden sollten. Denn bei der degressiven Abschreibung wird der Gewinn zu Beginn kleiner, wodurch Steuern erst später bezahlt werden müssen.⁸⁵

Aufgrund der Konjunkturpakete betrug die Neuverschuldung des Fiskus 3,4% mit einer ansteigenden Tendenz. „Bestrebungen zur Rückführungen der gestiegenen Budgetdefizite und der Abbau der Verschuldung werden in den kommenden Jahren den konjunkturpolitischen Spielraum der Regierung eng begrenzen.“⁸⁶

5.4 Reformvorschläge

2008 wurde im Sinne der Bekämpfung der Finanzkrise eine Versammlung der Staatschefs der G20-Staaten (Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexico, Russland, Saudi Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, USA und die EU), Niederlande und Spanien einberufen. Es wurden neue Vorkehrungen getroffen damit in der Zukunft nicht die gleichen Fehler begangen werden wie zuvor.

5.4.1 Ziele der G20-Staaten

Die Reformvorschläge der G20-Staaten waren in mehreren Absichten gegliedert. Erstens sollten die weltweiten Ungleichgewichte beseitigt werden, um ein stabileres und langfristiges Wirtschaftswachstum für alle Staaten zu schaffen. Zweitens sollten die Aktionen am Finanzmarkt so unter Kontrolle gehalten

⁸⁵ Vgl.

http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/_SharedDocs/Pdf/Maerkte/Konjunkturprogramme/oestreich.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁸⁶

http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/_SharedDocs/Pdf/Maerkte/Konjunkturprogramme/oestreich.pdf (Zugriff: 05.05.13)

werden, dass es nicht wieder zu einer krisenähnlichen Situation kommen kann. Drittens sollte die Finanzwelt so neugestaltet werden, dass es der jetzigen Zeit entspricht.

Dabei wurden 50 Einzelmaßnahmen entschieden, die 2009 und 2011 noch ergänzt wurden und beinhalten mitunter diese Vorsätze:

- Bessere Kontrolle der Ratingagenturen
- Konzentrierung auf langfristige Projekte
- Stärkung des internationalen Währungsfond
- Höhere Eigenkapitalpuffer bei Finanzinstitutionen
- Unterbindung von Geldwäsche und vom Ausnützen von Steuervorteilen im Wettbewerb
- Stärkung des Internationalen Währungsfonds
- Verbraucherschutz durch verständlichere Informationen
- Regulierung und Kontrolle der Bewertungssysteme für komplexe Finanzprodukte⁸⁷

Ein großes, jedoch schwieriges Anliegen war, und ist, die Verbesserung der Ratingagenturen. Sie waren, aufgrund regelwidrigen Beurteilungen und abgeschwächten Darstellungen von Risiken, die Mitverursacher der Krise und trieben die Spekulationen mit Aktien, Staatsanleihen und Finanzprodukten an.⁸⁸ Die Ratingagenturen sollten nun viel strenger beaufsichtigt werden und ihre Informationen und Prognosen für die neuen, als auch die alten, Ratings veröffentlicht werden. Das soll Interessenskonflikte vermeiden und bessere Qualität und Transparenz mit sich bringen. 2011 wurde auch beschlossen, dass die Ratingagenturen unabhängiger werden sollten und stärker für die Ratings haftbar werden sollen.⁸⁹

⁸⁷ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁸⁸ Vgl. http://www.google.at/#hl=de&q=managergeh%C3%A4lter+banken+%C3%B6sterreich&sa=X&ei=LyGRUe3_DoeqtAay0oGgDA&ved=0CCkQ7xYoAA&bav=on.2,or.r_qf.&fp=d2fdf21b3da8234d&biw=1680&bih=816 (Zugriff: 05.05.13)

⁸⁹ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

Im Managementbereich sollten auch Veränderungen vorgenommen werden. Die Überwachung und Umsetzung von Vergütungssystemen bei den Managern sollte unter einem Aufsichtsrat stattfinden. Weiters sollte die Berechnung vom Bonus die langfristigen Risiken mit einbeziehen und nicht nur die kurzfristigen, damit die Manager die langfristigen Risiken nicht außer Acht lassen und verantwortungsvoller handeln.⁹⁰

Für die Manager bei den Hedge Fonds war künftig eine Registrierung und eine Informationsweitergabe an die Aufsicht geplant. Eine Struktur im Bereich Risikomanagement war auch vorgesehen.⁹¹

Die G20 konzentrierte sich auch auf den Wertpapiermarkt. Hier sollten bei den Verbriefungen verantwortungsbewusster umgegangen werden und der Selbstbehalt bei emittierenden Institutionen sollte neu gestaltet werden. „Für Derivate vereinbarte die G20 die „Förderung“ von Standardisierung und der Überführung von Derivatgeschäften in zentrale Clearingstellen, um die Geschäfte und Positionen besser überwachen und regulieren zu können.“⁹²

Die Struktur bei der Finanzaufsicht sollte verfeinert werden und auch hier sollte mehr Transparenz und eine Offenlegung von Informationen gefordert werden.⁹³

Ein weiterer Diskussionspunkt war das Eigenkapital. Hier sollte nicht nur eine Stabilisierung und Verringerung von Insolvenzmeldungen bei den Banken mit Hilfe von Kapitalzuschüssen erreicht werden, sondern auch die Kreditvergabe sollte geregelt werden. Die Entscheidung von der Vergabe eines Kredits sollte nicht mehr allein von der Höhe des Eigenkapitals anhängig sein. Große Institute sollten mit Eigenkapital versorgt werden, damit bei späteren Problemen „too big to fail“ nicht der Staat einspringen muss.⁹⁴

⁹⁰ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁹¹ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁹² http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁹³ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁹⁴ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

5.4.2 Umsetzung

Die Pläne der G20-Staaten bedurften nun einer Verwirklichung. In den USA fand diese Realisierung mit Hilfe von der Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act statt. Hier wurde mit nur einem Vorgang die Regulierung und Aufsicht umgestaltet und somit alle vorgenommenen Maßnahmen erledigt.⁹⁵

Europa hingegen hat eine Vielzahl von Richtlinien und Verordnungen beschlossen. Diese sind teilweise bereits umgesetzt oder sind noch auf dem Weg zur Umsetzung, wobei einige geplante Maßnahmen noch in Form von einem Legislativentwurf bestehen oder gar sich im Gesetzgebungsverfahren befinden.⁹⁶

5.4.2.1 Ungleichgewichte

Die weltweiten Ungleichgewichte bestehen, wenn auch nicht mehr so stark, noch weiterhin. So hat sich das Leistungsbilanzdefizit der USA verringert und der Überschuss in China ist auch kleiner geworden. Der Überschuss könnte jedoch trotz dessen noch zu einem Ungleichgewicht führen. Eine weltweite Regelung der Leistungsbilanzungleichgewichte gab es bis jetzt keine.

In Europa wurde der Versuch ein Gleichgewicht zu schaffen mit dem „Six-Pack“ gestartet. Diese Gesetzgebung sollte die Wirtschaftspolitik in der EU verbessern und auf die Außenwirtschaft einen Einfluss haben. Dabei wurde das Score-Board-Verfahren herangezogen, wo Grenzwerte für gewisse Parameter gesetzt wurden, wie beispielsweise dass der Leistungsbilanzdefizit 4% des BIP beträgt. Jedoch wurde dann von Überschussländern, wie Deutschland, verlangt, dass der Leistungsbilanzüberschuss 6% betragen darf, was wiederum zu einem Ungleichgewicht führen kann, da sich dadurch hauptsächlich die Defizitländer an das neue Verfahren anpassen müssten. Global betrachtet ist das auch weniger vorteilhaft für das Gleichgewicht, da dadurch mehr Überschuss in Europa herrscht als in der restlichen Welt.⁹⁷

⁹⁵ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁹⁶ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

⁹⁷ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

5.4.2.2 Finanzaufsicht

Die Finanzaufsicht wurde in den USA mit dem Dodd-Frank-Act und in Europa mit Verordnungen und Richtlinien umfangreich neugestaltet.

In den USA wurde die Zuständigkeit der Regulierungsbehörden umgestaltet, indem die Federal Reserve mehr Aufsichtsrechte über die Finanzinstitute zugewiesen gekriegt hat, darunter fallen nun auch Finanzinstitute, die keine Banken sind. Weiters wurden neue Regeln bezüglich der in Insolvenz befindlichen Finanzinstitute aufgestellt. Es wurde die Financial Stability Oversight Council gegründet, die bei systemischen Risiken warnen soll. Auch wurde hier an die Konsumenten gedacht und neue Regeln aufgestellt, wo die Konsumenten nicht benachteiligt werden sollen.⁹⁸

Europa hat Finanzmarktaufsichtsbehörden, auch als „European System for Financial Supervision“ (ESFS) eingeführt. „Kernstücke des ESFS sind die drei Aufsichtsbehörden für Banken (die „European Banking Authority – EBA“), für Versicherungen (die „European Supervisory Authority Insurance and Occupational Pensions – EIOPA“) und für Wertpapiermärkte (die „European Securities and Markets Authority – ESMA“) sowie ein neu gegründetes „European Systemic Risk Board – ESRB“, das systemische Risiken beobachten und überwachen soll. Die drei sektoralen Aufsichtsbehörden EBA, EIOPA und ESMA fungieren dabei als Koordinierungsbehörden für die nationalen Aufsichtsbehörden.“⁹⁹ Die nationale Aufsichtsbehörde trägt bei der Aufsicht der Finanzinstitute die Verantwortung und die EU-Behörden bei den Akteuren in der EU, wie beispielsweise bei Ratingagenturen.

5.4.2.3 Ratingagenturen

Bei den Ratingagenturen wurden ebenfalls Veränderungen realisiert. In den USA wurden die Tätigkeiten der Agenturen neu reguliert und auch bei der Haftung bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit folgen nun strengere Maßnahmen. Mehr Information und Transparenz ist auch eines der neuen Bedingungen. Zudem

⁹⁸ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

⁹⁹ http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

sollen alle Verweise auf externe Ratingagenturen in US-Bundesgesetzen und Vorschriften entfernt werden, damit die Finanzmärkte selbstständiger handeln.¹⁰⁰

In Europa müssen zum einen die Agenturen, mit Einhaltung von Mindeststandards, sich in ihrem Herkunftsland registrieren lassen. Mehr Transparenz und Informationen wurde auch gefordert. Zum anderen war es den Agenturen verboten neben der Ratingtätigkeit auch Beratungstätigkeiten anzubieten. Darüber hinaus wurde die Entlohnung der Angestellten von Ratingagenturen geregelt. In der Zukunft kann auch verlangt werden, dass die institutionellen Anleger eine eigene Überprüfung der Anlagen zusätzlich der der Ratingagenturen vorzunehmen und die Ratingagenturen alle 3 Jahre zu wechseln um mehr Wettbewerb zwischen den Agenturen zu schaffen.¹⁰¹

5.4.2.4 Manager

In den USA wird nun vermehrt drauf geachtet, dass die Compensation Committees, die die Entlohnung der Manager bestimmen, unabhängig ist. Hier werden auch eine Bezahlung, dass zum Eingehen unangemessener Risiken führen kann, verboten.¹⁰²

Die Entlohnung der Manager in Europa wurde im CRD III wie geplant neu geregelt. Zwar ist die Leitlinie nicht verpflichtend, aber neue Regeln werden detailliert erklärt. Dabei wird das Problem, dass Manager nur auf kurzfristige Risiken eingehen und dabei den langfristigen Erfolg vernachlässigen, so gelöst, indem mindestens 40% des variablen Gehalts erst nach einer bestimmten Zeit ausbezahlt wird.¹⁰³

¹⁰⁰ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

¹⁰¹ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

¹⁰² Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

¹⁰³ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

5.4.2.5 Hedge Fonds

In den USA wird im Dodd-Frank-Act geregelt, dass sich Manager der Hedge Fonds bei der Börsenaufsicht SEC registrieren müssen. Die SEC hat auch die Genehmigung die Bücher zu prüfen und Finanzdaten zu verlangen.¹⁰⁴

Die AIFM-Richtlinie in Europa besagt nun, dass die Anbieter der Fonds in ihrem Herkunftsland zugelassen werden müssen und dabei mehrere Voraussetzungen, wie Mindeststandards zu liquidem Kapital und qualifiziertes Personal, erfüllen müssen. „Dafür sind sie verpflichtet, ihre verwalteten Wertpapiere bei einer unabhängigen Verwahrstelle zu lagern, sowie regelmäßige Berichte über Volumina, Anlagestrategien, Vergütungsstrukturen und Risikomanagement ihren Anlegern sowie den nationalen Behörden zur Verfügung zu stellen.“¹⁰⁵

5.4.2.6 Wertpapiermärkte

Die Regeln für Verbriefungen wurden mit dem Dodd-Frank-Act in den USA und dem Capital Requirements Directive II in Europa strenger, die eine 5% der Kreditsumme in den emittierenden Banken vorschreibt.¹⁰⁶

Für Derivate sind in Europa noch keine neuen Bestimmungen durchgeführt worden, es liegt jedoch bereits ein Entwurf vor, wo besagt wird, dass alle OTC-Derivate über zentrale Clearing-Stellen durchgeführt werden müssen und auch Kapital sichergestellt werden muss. Die USA ist die SEC und die Commodity Futures Trading Commission (CFTC) befugt Aufsicht und Kontrolle bei Swaps durchzuführen.¹⁰⁷

5.4.2.7 Eigenkapital

Hier wurde nach der Krise neue Regulierungen mit dem Namen Basel III erstellt, die nun in der EU mit den Kapitaladäquanzrichtlinie umgesetzt werden. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Qualität des geforderten Eigenkapitals zu optimieren,

¹⁰⁴ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

¹⁰⁵ http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

¹⁰⁶ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

¹⁰⁷ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

wo nur mehr ein kleinerer Teil von Eigenkapitalinstrumenten akzeptiert wird. Zudem werden Kapitalerhaltungspuffer mit 2,5% der risikogewichteten Aktiva existieren, welche bei Unterschreitung zu einer begrenzten Gewinnausschüttung führen kann. Hinzu kommt noch, dass ab 2015 die risikogewichteten Aktiva statt 2% nun 4,5% betragen sollen. Insgesamt betrachtet erhöht sich bis 2019 die bislang 8% Deckung mit Eigenkapital auf 13%. Mit der Steigerung der Eigenkapitalanforderungen können sich Banken mit neuem Kapital von Investoren versorgen, da das Verlustrisiko auf dieses Eigenkapital kleiner wird. Allerdings können auch negative Folgen entstehen. So kann dies zu einer Minderung der Rendite von diesem Eigenkapital und deswegen zu einer Erschwerung der Kapitalaufnahme führen und damit die Kreditvergabe verzögern. Dies ist insbesondere bei Unternehmensinvestitionen wichtig, da bei geringerer Kreditvergabe, die Wirtschaft langsamer wächst.¹⁰⁸

Mit dem Basel III wurden die Vorhaben der G20-Staaten insofern erfüllt, dass die Eigenkapitalanforderungen gesteigert und die Qualität dementsprechend optimiert wurde. Dabei versuchten die Staaten ein Gleichgewicht zwischen einem sicheren Finanzsystem und einer zufriedenstellende Anzahl von Kreditvergaben zu schaffen. Wobei bei einer Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen zwar das Kapital der Banken sicherer werden kann, aber gleichzeitig zu einer Verringerung von Kreditvergaben des Finanzsektors führen kann.¹⁰⁹

¹⁰⁸ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

¹⁰⁹ Vgl. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

Versprechen	USA	EU
Abbau von Leistungsbilanz-Ungleichgewichten	Keine Maßnahmen	Begrenzte Maßnahmen
Struktur der Finanzaufsicht	Umgesetzt	Umgesetzt
Ratingagenturen	Umgesetzt	Umgesetzt
Manager	Weitgehend umgesetzt	Umgesetzt
Hedge Fonds	Umgesetzt	Umgesetzt
Verbriefung	Umgesetzt	Umgesetzt
Derivate	Umgesetzt	Im Umsetzungsprozess
Eigenkapital	Im Umsetzungsprozess	Im Umsetzungsprozess

Tabelle 1: Umsetzung der vorgenommenen Maßnahmen¹¹⁰

Wie man anhand der Tabelle erkennen kann, wurden viele der wichtigsten Maßnahmen der G20-Staaten, die in diesem Kapitel angeführt wurden, umgesetzt. Regulierungslücken wurden entweder bereits geschlossen oder werden noch überarbeitet. Inwieweit diese Maßnahmen nun Hilfreich vor neuen Krisen sind und ob sie wunschgemäß durchgeführt werden, wird allerdings erst später zu erkennen sein.

¹¹⁰ http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 01.05.13)

6 Aktueller Zustand der Bankenlandschaft

Im Verlauf der Krise wurden sehr viele Unterstützungen und Rettungen vorgenommen, die die Krise abwehren, die Banken retten und der Konjunktur einen Aufschwung geben sollten. Ob und inwiefern dies nun geholfen hat, wird in diesem Kapitel mit dem Schwerpunkt Österreich untersucht. Dabei wird zunächst die globale Situation gezeigt und nachfolgend Österreich detailliert angeführt.

6.1 Global

Die Weltkonjunktur ist in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen, wobei die Wachstumsgeschwindigkeit in den Weltregionen voneinander unterscheiden. In den USA ist die Konjunktur gewachsen, wohingegen Europa sich in einer Rezession befindet und in den Schwellen- und Entwicklungsländer die Entwicklung eher flach ist.

„Massive Budgetdefizite und tiefe Rezessionen lassen die Schuldenquote in den sogenannten GIPS-Ländern (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) so stark ansteigen, dass sich die Zinsen für die Staatsverschuldung dieser Länder massiv erhöhen.“¹¹¹

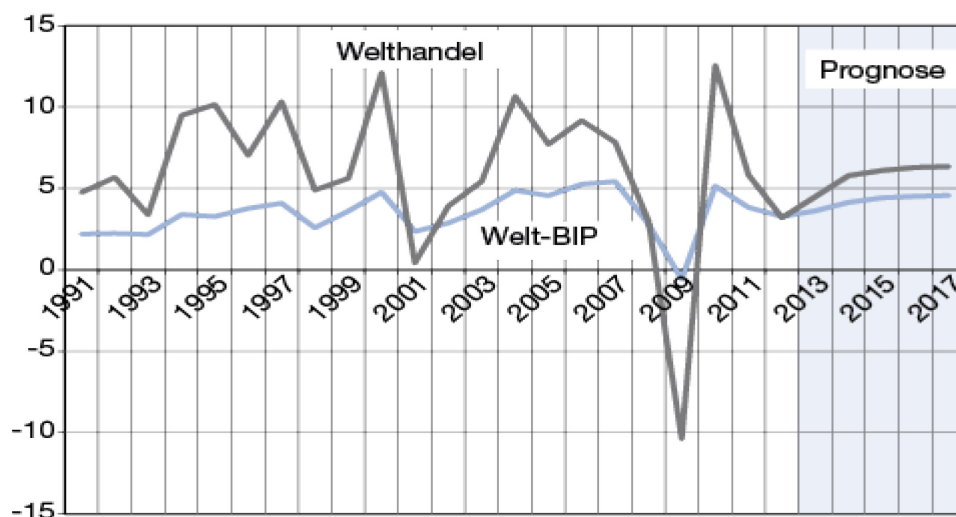


Abbildung 10: Wachstum des Welthandels und der Wirtschaft¹¹²

¹¹¹ Brunetti Aymo, Wirtschaftskrise ohne Ende?, 1. Auflage, 2011, S. 17

¹¹² <http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2012/12/2899/?PHPSESSID=ccf8890afa5dee6b3c789537cd190526> (Zugriff: 05.05.13)

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise haben in den USA 475 Banken Insolvenz angemeldet. Auch in diesem Jahr wurden bis April 2013 bereits 10 amerikanische Banken geschlossen.¹¹³ Eines der ausschlaggebenden Gründe ist unter anderem der Rückgang der Kreditvergabe, angesichts der Schuldenkrise in Europa, und die entstandenen Unsicherheiten. Doch neuerlich durchgeführte Stresstests in den USA, wo geprüft wird, ob die amerikanischen Banken volkswirtschaftlichen Bedingungen, wie im Jahr 2008, überleben würden, zeigen, dass 17 von 18 amerikanische Banken den Test bestanden haben.¹¹⁴ Dies resultiert aus der viel stärkeren Kapitalausstattung, welches durch den Rückgang von „faulen Krediten“ bewirkt wurde. So haben die amerikanischen Banken im Einlagensicherungsfonds FDIC im Jahr 2012 einen Gewinn von 106 Mrd. Euro gemacht, welches 19% höher ist als im Vorjahr.¹¹⁵ Im Jahr 2012 verzeichneten die amerikanischen Großbanken, wie JP Morgan Chase, Goldman Sachs, Bank of America und Morgan Stanley, einen Zuwachs im Umsatz und Nettogewinn in Milliardenhöhe. Rekordgewinne wurden erreicht und die Erwartungen der Analysten übertroffen.¹¹⁶

Die Immobilienkredite mit niedrigen Zinsen vermehren sich in den USA und die Banken benützen diese als Sicherheiten für Wertpapiere am Kapitalmarkt. Dieser Umstand ähnelt der Ausgangsposition der Finanzkrise 2008, nur mit dem Unterschied, dass diesmal die Federal Reserve als garantierter Abnehmer der Wertpapiere feststeht. Das heißt, dass die Federal Reserve zur Unterstützung der Konjunktur 40 Mrd. Dollar an Hypothekenwertpapieren im Monat aufkauft.¹¹⁷

In Europa hingegen stieg die Anzahl an „faulen Krediten“ und hat nun im Jahr 2013 einen Wert von 918 Mrd. Euro erreicht. Auch dauert hier die Krise länger,

¹¹³ Vgl. <http://www.start-trading.de/blog/liste-der-pleitebanken-usa/> (Zugriff: 05.05.13)

¹¹⁴ Vgl. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1353677/17-von-18-US-Banken-bestehen-Stresstest> (Zugriff: 05.05.13)

¹¹⁵ Vgl. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1354025/US-Banken-sind-bei-der-Bewältigung-der-Krise-besser> (Zugriff: 05.05.13)

¹¹⁶ Vgl. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/quartalszahlen-so-schneiden-die-us-grossbanken-2012-ab/7606912.html?slp=false&p=12&a=false#image> (Zugriff: 05.05.13)

¹¹⁷ Vgl. <http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2012-10/us-banken-gewinne-hypotheken> (Zugriff: 05.05.13)

denn im Gegensatz zu USA, hat in Europa bei einer drohenden Insolvenz einer Bank der Staat immer eingegriffen und die Bank gerettet. Somit häuften sich die Staatsschulden an und verzögerten das Ende der Krise.¹¹⁸ In Europa haben die Banken ebenfalls Gewinne erzielt, jedoch sind diese eher bescheiden ausgefallen. Die Commerzbank, BNP Paribas, Banco Bilbao Viscaya Argentaria, Banco Santander, Credit Suisse, UBS, Barclays und die Deutsche Bank erzielten jeweils maximal 3 Mrd. Euro Gewinn, wobei die Societe Generale einen Rückgang im Nettoergebnis hatte.¹¹⁹

6.2 Österreich

Österreich verzeichnete die letzten 10 Jahre ein höheres BIP-Wachstum als der Euroraum, welche jährlich durchschnittlich 0,6% ausmachte. Darüber hinaus ist die Volkswirtschaft im Land sektoral ausbalanciert. Dabei tragen zum Bruttoinlandsschöpfung 30 % öffentlichen bereitgestellten Dienstleistungen bei und der Rest ist gleichmäßig auf Verkehr, Handel, Energie, Wasser, Warenproduktion, Bergbau und Tourismusbereich.¹²⁰

6.2.1 Schulden

Österreich hat in diesem Jahr Schulden in der Höhe von 218 Mrd. Euro, welches 75% der Wirtschaftsleistung entspricht. Mit der Einbeziehung von allen ausgelagerten Schulden, wie die Schulden der ÖBB und der Asfinag, betragen die Schulden sogar 80% des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich dazu betragen die Staatsschulden im Euroraum ca. 95% des BIP.¹²¹

¹¹⁸ Vgl. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1354025/USBanken-sind-bei-der-Bewaeltigung-der-Krise-besser> (Zugriff: 05.05.13)

¹¹⁹ Vgl. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/jahresauftakt-welche-gewinne-europas-grossbanken-kassieren/6523228.html?slp=true&p=10&a=true#image> (Zugriff: 05.05.13)

¹²⁰ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_jaenner_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 05.05.13)

¹²¹ Vgl. http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/723956/AA_Warum-Oesterreich-herabgestuft-wurde (Zugriff: 05.05.13)

Die Verschuldung der österreichischen Haushalte ist ebenfalls geringer als die des Euroraums, denn es liegt 9,9% unter dem Durchschnitt im Euroraum. Wohingegen die Unternehmensverschuldung höher ist als im Euroraum.¹²²

2015 enden die 100 Mrd. Euro Staatsanleihen, welche Österreich refinanzieren muss. Dabei verliert Österreich viel Geld an Zinsen für Staatsanleihen, denn Investoren fordern für 10-jährige Staatsanleihen eine Rendite von ca. 3%.¹²³

In der nachfolgenden Grafik werden die einzelnen österreichischen Banken aufgelistet, die eine staatliche Hilfe erhielten, die Höhe der Summen und welche Banken bereits verstaatlicht bzw. teilverstaatlicht sind, mit Stand 2013.

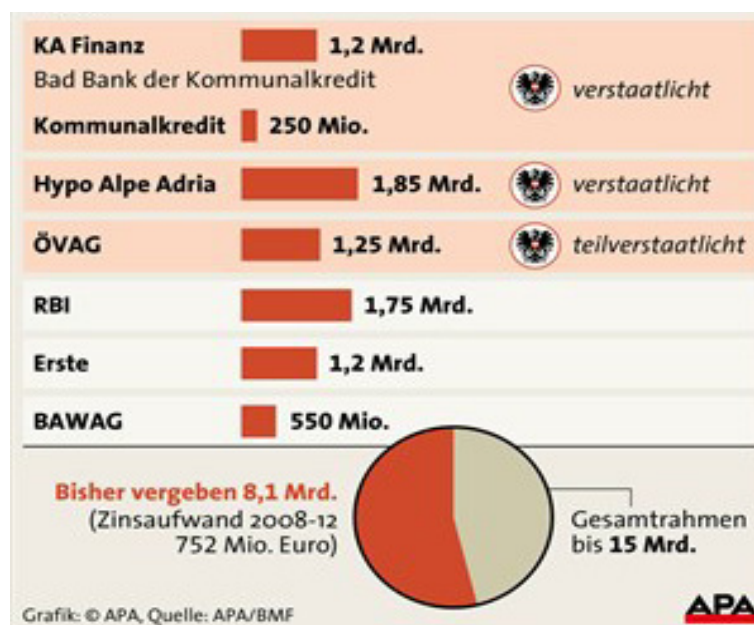


Abbildung 11: Staatliches Kapital für österreichische Banken (in Euro)¹²⁴

6.2.2 Kredite

Die Richtlinie für Unternehmenskredite wurde im ersten Quartal 2013 zum vierten Mal überarbeitet und hat nun nochmals strengere Bedingungen als zuvor. Die

¹²² Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_jaenner_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 05.05.13)

¹²³ Vgl. http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/723956/AA_Warum-Oesterreich-herabgestuft-wurde (Zugriff: 05.05.13)

¹²⁴ <http://derstandard.at/1358305698084/Oesterreich-mit-ueber-20-Milliarden-bei-Banken-engagiert> (Zugriff: 05.05.13)

Ursachen dafür sind die gestiegenen Eigenkapitalkosten der Banken, branchen- oder firmenspezifische Daten und die schlechte Prognose über die Konjunktur.¹²⁵

Die Investitionen für Anlagen, Fusionen und Übernahmen mussten jedoch weniger finanziert werden, was die Nachfrage von Krediten bei Unternehmen verringerte. Bei der Aufnahme von mittel- und langfristigen Schuldverschreibungen der Banken ist eine leichte Verbesserung zu sehen.¹²⁶

Bei Konsumkrediten und dergleichen Krediten erfolgte eine leichte Lockerung, wobei die Kreditrichtlinien bei Privatkundengeschäften und die Finanzierung für Wohnbau sich nicht veränderten. Der Abschluss von Wohnbaukrediten nahm zu, was auch bei privaten Haushalten für Konsumkredite erwartet wird. Die Kundeneinlagen hingegen verschlechterten sich etwas.¹²⁷

6.2.3 Private Haushalte

Das Vermögen der privaten Haushalte machte Ende ca. 2 Mrd. Euro aus, was 3,7% mehr war als zum Jahresbeginn. Das Jahreswachstum erklärt sich durch die Neuveranlagungen und die gestiegenen Kurse am Kapitalmarkt. Die handelbaren Wertpapiere hatten einen Marktwert, der so hoch wie Mitte 2007 und Ende 2010 war.

Der Wunsch, der österreichischen Haushalte, ihr eigenes Vermögen schnell beziehen zu können, war in Österreich sehr ausgeprägt. Die Gründe waren nicht nur die Verunsicherung und Vertrauensverlusten in der Krise, sondern auch die 2% maximale Mindestzinsgarantie bei Lebensversicherungen, die Lage am Arbeitsmarkt und die Unsicherheit am Goldmarkt. Den Haushalten ist es nun

¹²⁵ Vgl.

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2013/2013q2/pa20130424_vorsichtige_kreditpolitik_der_banken_bei_verhaltener_kreditnachfrage_der_unternehmen.jsp#tcm:14-254761
(Zugriff: 05.05.13)

¹²⁶ Vgl.

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2013/2013q2/pa20130424_vorsichtige_kreditpolitik_der_banken_bei_verhaltener_kreditnachfrage_der_unternehmen.jsp#tcm:14-254761 (Zugriff: 05.05.13)

¹²⁷ Vgl.

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2013/2013q2/pa20130424_vorsichtige_kreditpolitik_der_banken_bei_verhaltener_kreditnachfrage_der_unternehmen.jsp#tcm:14-254761
(Zugriff: 05.05.13)

möglich 20% des gesamten Finanzvermögens sofort zu beziehen, was in der Finanzkrise nur zu 15% möglich war.¹²⁸

Dabei spielen die privaten Haushalte eine wichtige Rolle im volkswirtschaftlichen Sektor, da sie mit einer Ersparnisbildung, die höher ist als der im Euroraum, die bedeutsamsten Kapitalgeber sind.

6.2.4 Banken

Die Banken befinden sich in einer speziellen Lage, da sie viel größere Schulden hatten als alle anderen Unternehmen. Der Grund dafür ist, dass Banken ihre Aktivitäten hauptsächlich mit Fremdkapital finanzieren, was mit einer hohen Verschuldung einhergeht.¹²⁹

Die Kreditinstitute in Österreich verzeichneten im Sommer 2012 einem Periodenergebnis von 3 Mrd. Euro, welches 4,6% höher als im Jahr zuvor war. Der Profit der Banken blieb unverändert, was aus dem realwirtschaftlichen Umfeld und den Staatsschulden resultierte. In der nachfolgenden Tabelle wird die Gewinn- und Verlustrechnung der österreichischen Banken der Jahre vor und nach der Krise aufgezeigt. Da die Banken weniger Risikovorsorge erbrachten als im Jahr davor, kam es zu einem Anstieg im Ergebnis. Der Nettogewinn beträgt im zweiten Quartal 2012, die bislang die letzten veröffentlichten Daten von der österreichischen Nationalbank sind, 3 Mrd. Euro. Dies ist zwar mehr als das Dreifache als im Vorjahr, aber noch immer nicht so hoch wie vor dem Krisenausbruch, welches 2007 6,8 Mrd. Euro betrug. Das Nettozinsergebnis verringerte sich, was ein Anstieg der Zinsaufwände bedeutete. Beim Provisionsergebnis wurde ebenfalls ein Rückgang verzeichnet, welches auf die Verunsicherungen zurückzuführen ist, die durch die Krise und die damit einhergehenden Staatsschulden entstanden sind.¹³⁰

¹²⁸ Vgl. http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/gfr/2013/pa_gfr_20130423_jeder_fuenfte_euro_sofort_verfuegbar_finanzvermoegen_der_haushalte_auf_liquiditaetskurs.jsp#tcm:14-254865 (Zugriff: 05.05.13)

¹²⁹ Vgl. Brunetti Aymo, Wirtschaftskrise ohne Ende?, 1. Auflage, 2011, S.19f

¹³⁰ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_jaenner_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 05.05.13)

Gewinn- und Verlustrechnung österreichischer Banken, konsolidiert

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Q2 12
	in Mrd EUR						
Nettozinserträge	14,9	18,0	19,3	19,5	20,4	20,4	9,8
Einkünfte aus Gebühren und Provisionen	6,8	8,2	8,5	7,2	7,7	7,6	3,7
Handelsergebnis	1,2	0,9	-2,1	2,6	1,0	0,8	0,4
Betriebsergebnis	9,2	11,1	7,9	15,6	13,5	10,4	6,5
Nettogewinn	7,5	6,8	0,6	1,5	4,6	0,7	3,0

Tabelle 2: Gewinn- und
Verlustrechnung österreichischer
Banken, konsolidiert¹³¹

Die Ausstattung der österreichischen Banken mit Eigenmitteln hat sich weiterhin verbessert. So ist die Eigenmittelausstattung nach einer Verringerung im Jahr 2008 wieder gestiegen. Dies ist auf die private und staatliche Maßnahmen zur Stützung des Kapitals zurückzuführen. Die Solvabilitätsquote betrug im Sommer 2012 13,7% (2008: 11%) und die Kernkapitalquote 10,6% (2008: 7,7%) und wurde somit wunschgemäß erhöht. Diese Entwicklung soll laut der österreichischen Nationalbank noch weiter optimiert werden, um sich im europäischen Vergleich zu verbessern.¹³²

Ein weiterer wichtiger Bereich bezüglich der Banken in Österreich betrifft die Refinanzierung. Hier können die Kreditinstitute unter anderem kurzfristig fällige Wertpapiere ohne Schwierigkeiten refinanzieren, wobei keine neuen Wertpapiere ausgegeben werden. Ein Blick in die Liquiditätsdaten der inländischen Banken lässt erkennen, dass die Lage besser geworden ist. Mit den größeren liquiden Mitteln ist die kumulierte Nettofinanzierungslücke kleiner geworden. Jedoch kann es durch die internationalen Regulierungen über die Liquiditätsmindestanforderungen für die Banken kritisch werden, welchem aber nachgegangen wird.¹³³

Schwerpunkt der europäischen Kreditinstitute ist nun die Betreuung von Investoren. Mit Hilfe von Transparenz und höheren Eigenkapitalquoten bei

¹³¹ http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_jaenner_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 05.05.13)

¹³² Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_jaenner_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 05.05.13)

¹³³ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_jaenner_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 05.05.13)

ungesicherten Bankanleihen wird auf mehr Investitionen gehofft. In Österreich wird das traditionelle Geschäftsmodell verfolgt, wo Kredite und Einlagen zu einer Stabilität führen sollen. Hier gab es im letzten Jahr bei den Anlagen einen Anstieg von 4,1%.¹³⁴

Ein anderes Geschäftsfeld der österreichischen Finanzinstitute betrifft Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE). Hier belaufen sich in Österreich die Auslandsforderungen auf 345 Mrd. Euro, also 115% des BIP. Dies ist geringer als in anderen Ländern wie in Großbritannien (184% des BIP) oder Schweiz (288% des BIP). Allerdings ist die Tendenz steigend, denn Zentral-, Ost- und Südosteuropa versorgt Österreich, wenn auch mit höherem Risiko, mit Gewinn. So vergrößerten sich die inländischen Tochterbanken, welches hauptsächlich Retailgeschäfte als Grund hatte. Das Interbankengeschäft wurde hingegen verkleinert. Die CESEE-Staaten sind besonders wichtig, weil sie ihre Leistungsfähigkeit immer mehr steigern. Wirtschaftlich betrachtet, haben diese Staaten in den vergangenen 20 Jahren sehr viel nachgeholt. Ihre Kennzahlen sind zwar nicht gleichauf mit dem des restlichen Euroraums, aber es wird ein weiter anhaltendes Wachstum erwartet. Dieses Wachstum betrifft die CESEE-Staaten, als auch jene Staaten, die mit den CESEE-Staaten wirtschaftlich kooperieren. Diese Entwicklung ist für die österreichischen Finanzinstitute vorteilhaft, da sie sich geografisch nahe befinden und viel Fachwissen über deren Markt bereits besitzen.¹³⁵

¹³⁴ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_jaenner_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 05.05.13)

¹³⁵ Vgl. http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_jaenner_2013_screen_tcm14-233465.pdf

7 Modell eines alternativen nachhaltigen Bankensystems

In den vergangenen Jahren erfolgten im österreichischen Bankensystem Strukturwandel, Fusionen und Übernahmen. Die Banken konzentrierten sich mehr auf ein sicheres System, auf die Erzielung vom Gewinn, auf genügend Eigenmittelausstattung und auf die Betreuung der Kunden. Viele Banken haben hinsichtlich des Eigenkapitals und die Liquidität positive Resultate erzielt. In diesem Kapitel wird nun untersucht in wie fern die neu entwickelten Maßnahmen zur Stärkung des Bankensystems nachhaltig sind und wie diese Nachhaltigkeit besser erreicht werden kann.

Unter dem Begriff Nachhaltigkeit versteht man die langfristige Orientierung, die über Generationen anhält. Die Banken sollten also über eine längere Zeit bestehen und in Krisenzeiten standhalten. Das Wort Nachhaltigkeit hatte früher vor allem im ökologischen Bereich eine Bedeutung und wurde in den Bereichen regenerative Energien und Umweltbewusstsein benützt, wo die Nutzung des Materials in dem Maße stattfinden sollte, wie sie sich regenerieren kann. Diese Grundidee eines anhaltenden Systems wurde vom Bankensektor adaptiert. „Mit dem Ergebnis, dass es heute bei den Nachhaltigkeitsbanken, auch alternative Banken genannt, um eine ganzheitliche Arbeitsweise geht, die sich im Idealfall ökonomische Strategien und Faktoren mit ethischem Bewusstsein und zukunftsorientierter Kredit- und Investitionspolitik deckt.“¹³⁶

In diesem Zusammenhang wird hier ebenfalls der Begriff Transparenz näher erläutert, denn dieser ist bei einem nachhaltigen Bankensystem unverzichtbar und sollte größte Priorität in allen Bereichen und Sektoren im Bankenwesen haben. Der Begriff leitet sich von dem lateinischen ab und bedeutet sich hindurchscheinen bzw. Durchsichtigkeit. Im Bankenwesen wird Transparenz für Verschaffung von Klarheit, Erhaltung eines Durchblicks, leichteres Verstehen eines Systems und die Abwesenheit von Verschleierungen verwendet.¹³⁷ Somit ist ein transparentes System eine Grundvoraussetzung für ein nachhaltiges System.

¹³⁶ <http://www.arbeitsgemeinschaft-finanzen.de/bank/banken-mit-nachhaltigkeit.php> (Zugriff: 10.05.13)

¹³⁷ Vgl. <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Transparenz.html> (Zugriff: 10.05.13)

Wie in den letzten Kapiteln angeführt, wurden verschiedene Unternehmungen als Hilfe für die Banken und die Wirtschaft unternommen. Doch nicht nur Kapitalstärkungen waren hier das Ziel, sondern auch eine dauerhafte Verbesserung des Bankensystems. Neue Regulierungen sollten krisenfeste Banken erschaffen, die nicht nur neue Risiken abwehren sollten, sondern sich auch bei verändernden Marktbedingungen anpassen sollten.

7.1 Stärkung der Nachhaltigkeit

Im Jahr 2012 hat die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) mit der Österreichischen Nationalbank (OeNB) eine neue Leitlinie, auch bekannt als „aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der international aktiver österreichischer Großbanken“, als eine Maßnahme veröffentlicht. Die Idee dahinter ist die Steigerung der Eigenkapitalgrundlage dieser Bankengruppen auf mittel- und langfristiger Basis und ein besserer Aufbau der Refinanzierungsstruktur der exponierten Tochtergesellschaften.¹³⁸

Ein weiteres Anliegen der FMA und der OeNB ist das Vorbeugen von den Folgen, die nach der letzten Krise sich ereignet haben. Zu diesem Zweck sollen die Banken angemessene Sanierungs- und Abwicklungspläne aufweisen.¹³⁹ Zusätzlich wurden in Österreich, als auch auf der ganzen Welt, Stresstests durchgeführt. Hier wurden Krisensituationen simuliert und die Auswirkungen auf die Stabilität der Banken überprüft. Sie fielen für Österreich sehr gut aus. Hier haben die letzten Stresstests ergeben, dass die Erste Group und die Raiffeisen eine Eigenkapitalquote von 9,9% haben und somit die EBA-Mindestanforderungen an hartem Kernkapital erfüllen und sogar um 1% übertroffen haben.¹⁴⁰

¹³⁸ Vgl.

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2012/2011q1/pa_aufsicht__nachhaltigkeitspaket_fuer_oesterreichs_banken__246091_page.jsp (Zugriff: 10.05.13)

¹³⁹ Vgl.

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2012/2011q1/pa_aufsicht__nachhaltigkeitspaket_fuer_oesterreichs_banken__246091_page.jsp (Zugriff: 10.05.13)

¹⁴⁰ Vgl. http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/1297133/Stresstest_Banken-haben-dicken-Risikopolster- (Zugriff: 10.05.13)

Die Leitlinie ist zunächst auf die österreichischen Banken Erste Group Bank AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG und UniCredit Bank Austria AG beschränkt worden, da diese Banken sehr groß sind und eine systemische Bedeutung haben. Ihr Geschäftsmodell ist, wegen der jeweilig vielen Tochterbanken, ebenfalls sehr komplex.¹⁴¹

Hierfür wurden folgende Regulierungen aufgestellt, die von den drei Banken nachgegangen werden sollen:

- Nachhaltige Stärkung der Eigenkapitalbasis: Basel III beinhaltet neue Regeln für hartes Kernkapital (CET1), die bereits dieses Jahr in Kraft treten. Ab 2016 soll zusätzlich ein harter Kapitalpuffer eingehalten werden. Dieser kann je nach Risikogehalt bis zu 3% betragen.
- Nachhaltige Stärkung und besserer Aufbau der Refinanzierungsstruktur: Die Vergabe von Nettoneukrediten der Tochterbanken muss sich in der richtigen Relation zum Bedarf der lokalen Refinanzierung befinden. Eine Aufsicht führt dabei Kontrollen durch, indem die Quartalsdaten seit Ende 2011 überwacht und untersucht werden, wobei bei einer Referenzquote von 110% gewarnt wird. Zusätzlich werden bei Unstimmigkeiten Aufsichtsmaßnahmen angewendet.
- Krisenfeste Banken: Die Muttergesellschaften mussten bis Ende 2012 Sanierungs- und Abwicklungspläne erstellen, die künftige Risiken abwehren sollen. Die Aufsicht überprüft dabei, ob die Banken in einer Krisenzeit eine effektive Sanierung durchführen und eine mögliche Insolvenz abwehren können.¹⁴²

Die Resultate von den durchgeführten Kontrollen werden nicht nur von der jeweiligen Aufsicht analysiert, sondern auch mit den Schwesterbehörden und der

¹⁴¹ Vgl.

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2012/2011q1/pa_aufsicht__nachhaltigkeitspaket_fuer_oesterreichs_banken__246091_page.jsp (Zugriff: 10.05.13)

¹⁴² Vgl.

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2012/2011q1/pa_aufsicht__nachhaltigkeitspaket_fuer_oesterreichs_banken__246091_page.jsp (Zugriff: 10.05.13)

europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) besprochen und je nach dem Unternehmungen getätigt um das Risiko zu begrenzen.¹⁴³

7.2 Schwächen und Lücken in der österreichischen Bankenstruktur

Trotz der Bemühungen und getroffenen Maßnahmen, weisen die österreichischen Banken noch immer Strukturschwächen und Fehler auf. Neue Regulierungen sind erforderlich um diese Lücken zu füllen. In diesem Unterkapitel werden die Gründe für die Notwendigkeit von neuen Anordnungen angeführt.

7.2.1 Verschuldung

In Europa wurden im Verlauf der Krise diverse Maßnahmen getroffen, die die Banken vor der Insolvenz gerettet haben. Das Ergebnis ist ein hoher Verschuldungsgrad der Staaten, wodurch zusätzliche Nebeneffekte entstehen, wie höhere Zinsen. Hier wurden in dem Zeitraum 2008-2011 in Summe 4,5 Billionen Euro, entspricht 37% des europäischen BIP, bewilligt. Davon wurden 1,6 Billionen Euro, also 13% des BIPs, benützt. Die dadurch angefallenen Verluste betrugen bereits Ende 2011 95 Mrd. Euro.¹⁴⁴

In Österreich wurden für die Unterstützung der heimischen Banken 11,7 Mrd. Euro, 4% des BIPs, aufgewendet. Wenn man nun die Haftung aus Wertpapieremissionen mit einbezieht, betragen die Aufwendungen für die Rettung der Banken 21,4 Mrd. Euro, welches 7,1% des BIPs gleich ist. Davon sind bereits 3,9 Mrd. Euro Verluste. In der nachfolgenden Tabelle sieht man die detaillierte Aufwands- und Ertragsaufstellung zwischen 2008-2012, die zu dem jetzigen Nettoverlust durch das Bankenpaket geführt hat.¹⁴⁵

¹⁴³ Vgl.

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2012/2011q1/pa_aufsicht__nachhaltigkeitspaket_fuer_oesterreichs_banken__246091_page.jsp (Zugriff: 10.05.13)

¹⁴⁴ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁴⁵ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

Tabelle 1: Nettobelastung durch das Bankenpaket, Volkswirt. Gesamtrechnung, Aufwendungen, in Mio. Euro	2008	2009	2010	2011	2012	2008 bis 2012
Refinanzierungskosten ÖBFA*)	0,1	134,0	213,4	221,4	221,4	790,3
Aufwand für FIMBAG	0,3	2,1	2,2	2,2	2,8	9,6
Hypo Group Alpe Adria <i>Umwandlung von Partizipations- in Grundkapital</i>			450,0	625,0		1.075,0
KA Finanz AG**) <i>Bürgschaften</i>			1.000,0		190,0	1.190,0
<i>Gesellschafterzuschuss</i>		60,0	75,0	75,0	609,6	819,6
<i>Kapitalzufuhr auf CDS Griechenland</i>					389,0	389,0
Österreichische Volksbanken AG <i>Kapitalschnitt</i>					700,0	700,0
<i>Kapitalerhöhung</i>					250,0	250,0
Kommunikredit AG <i>Gesellschafterzuschuss</i>		30,0				30,0
Gesamtaufwendungen Bankenpaket	0,4	226,1	1.740,6	923,6	2.362,8	5.253,5
Erträge, in Mio. Euro						
Dividenden aus Partizipationskapital			263,4	289,0	241,0	793,4
Haftungsentgelte	2,6	217,1	300,7	331,7	177,0	1.029,1
Pönalezahlung Hypo Group Alpe Adria			2,0	1,0		3,0
Gesamterträge Bankenpaket	2,6	217,1	566,1	621,7	418,0	1.825,5
Nettoverlust Bankenpaket gem Volksw. Gesamtrechnung	2,2	-9,0	-1.174,5	-301,9	-1.944,8	-3.428,0
abzüglich entgangener Dividenden		36,0	165,0	165,0	135,8	501,8
<i>davon Hypo Alpe Adria</i>		36,0	72,0	72,0	42,8	222,8
<i>davon Volksbanken</i>			93,0	93,0	93,0	279,0
Nettoverlust Bankenpaket inkl. entgangener Dividenden	2,2	-45,0	-1.339,5	-466,9	-2.080,6	-3.929,8

Tabelle 3: Aufwands- und Ertragsaufstellung der Bankenpakete¹⁴⁶

Darüber hinaus ist zu beachten, dass Österreich Vorgaben für den Umfang der Bankenrettungspakete hat. Denn das Finanzmarktstabilisierungsgesetz erlaubt nur 15 Mrd. Euro, welches mit den Maßnahmen in der Höhe von 11,7 Mrd. Euro bereits zu 78,1% aufgebraucht ist.¹⁴⁷

¹⁴⁶ <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁴⁷ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

7.2.2 Zinsen

Die Zinsen in Österreich sind höher als in anderen vergleichbaren Staaten. Die höheren Zinsen auf Staatsanleihen bewirken auch, dass die Refinanzierung des Staates stärker belastet ist als in anderen Staaten und sogar eine verhältnismäßig höhere Belastung aufweisen, als vor dem Krisenausbruch. Beispielsweise hat Österreich 2005-2008 ca. 66 Mrd. Euro mehr für Zinsen ausgegeben als Deutschland. Doch nach der Krise hat Österreich ca. 764 Mrd. Euro mehr ausgegeben. Das heißt, Österreich hat nach dem Krisenausbruch fast 700 Mrd. Euro mehr an Zinsausgaben als Deutschland. Ein anderes Beispiel ist Niederlande, die eine ähnliche Volkswirtschaft hat wie Österreich und dessen Finanzsektor ca. gleich groß ist. Hier hat Österreich ca. 300 Mrd. Euro mehr für Zinsen gezahlt.¹⁴⁸

7.2.3 Kasinokapitalismus

Der Begriff Kasino-Kapitalismus wird in Zusammenhang mit krisenanfälligen globalisierten Finanzmärkten verwendet, die sich von der Realwirtschaft abspalten.¹⁴⁹ Hier werden hoch spekulative Finanztransaktionen durchgeführt, welche nicht nur Aktien, Kredite und Wechselkurse, sondern auch Rohstoffe, Nahrungsmittel und Wohnräume betreffen.¹⁵⁰

7.2.4 Aktionäre und Eigentümer

Im Zuge der Rettung der Banken gab es von Seiten der Aktionäre und Eigentümer keine Unterstützungen. Stattdessen haben sie von den Kursgewinnen, die mit den Kapitalisierungsmaßnahmen erreicht wurden, sogar profitiert. Die Bankenpakete haben nämlich mit dem Zuführen vom neuen Kapital erreicht, dass die Kurswerte und der Marktwert der jeweiligen Banken mehr als das 3-fache des ursprünglichen Wertes stiegen. So stieg, beispielsweise, der

¹⁴⁸ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁴⁹ Vgl. <http://www.finanzen100.de/dossier/Casino-Kapitalismus/> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁵⁰ Vgl. http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/das-budget/asb_info65_66.pdf (Zugriff: 10.05.13)

Kurs von der Erste Group um das 3,8 fache nach dem Hilfspaket 2009 und erreichte einen Marktwert von 6,9 Mrd. Euro, die sich davor noch auf 2,4 Mrd. Euro beliefen.¹⁵¹

7.2.5 Managervergütung

Die Entwicklung der Managergehälter ist sehr rasant und extrem hoch gewesen. Die Summen, die hier für Manager ausgegeben werden, sind in ganz Europa völlig überzogen. Diese Vergütungsmethode löst sehr risikofreudige Handlungen der Manager aus, welche Kasinokapitalismus und die Ausrichtung auf kurzfristigen Profit begründen. So beziehen die Manager das 49-fache von einem „normalen“ Mitarbeiter, welche sich zusätzlich zu den Fixgehältern, aus Boni und Abfertigung/Abfindung zusammensetzt.¹⁵²

Zudem erzielten Manager bessere Bewertungen von Ratingagenturen mithilfe von Verschleierung der Tatsachen bzw. positive, aber nicht wahrheitsgetreue, Darstellungen. Alles in allem, haben die Manager eine zu große Handlungsfreiheit, wodurch sie momentan unkontrollierbar sind und eine Gefährdung des Bankensystems bzw. letztendlich der Wirtschaft darstellen. Dieser Wettbewerb war auch teilschuld für die Entstehung der Finanzkrise.

7.2.6 Ratingagenturen

Nach der Entdeckung, dass die Ratingagenturen ebenfalls Mitverursacher der Krise waren, und zwar wegen den nicht-objektiven Beurteilungen, wurden Maßnahmen ergriffen, die eine bessere Überwachung und Transparenz fördern sollten. Doch diese Maßnahmen wurden bis heute nicht wunschgemäß realisiert. Sie gelten zwar als umgesetzt, werden aber in der Praxis nicht erfüllt. Die Ratingagenturen werden nämlich weiterhin von jenen Banken bezahlt, die sie auch untersuchen und dessen Wertpapiere sie beurteilen sollen. Dieses System sollte generell nicht weiter bestehen, denn solange sie von jenen Banken bezahlt

¹⁵¹ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁵² Vgl. http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d170/Vorstandsgehaelter_ATX_2012.pdf (Zugriff: 10.05.13)

werden, die sie beurteilen sollen, wird sich niemals ein Fortschritt in der Bekämpfung von Korruption bilden. Die jetzige Verklagung der Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) vom amerikanischen Justizministerium ist ein wichtiger Schritt für die Klarstellung und das Bewusstmachen der Handlungen in der Vergangenheit.¹⁵³

7.2.7 Osteuroparisiko

Österreichs Banken gehen mit Osteuropa sehr große Risiken ein. Dies bestätigten die Überprüfungen von internationalen Organisationen, die Bewertungen der EU Kommission, die dem europäischen Rat vorgelegt wurden, und alle Analysen, die Ratings zu den Banken und Österreich haben. Anhand der Bonität der CESEE-Staaten ist zu erkennen, dass die Hälfte der Forderungen der österreichischen Institute sich im hochriskanten Bereich befindet. Das entspricht 100 Mrd. Euro von den gesamten 200 Mrd. Euro im spekulativen Bereich, wie Bosnien und Herzegowina, Serbien, Ukraine und Ungarn. Das bedeutet, dass falls sich die Lage verschlechtert, Zahlungsausfälle die Folge sein können. Dieser Bereich ist sehr risikobehaftet im Gegensatz zum Bereich, wo die anderen 100 Mrd. Euro sich befinden, welcher Anlagen mit höchster Bonität beinhaltet und bei dem erst bei der Verschlechterung der Gesamtwirtschaft Schwierigkeiten auftauchen können, wie die Tschechische Republik, Polen und Bulgarien.¹⁵⁴

¹⁵³ Vgl. <http://www.wsws.org/de/articles/2013/02/bank-f09.html> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁵⁴ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

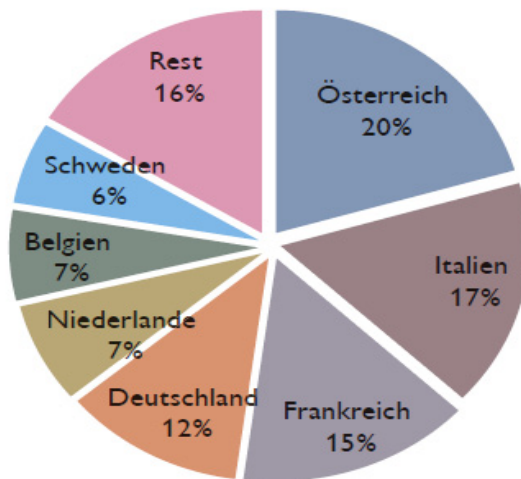


Abbildung 12: Aktivitäten in den CESEE-Staaten¹⁵⁵

Auffallend hoch ist auch der Anteil der Aktivität der österreichischen Banken. Diese ist mit 20 % am höchsten im Vergleich zu den anderen EU-15-Ländern, was mit einer verhältnismäßig höherem Risikoeinsatz einhergeht.

Dieses Risiko wurde von den Banken auch mit Staatsgeldern eingegangen, denn die Raiffeisen Bank International (RBI) hat mit 460 Mio. Euro, die sie durch die staatliche Unterstützung von dem Bankenpakete 2011 erhalten hat, 70 % der polnischen Polbank aufgekauft.¹⁵⁶

Des Weiteren sind durchschnittlich 11% des Kreditportfolios der österreichischen Banken notleidende Kredite, welches hauptsächlich an Ungarn, Ukraine, Kasachstan und Rumänien auftreten.¹⁵⁷

Zudem ist das Risiko in Mittel- und Osteuropa zu wenig abgesichert, denn die Kernkapitalquote beträgt durchschnittlich 10,2%. Dieser befindet sich im Vergleich zu anderen Staaten, die auch in Mittel- und Osteuropa tätig sind, unter dem Durchschnitt von 11,4%. Das ist deswegen sehr wichtig, weil die erhöhten Eigenkapitalanforderungen und Einlagen die rasch anwachsenden Kredite und das hohe Risiko von Fremdwährungskrediten decken sollten.¹⁵⁸

¹⁵⁵ http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_april_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 10.05.13)

¹⁵⁶ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁵⁷ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁵⁸ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

Diese Faktoren spielen eine wichtige Rolle mit dem Hinblick, dass die davor im konjunkturellen Aufschwung vergebenen Kredite ohne Einholung von genügend Sicherheiten gewährt wurden. Die Wirtschaftssituation verschlechtert sich nun, besonders in Rumänien und Ungarn. Dies könnte die bereits vertraute Folge haben, dass viele Darlehen uneinbringlich werden.¹⁵⁹

7.2.8 Aufsicht

Die verstärkte Kontrolle, wie sie bei den Stabilisierungsmaßnahmen versprochen wurden, wird in der Praktik nicht erfüllt. So wurden zwar neue Finanzaufsichten in Europa eingeführt, doch werden die neuen Regulierungen bei den Banken nicht umgesetzt. Der Rechnungshof hat Ende 2012 die Begebenheiten bei den Banken überprüft und festgestellt, dass die Finanzmarktbeteiligung AG (FIMBAG) ihre erhaltenen Rechte nicht voll ausgenützt hat. So hat sie die Buch-, Betriebs- und Einsichtsrechte nicht geltend gemacht und somit ungenügende Auflagekontrollen durchgeführt. Das Resultat war, dass das Finanzministerium, bezüglich der Übernahme von Haftungen, die Auflagenkontrolle entweder gar nicht dokumentiert, zu spät durchgeführt oder mangelhaft gefertigt hat.¹⁶⁰ Zudem sind die Bewertungsspielräume zu groß.

„Völlig übersehen wird dabei jedoch, dass diese Kontrollbehörden bzw. inzwischen teilweise bereits auch privatisierten Unternehmen mit vollkommen untauglichen Methoden ihre „Kontrolle“ auszuüben versuchen, da sie insbesondere verschiedene Methoden der Bilanzanalyse zu Überwachung von Banken und Versicherungen größter Beliebtheit erfreuen.“¹⁶¹

¹⁵⁹ Vgl. http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/723956/AA_Warum-Oesterreich-herabgestuft-wurde (Zugriff: 10.05.13)

¹⁶⁰ Vgl. http://www.krone.at/Oesterreich/Bankenpaket_kann_uns_fast_5_Milliarden_Euro_kosten-RH-Bericht-Story-335510 (Zugriff: 10.05.13)

¹⁶¹ Vgl. Hörmann, Haeseler, Die Finanzkrise als Chance 2011, S.36

Weiters ist auch zu beachten, dass in bestimmten Bereichen nur eine begrenzte Menge an Informationen eingeholt werden dürfen. Dies ist aber nicht an die unterschiedlichen Bankensysteme in Europa angepasst, denn bei einem Staat mit einer größeren Anzahl an Banken, ist das Aufsichtssystem von mehr Daten im Meldewesen abhängig, da die Aufsicht nicht ständig vor Ort sein kann und deswegen umfangreiche Daten benötigt.¹⁶² Dies ist in Österreich der Fall, das in der folgenden Grafik zu erkennen ist:

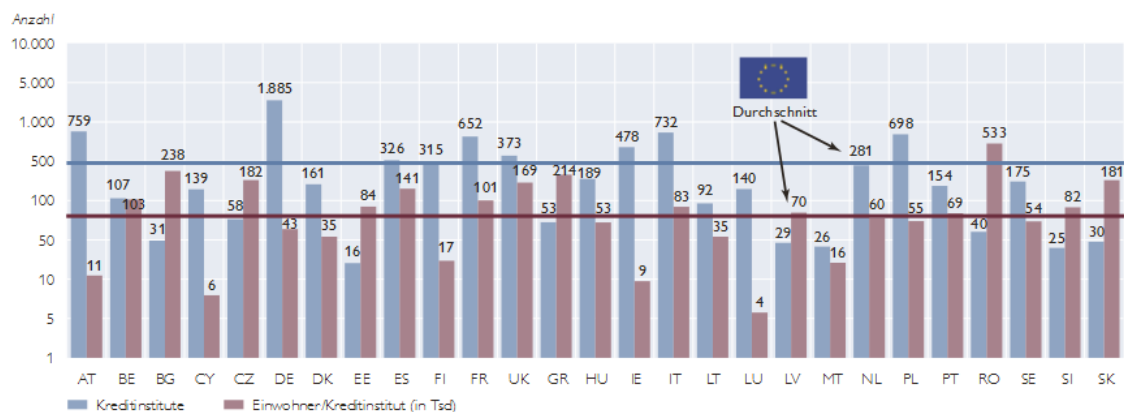


Abbildung 13: Europäische Bankensysteme¹⁶³

7.2.9 Übertriebene Prognosen

Ein Grund wieso einige Maßnahmen langsamer umgesetzt werden, sind die übertriebenen Schätzungen der Banken. Die strengen Regulierungen in Bezug auf das Eigenkapital und die Erhöhung der Einlagensicherung, sowie die Bankensteuer werden von den Banken als zu viel erachtet und könnte laut den Banken zu Verlusten von Arbeitsplätzen führen. Hier hatte die Bank Austria angekündigt, dass sie 10.000 Mitarbeiter, welches einem Achtel aller Arbeitnehmer in der Finanzbranche gleicht, entlassen müsste, wenn diese Maßnahmen verwirklicht werden. Momentan werden abgegangene Stellen entweder gar nicht mehr vergeben oder von Mitarbeitern von anderen Bereichen

¹⁶² Vgl. http://www.oenb.at/de/img/stat_2012_q4_gesamt_tcm14-251065.pdf (Zugriff: 10.05.13)

¹⁶³ http://www.oenb.at/de/img/stat_2012_q4_gesamt_tcm14-251065.pdf (Zugriff: 10.05.13)

besetzt. Des Weiteren, könnten dadurch weniger Kredite vergeben und die Gebühren erhöht werden.¹⁶⁴

7.3 Alternatives Modell

Die eingeführten Methoden zur nachhaltigen Stärkung im Bankensektor, wie strengere Eigenkapitalregeln, Aufbau der Refinanzierungsstruktur und Sanierungs- und Abwicklungspläne, sind, wie oben erklärt wurde, noch unzureichend. Um die Probleme im jetzigen Bankensystem nachhaltig zu lösen, sollte der Finanzsektor umfangreich neu organisiert werden. Dabei sollte das Bankensystem mehr auf das Gemeinwohl und weniger auf Gewinn gerichtet sein. Die Finanzmärkte sind ein Fundament der Weltwirtschaft und nur eine solide Basis kann Fehlentscheidungen unterbinden und eine neue Krise vermeiden.¹⁶⁵ In diesem Unterkapitel werden Möglichkeiten aufgezählt, die zu einem besseren und nachhaltigen Bankensystem verhelfen sollen.

Diese neue Struktur sollte folgende Punkte beinhalten:

- Ein effektives Banken-Insolvenzrecht
- Direkte Aufsicht
- Demokratisches und gemeinwohlorientiertes Bankensystem
- Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking
- Bildung und Beschränkung von bestimmten Fonds
- Transparente Strukturen in den Konzernen
- Besseres Einlagensystem
- Ein Weltwährungssystem mit stabilen Wechselkursen
- Bessere Organisation
- Wahrnehmung von Einsichts- und Prüfungsrechten
- Vergleiche zwischen Plan- und Ist-Werten

¹⁶⁴Vgl. http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/582019/Bei-Oesterreichs-Banken-wackeln-bis-zu-10000-Jobs?_vl_backlink=/home/wirtschaft/international/583089/index.do&direct=583089 (Zugriff: 10.05.13)

¹⁶⁵ Vgl. http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/das-budget/asb_info65_66.pdf (Zugriff: 10.05.13)

- Dividendenberechnungen für das Partizipations-Kapital auf Grundlage eines aktuellen Gutachtens der Nationalbank¹⁶⁶
- Detailliertere Information
- Anpassung der Managervergütung
- Neustrukturierung der Ratingagenturen
- Weltweite Zusammenarbeit bezüglich Steuern
- Gerechte Aufteilung von Steuern¹⁶⁷

Aufsicht

Die europäische Kommission hat eine Bankenunion mit einem Krisenmanagement empfohlen, wo im Haftungsverbund zwischen den europäischen Großbanken neue Regeln eingeführt werden sollen. Doch ist hier eine direkte Aufsicht der Großbanken nötig um die richtige Basis zu schaffen und dann darauf aufzubauen. Außerdem bleiben für Banken, die bei Schwierigkeiten keine Bedrohung für den europäischen Markt darstellen, weiterhin die nationalen Regeln aufrecht, welche jedoch ebenfalls neu reguliert werden sollten.¹⁶⁸ Auch die Anpassung der Daten an die Aufsichtssysteme, um eine effiziente Datenerhebung zu machen, ist nötig.

Bildung und Beschränkung von bestimmten Fonds

Weiters empfiehlt die Kommission bei der Abwicklungsfinanzierung eine Bildung von einem Fond, wo die Banken ihre Beiträge einbringen, darunter auch eine Einrichtung zur Einlagensicherung und Anlegerentschädigung. Das führt jedoch dazu, dass die Banken nicht die riskanten Handlungen mindern. Hier wäre ein

¹⁶⁶ Vgl. http://www.krone.at/Oesterreich/Bankenpaket_kann_uns_fast_5_Milliarden_Euro_kosten-RH-Bericht-Story-335510 (Zugriff: 10.05.13)

¹⁶⁷ Vgl. http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/das-budget/asb_inf_o65_66.pdf (Zugriff: 10.05.13)

¹⁶⁸ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

Lösungsweg, dass sich die Gläubiger, wie Kreditinstitute und Investmentfonds, und Eigentümer ebenfalls die Kosten für das Krisenmanagement tragen.¹⁶⁹

Im Gegensatz dazu sollten Hochrendite-Fonds, besonders der Handel mit sehr riskanten Derivaten, die meistens spekulativ ausgerichtet sind, Hedge Fonds und Private- Equity- Fonds auf Risiko begrenzt werden.¹⁷⁰

Besseres Einlagensicherungssystem

Eine weitere Möglichkeit das Bankensystem besser zu gestalten ist, dass für die Restrukturierung nicht die Einlagensicherung dienen soll. Die Gründe dafür sind, dass erstens die Banken zu leicht auf dieses Geld zurückgreifen könnten, was mit einer leichtsinnigen Handlung einhergeht, auch Moral Hazard. Zweitens würde dies nicht den Risikopräferenzen gleich kommen. Hier würde nämlich eine spekulative Veranlagung und dessen höheres Risiko mehr Sicherheit suggerieren, was von risikoscheuen Sparern unerwünscht ist.¹⁷¹

Währungssystem

Ein anderer Weg wäre ein Währungssystem mit stabilen Wechselkursen. Hier kann man die Idee von Keynes 1944 heranziehen, welcher die Benützung einer künstlichen Währung vorschlug. Demnach würde diese künstliche Währung die Weltwährung sein und somit eine Stabilität sichern, denn sie würde von den Notenbanken gemeinsam beschlossen werden. Diese Idee kann auch mit Zwischenschritten umgesetzt werden, indem zunächst regionale Währungsverbünde gemacht werden. Eine Option wäre auch die UNO als eine Überordnung von der Weltbank und Währungsfonds.¹⁷²

¹⁶⁹ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁷⁰ Vgl. http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/das-budget/asb_info65_66.pdf (Zugriff: 10.05.13)

¹⁷¹ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁷² Vgl. http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/das-budget/asb_info65_66.pdf (Zugriff: 10.05.13)

Organisation und Kontrolle

Eine Empfehlung des Rechnungshofes ist es, alle Vollzugsagenden in einer Stelle unterzubringen. Dies soll eine bessere Ausschöpfung der Meldesysteme und Quellen gewährleisten. Zudem sollte die Aufsicht über die Auflagen allein unter FIMBAG stattfinden.¹⁷³ Die Kontrollen für den Kapitalverkehr sollten hier verschärft werden, indem die Kapitaleinfuhr und -ausfuhr beaufsichtigt wird.

Information

An dieser Stelle sollten die Berichte an den Hauptausschluss des Nationalrates eine Übersicht für geleisteten Kosten der Haftungen, der Anteil der Zinsen, die von der Haftung mitbetroffen sind, und den Betrag der Haftung, der für Fremdwährungsemissionen aufgebracht wurden, angeführt werden. Ganz wichtig ist hier die Weitergabe von Informationen um Transparenz zu schaffen.¹⁷⁴

Managervergütung

Hier kann man vor allem den kurzfristigen Profit beeinflussen und neuregulieren. Eine Angleichung der überzogenen Gehälter an die Gehälter der restlichen Beschäftigten sollte durchgeführt werden. Besonders die Abfertigung bzw. Abfindung betreffend, sollten neue Regeln aufgestellt werden, die beispielsweise Schweiz als Vorbild nehmen könnten. Hier werden nämlich die Aufsichtsräte nicht mehr für das Entlohnungssystem verantwortlich sein, welche nur profitorientiert ist.¹⁷⁵

¹⁷³ Vgl. http://www.krone.at/Oesterreich/Bankenpaket_kann_uns_fast_5_Milliarden_Euro_kosten-RH-Bericht-Story-335510 (Zugriff: 10.05.13)

¹⁷⁴ Vgl. http://www.krone.at/Oesterreich/Bankenpaket_kann_uns_fast_5_Milliarden_Euro_kosten-RH-Bericht-Story-335510 (Zugriff: 10.05.13)

¹⁷⁵ Vgl. <http://wien.arbeiterkammer.at/online/ausufernde-managergehaelter-deckeln-71867.html> (Zugriff: 10.05.13)

Ratingagenturen

Die aktuelle Lage der Ratingagenturen ist nicht viel anders als während der Krise. Die Agenturen sind jetzt aber im Blickfeld der Aufsichtsinstitutionen und der Regierungen, wie die Verklagung von Standard & Poor's (S&P) zeigt.

Strengere Überwachung der Ratingagenturen, Bankenaktivitäten und Finanzinstitutionen ist hier die Grundlage zu einem besseren System. Jedoch herrscht hier zwischen den Banken und den Behörden, die für die Überwachung zuständig sind, ebenfalls keine objektive Beziehung. So tragen die Ratingagenturen noch immer zur Verschuldung der Staaten bei. Ein neues Aufsichtssystem, welches demokratisch gelenkt ist, sollte einen entscheidenden Unterschied erbringen.¹⁷⁶

Spekulationen

Ein weiterer Schritt wäre die Haftung der Anleger zu verschärfen. Denn die Anleger können sich bei einer Krisensituation auf das Internationale Währungsfond verlassen und können dadurch weiterhin hohe Risiken eingehen. Wenn sie jedoch bei der Haftung für die Kosten mit einbezogen werden, würden sie hochriskante Spekulationen vermeiden.¹⁷⁷

Eine Börsenumsatzsteuer ist auch eine Variante zur Minderung der Spekulationen mit Aktien und Anleihen.¹⁷⁸

Ökonomische sinnvolle Verteilung

Momentan ist die Verteilung des Vermögens innerhalb eines Staates nicht ausgewogen verteilt. So besitzen in Österreich 10% 66% des gesamten Vermögens. Dieses Vermögen wird anstatt verbraucht zu werden, in

¹⁷⁶ Vgl. <http://www.wsws.org/de/articles/2013/02/bank-f09.html> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁷⁷ Vgl. http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/das-budget/asb_info65_66.pdf (Zugriff: 10.05.13)

¹⁷⁸ Vgl. http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/das-budget/asb_info65_66.pdf (Zugriff: 10.05.13)

Finanzmärkte untergebracht. Dies hat die Folge, dass weniger Investitionen eingegangen werden, was sich auch auf die Beschäftigungszahlen auswirkt. Aus diesem Grund sollten Finanz-, Steuer-, und Geldmethoden eingesetzt werden, die gerecht und, ökonomisch gesehen, sinnvoll sind. Diese könnten durch günstige Kredite, hohes Realeinkommen und hohe Realrenditen statt Finanzrenditen herbeigeführt werden.¹⁷⁹

Kreditvergabe

Neue Kredite sollten vorsichtiger vergeben werden, um die Gefahr einer Krisenentwicklung zu unterbinden. Hier wäre es vorteilhaft andere Möglichkeiten zur Kapitalbeschaffung heranzuziehen.

Verschuldung

Die Rekapitalisierung der Banken durch den Staat ist nicht empfehlenswert. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass mit der Hilfestellung vom Staat die Banken einen „Moral Hazard“ einhergeht, wo sich die Banken im Falle einer Insolvenz drauf verlassen, dass der Staat zur Hilfe kommt und sie mit neuem Kapital ausstattet, und somit größere Risiken eingehen. Diese Maßnahme ist jedoch zweierlei nicht vertretbar. Erstens agieren, wie erklärt, die Banken risikofreudiger, und zweitens stürzt dies den Staat in noch höhere Schulden. Die Verschuldung in Österreich beträgt bereits 75% der Wirtschaftsleistung.

Des Weiteren geht Österreich, wie bereits oben erwähnt, ein großes Risiko in Verbindung mit den CESEE-Staaten ein. Die wirtschaftliche Lage, dass sich zurzeit in manchen Ländern im Abschwung befindet, könnte durch die Vergabe der Kredite mit den unzureichenden Sicherheiten, für Österreich problematisch werden. Denn dies wäre nicht nur schlecht für die Banken, wie Erste Bank, Bank Austria und Raiffeisen, sondern würde den Staat wieder in Mitleidenschaft ziehen, da diese wieder einspringen würden. Das Resultat wäre ein Anstieg der

¹⁷⁹ Vgl. http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/das-budget/asb_info65_66.pdf (Zugriff: 10.05.13)

Staatsschulden auf mehr als 80% des BIPs. Letztendlich sind es die Steuerzahler, die durch diese Bankenpakete am Meisten leiden, denn noch heute ist kein Ende der Verluste des Staates in Sicht, mit der Tendenz steigend.¹⁸⁰

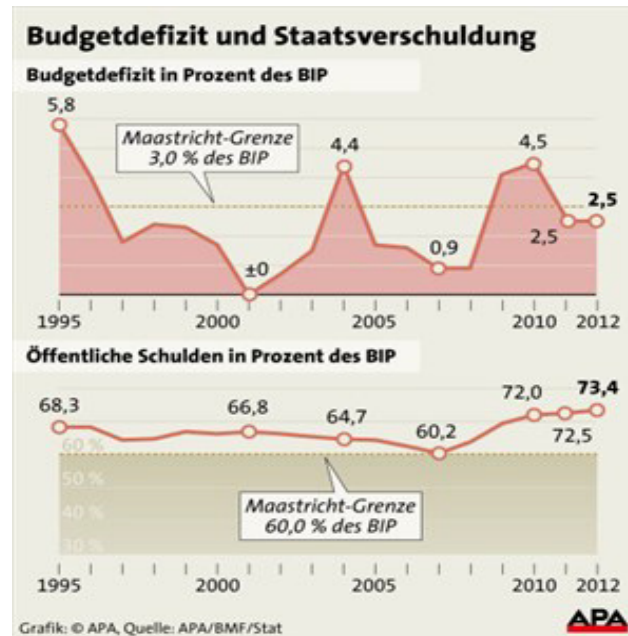


Abbildung 14: Budgetdefizit und Staatsverschuldung¹⁸¹

Diese Grafik zeigt das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung von Österreich. Ohne die staatlichen Hilfen für die Banken, würde das gesamtstaatliche Defizit nur bei 1,6% des BIPs liegen, was ca. um ein Drittel weniger ist.¹⁸²

Im Vergleich dazu steht die amerikanische Regierung, die vielen Banken nicht mit Kapitalisierungsmaßnahmen geholfen hat und dadurch die Banken in Konkurs gegangen sind. Diese Unternehmung schien vorerst sehr gewagt und unbarmherzig zu sein, die mit der Lehman Pleite berühmt wurde, jedoch war das ein guter Weg die Banken für ihr Handeln verantwortlich zu machen und ein risikoscheueres Verhalten in der Zukunft zu provozieren. Auch wenn einige Banken gerettet wurden, da sie eine Kettenreaktion auslösen würden oder Beziehungen spielen ließen, sind viele Institute in Insolvenz gegangen und haben den Steuerzahler nicht zusätzlich belastet.

¹⁸⁰ Vgl. http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/723956/AA_Warum-Oesterreich-herabgestuft-wurde (Zugriff: 10.05.13)

¹⁸¹ <http://derstandard.at/1363706288851/Defizit-2012-niedriger-als-erwartet> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁸² Vgl. <http://derstandard.at/1363706288851/Defizit-2012-niedriger-als-erwartet> (Zugriff: 10.05.13)

8 Umsetzung des alternativen Modells

Für eine nachhaltige Stabilisierung des Bankensystems bedarf es neuer Regulierungen, die anders als in der Vergangenheit, befolgt werden müssen. In diesem Kapitel werden die Möglichkeiten für die Umsetzung des alternativen Modells aufgezeigt, die neben neuen Befugnissen und frühen Eingreifen, auch vorbeugende Maßnahmen beinhalten. Dabei sollten die neuen Regulierungen nicht nur dazu dienen, die Folgen der Finanzkrise auszubessern, sondern ein optimiertes globales Bankensystem zu schaffen.¹⁸³

8.1 Vorkehrungen

Als erstes sind vorbeugende Handlungen erforderlich, um eine Fehlentwicklung schon vor der Entstehung abzuwenden. Dafür sollten künftig folgende Punkte befolgt werden:

- Sanierungspläne: Die Banken sollten Sanierungspläne vorlegen, die gute und übersichtliche Strukturen schaffen sollen. Diese sollten auch einen Restrukturierungsplan bei einer neuen Krise inkludieren, um eine eventuell nötige Restrukturierung zu vereinfachen.
- Abwicklungspläne: Die zuständigen Behörden sollten Abwicklungspläne erstellen.
- Hindernisse: Sind nun Abwicklungshindernisse von den Behörden erkannt worden, sollten die Banken verpflichtet sein diese zu beheben.
- Vereinbarungen: Es sollten Arrangements zwischen mehrere Banken erstellt werden, die als eine gruppeninterne Unterstützung dienen soll. Hier ist jedoch zu beachten, dass jede Bank für sich, auch ohne die Gruppe, überlebensfähig sein sollte.¹⁸⁴

¹⁸³ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

¹⁸⁴ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

8.2 Frühzeitige Reaktion

Als nächstes ist hier eine schnelle Reaktion bei einem nicht Erledigen von bestimmten Regulierungen der Banken, wie beispielsweise das Nicht-erfüllen der Anforderungen zum Eigenkapital oder Vorgaben zur Liquidität, sehr empfehlenswert. Dieser Eingriff sollte auf diese Weise stattfinden:

- Frühe Reaktion: Hier sollten nicht nur in Extremfällen Konsequenzen folgen, sondern auch bei auffälligen Aktionen und Unternehmungen, die später zu größeren Komplikationen führen könnten. Dies können die Entwicklungen bei faulen Krediten, beim Abschreibungsbedarf oder der Anstieg der Risikoaufschläge auf Anleihen sein. Hier sollten Grenzwerte bei den Eigenkapitalanforderungen benützt werden, welches sich aber nicht nur auf das risikogewichtete Eigenkapital, sondern auch auf die Eigenkapitalquote ohne risikogewichtete Aktive, angewendet werden sollte. Hier würden sich auch die komplexen Risiken verringern, da dadurch die „echte“ Eigenkapitalquote herangezogen wird.
- Hauptversammlung: Die Behörden sollten dazu befugt sein Verfahren im Sanierungsplan zu fordern und eine Hauptversammlung für nötige Beschlüsse einberufen zu können.
- Sonderverwalter: Den Behörden sollte ebenfalls das Recht zugeteilt werden, einen Sonderverwalter zu beauftragen.¹⁸⁵

8.3 Abwicklungs- und Restrukturierungsmittel

Ein weiterer Gegenstand für einen stabileren Bankensektor betrifft die Abwicklungs- und Restrukturierungsmittel:

- Bail-in: Wie oben erwähnt ist hier eine Einbeziehung der Gläubiger, wie Kreditinstitute und Investmentfonds, und Eigentümer bei den Kosten für das Krisenmanagement wichtig. Dafür sollten die Anteile vom Eigenkapital, wie Aktien und Partizipationsscheine, während eines Kapitalschnitts für die Gleichung der Verluste verwendet werden.

¹⁸⁵ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 14.05.13)

- Dept for equity swap: Die durch den Bail-in hervorgerufene Eigenkapitalminderung sollte dann mit dem Umwandeln der Forderungen der Gläubiger und Eigentümer in Anteilscheine wieder erhöht werden, um die Eigenkapitalquote zu erfüllen.
- Brückenbank: Hier sollte eine Veräußerung der besten Teile in der Bank gemacht werden und dann erst ein Insolvenzverfahren eingereicht werden.¹⁸⁶

8.4 Verbessertes Einlagensicherungssystem

Zudem sollte im Bereich Einlagensicherung einige neue Bestimmungen festgelegt werden, um Überforderungen im System zu verhindern. Die Sparer haben nämlich eine große Relevanz, weswegen die Banken sich nicht auf die Hoffnung, in der Not vom Staat gerettet werden zu können, verlassen sollen. Denn dieser Bereich war auch ein Teil des Grundes, wieso der Staat bei der ÖVAG eingreifen musste.¹⁸⁷ Ein besseres System kann wie folgt erreicht werden:

- Vorfinanzierung für die Einlagensicherung
- Einbeziehung der Risikofaktoren zusätzlich zu der Bemessungsgrundlage Einlagen
- Gleiches nationales System für die Einlagensicherung, um sektorale Nachteile zu überwinden
- Einführung eines Bonus-Malus-System: Dieses ist in Österreich bereits bei der Autoversicherung, Sozialversicherung, Normverbrauchsangabe und im Pensionssystem. Hier wird mit positiven und negativen Schritten versucht die betroffene Person oder Institution zu kontrollieren. Das bedeutet, wenn eine positive Leistung erbracht wurde, wird dies belohnt, indem Kosten gesenkt oder Gewinn vergrößert wird, und umgekehrt. Dies würde in der Einlagensicherung dazu verhelfen, dass die Sektoren der Institute große Risiken vermeiden.
- Effektives Bankeninsolvenzrecht

¹⁸⁶ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 14.05.13)

¹⁸⁷ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 14.05.13)

- Festlegung von systemrelevante Institute: Mit Größe, Komplexität und Vernetzung der Institute soll dargelegt werden, welche Institute essentiell für das System sind, denn diese sollten einzelstaatlich kontrolliert werden.¹⁸⁸

8.5 Erschwertes Erlangen von Staatshilfen

In Bezug auf die staatlichen Rettungsaktionen und der damit verbundene hohe Verschuldungsgrad in Österreich, sollten Regulierungen getroffen werden, um den Banken die Rekapitalisierung nicht allzu einfach zu machen und somit auch riskofreudiges Verhalten zu unterbinden:

- Steueroasen: Die bereits geretteten Banken sollten verpflichtet sein, unverzüglich ihre Filialen in Steueroasen zu schließen.
- Aufklärung: Die Banken sollten nicht nur dem Finanzminister die Begründung für eine staatliche Hilfe liefern, sondern auch dem Parlament
- Beratung: Für die Bezieher von Kleinkrediten sollten, von den Banken, Fonds eingerichtet werden, die bei Problemen von Schuldner helfen sollen.
- Komplexe Finanztransaktionen: Für Kleinkundengeschäfte sollten keine riskanten Finanztransaktionen oder eine Orientierung am Shareholder Value geben.¹⁸⁹

8.6 Neustrukturierung der Managervergütung

Ein weiteres Sorgenthema in ganz Europa und auch in Österreich ist die Managervergütung. Eine Umorientierung der Entlohnungssysteme muss erfolgen, da die bisherigen Maßnahmen nicht realisiert wurden. Die ersten Schritte für eine Neustrukturierung sollten folgende sein:

¹⁸⁸ Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 14.05.13)

¹⁸⁹ Vgl. <http://www.wien-konkret.at/wirtschaft/banken-sparkassen/staatshilfe-erste/> (Zugriff: 14.05.13)

- Steuerliche Absetzbarkeit: Diese sollte bei Vorstandsbezügen ab 500.000 Euro begrenzt werden. Zurzeit werden diese nämlich uneingeschränkt als Betriebsausgabe abgesetzt und Verringern somit die zu leistende Körperschaftssteuer.
- Soziale Merkmale: Die Vergütung sollte nicht von Aktienkursen abhängig sein, sondern in Verbindung mit Beschäftigungszahlen, Ausbildungsplätzen und dergleichen festgelegt werden.
- Höhe: Der Verdienst sollte in einem angebrachten Leistungs-Entgelt-Verhältnis stehen.
- Abfindungen: Bei einer Entlassung aufgrund bestimmter Umstände, wie beispielsweise bei schlechterem wirtschaftlichem Zustand, sollte ein Herunterstufen der Abfindung gewährt werden können.
- Herunterstufen der Entlohnung: Der Aufsichtsrat sollte befugt sein, die Gehälter herunterzusetzen, wenn sich die wirtschaftliche Situation verschlimmert.¹⁹⁰

8.7 Ratingagenturen

Eine essentielle Veränderung im System der Ratingagenturen ist unentbehrlich und sollte schon seit dem Bekanntwerden der unrichtigen Bewertungen umgesetzt werden.

- Information und Transparenz: Die bereits geforderte Transparenz und Offenlegung von mehr Informationen wurden bis heute nicht vollständig erfüllt und sollten zweifelsohne umgesetzt werden.
- Aufsichtssystem: eine Einführung eines neuen Aufsichtssystems sollte stattfinden, welche mehr den sozial ökonomischen Bedürfnissen entspricht.

¹⁹⁰ Vgl. http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d170/Vorstandsgehaelter_ATX_2012.pdf (Zugriff: 14.05.13)

8.8 Transparenz

Neben diesen ganzen Handlungen ist die Transparenz der Institute entscheidend und verpflichtend. Die Transparenz ist ein entscheidender Faktor das Vertrauen von Kunden und Anlegern wiederzugewinnen und somit den früheren Zustand wieder zu erreichen.

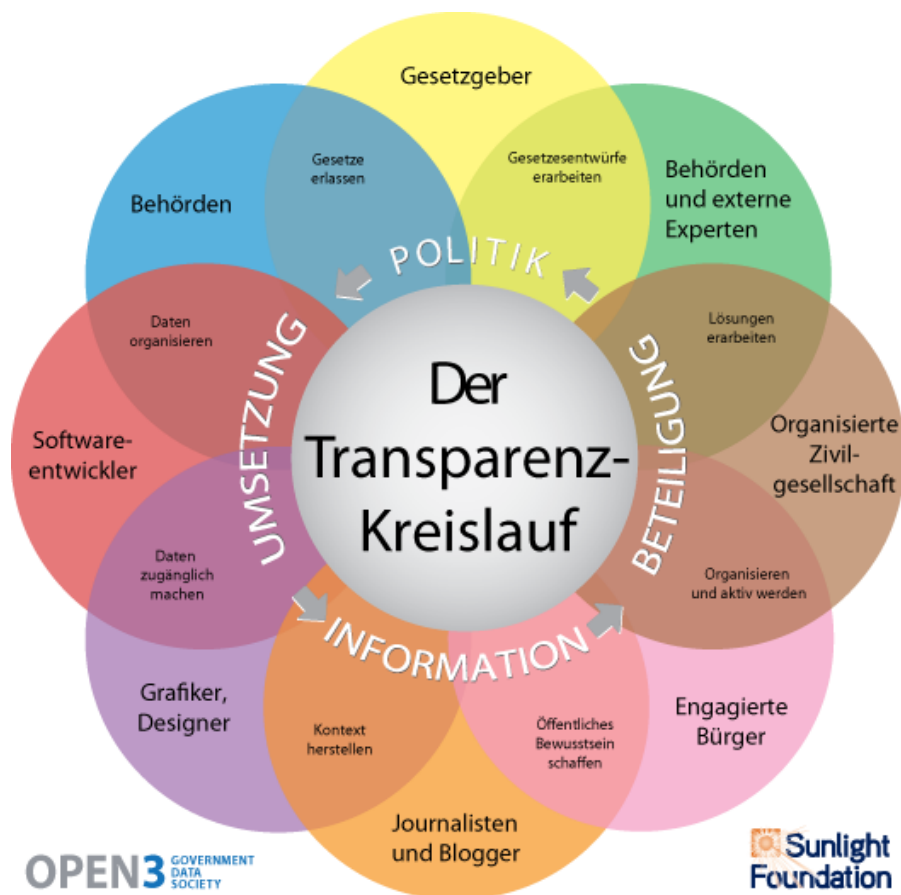


Abbildung 15: Transparenz-Kreislauf¹⁹¹

- Informationen: Den Anlegern und Bankkunden sollte es gestattet sein Informationen über die Verwendung ihrer Gelder und das Geschäftsmodell ihrer Bank einholen zu dürfen.
- Verpflichtung zur Berichterstattung: Diese sollte an die Behörden erfolgen, die mit Einreichen von Prüfberichten ergänzt werden sollte.

¹⁹¹ <http://www.open3.at/grundlagen/der-transparenz-kreislauf> (Zugriff: 14.05.13)

- Veröffentlichung: Die Prüfberichte, Geschäftsmodelle und Verwendungszwecke der Gelder sollten veröffentlicht werden und jedem Kunden zugänglich gemacht werden.
- Dokumentierung: Soziale und ökologische Folgen der Bankengeschäfte ist dringend notwendig für ein nachhaltiges System, denn diese Merkmale beeinflussen ebenfalls die Nachhaltigkeit der Wirtschaft.¹⁹²

Auch im Bereich Managervergütung wäre eine transparente Gestaltung und Offenlegung allein schon sehr vorteilhaft, da diese für Diskussionen über die Höhe der Gehälter, welche momentan nur den Aufsichtsräten bekannt ist, sorgen würde. Diese Offenlegung sollte vor allem gegenüber den Aktionären in der Hauptversammlung gemacht werden.¹⁹³

Die Verschiedenartigkeit der Systeme in Bezug auf die Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft sollte in die Bankensysteme integriert werden und ein ebenso vielfältiges Bankensystem geschaffen werden.

„Um die Finanzkrise nachhaltig zu überwinden und Verwerfungen im erlebten Ausmaß zu vermeiden, ist ein Paradigmenwechsel, nicht nur bei den Banken, sondern auch bei anderen Marktteilnehmern, Aufsichtsorganen und der Politik erforderlich. Hierbei spielen vor allem die geplanten Ausgestaltungen der Eigenkapitalvorschriften, neue Anforderungen an Vergütungssysteme, die Ausweitung des Anlegerschutzes sowie die Ausgestaltung der Einlagensicherung eine entscheidende Rolle.“¹⁹⁴

¹⁹² Vgl. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 14.05.13)

¹⁹³ Vgl. <http://wien.arbeiterkammer.at/online/ausufernde-managergehaelter-deckeln-71867.html> (Zugriff: 14.05.13)

¹⁹⁴ Werner Böhnke, Bernd Rolfes, Die Banken in ihrer größten Krise – Wie geht es weiter? 1. Auflage, 2012, S.17

9 Ausblick

9.1 Realwirtschaft

Das Wirtschaftswachstum in Österreich wird nicht ganz so hoch ausfallen wie ursprünglich erwartet. Die Prognose für 2013 wurde von 1,7% Wachstum auf 0,5% umgeändert, was weniger als ein Drittel ist. Trotz dessen, ist die Wirtschaft in Österreich im Vergleich zu Europa noch recht gut. Zwar konnte sich Österreich von der Wirtschaftskrise erholen und gute Werte erzielen, jedoch sind diese ab 2011 wieder drastisch gesunken. Die geschwächte Wirtschaft der Länder, in denen Österreich exportiert, brachte Reduktion im Export. Dadurch, dass weder der Export positive Ergebnisse lieferte, noch die Nachfrage im Land stieg, wirkte sich dies unmittelbar auf die Wirtschaft aus. Diese geringeren Absatzerwartungen resultierten ein zurückhaltendes Verhalten der Unternehmen.¹⁹⁵

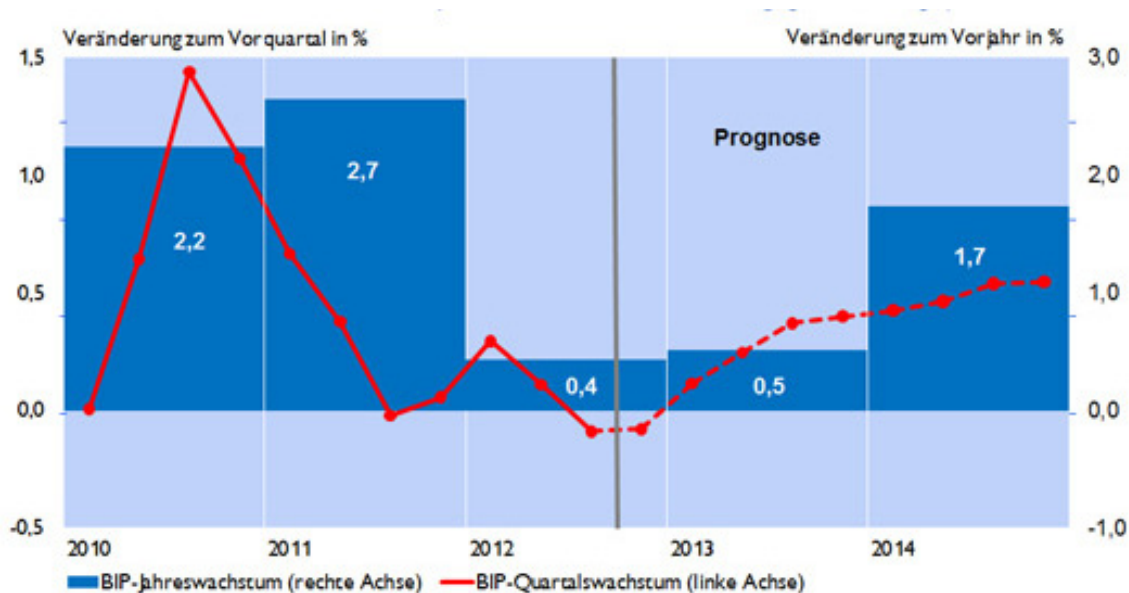


Abbildung 16: Wachstum des realen BIP¹⁹⁶

¹⁹⁵ Vgl.

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp#tcm:14-172292 (Zugriff: 15.05.13)

¹⁹⁶ Vgl.

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp#tcm:14-172292 (Zugriff: 15.05.13)

Grund für diese eher leichte Veränderung ist die momentane Schuldenkrise. Diese betrifft ganz Europa, vor allem die CESEE-Staaten, und sorgt noch immer für Rezession. Die Nachfragerückgänge wirken sich auf die Produktion aus, und diese wiederum auf die Gesamtwirtschaft. Der Ausblick dieser Entwicklung ist vom Krisenmanagement und der Umsetzung der Maßnahmen abhängig.¹⁹⁷

Für 2014 ist jedoch ein deutlicher Anstieg in Aussicht, welche 1,7% sind. Diese positive Richtung ist auf die verbesserten außenwirtschaftlichen Bedingungen zurückzuführen. Zusätzlich wird zu mehr Investitionen verleitet, indem für Wohnbauinvestitionen niedrige Zinsen und steigende Wohnpreise aufgezeigt werden.¹⁹⁸

Mit dem geschwächten Wirtschaftswachstum steigt zugleich die Arbeitslosigkeit. Hier wird im Jahr 2013 ein Beschäftigungswachstum von 16.000 Personen erwartet. Dieses belief sich jedoch im Vorjahr auf 45.000 Personen. Hier wird ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 4,7% prognostiziert, welche im Jahr 2014 beibehalten wird.¹⁹⁹

Bezüglich der Inflation ist ein Rückgang zu erwarten. Dieser wird sich künftig unter dem Preisstabilitätsziel von 2% der Europäischen Zentralbank befinden. Hier werden im Jahr 2013 mit 1,7% und im Jahr 2014 mit 1,6% gerechnet, welche auch mit sinkenden Rohstoffpreisen einhergehen.²⁰⁰

¹⁹⁷ Vgl.

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp#tcm:14-172292 (Zugriff: 15.05.13)

¹⁹⁸ Vgl.

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp#tcm:14-172292 (Zugriff: 15.05.13)

¹⁹⁹ Vgl.

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp#tcm:14-172292 (Zugriff: 15.05.13)

²⁰⁰ Vgl.

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp#tcm:14-172292 (Zugriff: 15.05.13)

	2011	2012	2013	2014
Wirtschaftliche Aktivität				
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)			
Bruttoinlandsprodukt	+2,7	+0,4	+0,5	+1,7
Privater Konsum	+0,9	+0,3	+0,5	+1,1
Öffentlicher Konsum	+0,5	+0,8	+0,9	+1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+6,3	+1,0	+0,8	+2,5
Exporte insgesamt	+7,1	+1,8	+2,7	+5,6
Importe insgesamt	+7,0	+1,7	+3,0	+5,4
	in % des nominellen BIP			
Leistungsbilanzsaldo	+0,6	+1,7	+1,5	+1,9
	Veränderung zum Vorjahr in %			
	+3,6	+2,5	+1,7	+1,6
Preise				
Harmonisierter Verbraucherpreisindex				
Einkommen und Sparen				
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens			
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-0,8	+0,4	+0,3	+1,4
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Sparquote	7,4	7,4	7,3	7,6
Arbeitsmarkt				
	in % des Arbeitskräfteangebots			
Unselbstständig Beschäftigte	+2,0	+1,2	+0,4	+0,7
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Arbeitslosenquote laut Eurostat	4,2	4,4	4,7	4,7
Budget				
	in % des nominellen BIP			
Budgetsaldo (Maastricht)	-2,5	-3,0	-2,1	-1,8
Staatsverschuldung	72,4	74,6	75,7	75,4

Tabelle 4: Prognose für 2013 und 2014²⁰¹

Für die Jahre 2013 und 2014 wird der Budgetsaldo von -1,8% des BIP vorausgesagt, welcher gut zu beurteilen ist, angesichts des geringen Transfers an teilverstaatlichte Institute und den gesetzten Konsolidierungsmaßnahmen.²⁰²

9.2 Finanzwirtschaft

Für das Bankensystem sieht die Prognose eher schlecht aus. Diese sind durch mehrere Komponenten begründet. Erstens befinden sich die Staaten, die mit Österreich in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung stehen, teilweise in Rezession oder Konjunkturabschwung. Im Bankensektor wird mit Schwierigkeiten bedingt durch Kreditausfälle gerechnet. Diese Befürchtungen stammen

²⁰¹ Vgl.

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp#tcm:14-172292 (Zugriff: 15.05.13)

²⁰² Vgl.

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp#tcm:14-172292 (Zugriff: 15.05.13)

hauptsächlich von, an die CESEE- Staaten vergebenen, Fremdwährungskrediten ab. 80% von den hochspekulativen Krediten sind bereits in den kommenden 5 Jahren fällig und sorgen jetzt schon für Bedenken, denn einige CESEE-Staaten sind konjunkturell geschwächt. Zweitens werden voraussichtlich im Jahr 2014 die steigenden Risikokosten, welche eine geringe Qualität der Aktiva bestätigt, zu einer Minderung der Ertragskraft führen, welche ebenfalls von den Staaten in Mittel- und Osteuropa herbeigeführt werden.²⁰³

Dazu sollte noch erwähnt werden, dass nur die drei größten Banken in den CESEE-Staaten tätig sind und die restlichen Banken auf inländische Geschäfte konzentriert sind. So sind diese Banken weniger von Mittel- und Osteuropa-Risiko betroffen. Jedoch lösen der niedrige Wachstum und die niedrigen Erträge in der Zukunft, die aus hohem Wettbewerb im Inland verursacht werden, eine Einschränkung bei der Kapitalbildung aus.²⁰⁴

Bei den Auflagen für die österreichischen Banken, die für die Unterstützung gedacht sind, werden für die Jahre 2013 und 2014 keine essentiellen Veränderungen erwartet. Hier wurden, trotz geplanten Maßnahmen die Gläubiger an den Verlusten zu beteiligen, keine Fortschritte erreicht.²⁰⁵

Allerdings sind auch positive Prognosen ersichtlich. Hier wurde ein Erfolg dieses Jahr verzeichnet, indem ab Herbst 2013 die „Finanzwetten“ meldepflichtig werden um mehr Transparenz zu schaffen. In Österreich betrifft das 1 Bio Euro.²⁰⁶ Weiters wurde nun ein Gesetzesentwurf für ein Bankenorganisationsrecht verfasst, welcher besagt, dass künftig die Steuerzahler nicht mehr bei Insolvenzen von Banken aufkommen werden. Dabei werden die Banken neustrukturiert und sich an die EU-Richtlinien angepasst.²⁰⁷

²⁰³ Vgl. http://www.moodys.com/research/Moodys-behlt-negativen-Ausblick-fr-sterreichisches-Bankensystem-bei--PR_267924 (Zugriff: 15.05.13)

²⁰⁴ Vgl. http://www.moodys.com/research/Moodys-behlt-negativen-Ausblick-fr-sterreichisches-Bankensystem-bei--PR_267924 (Zugriff: 15.05.13)

²⁰⁵ Vgl. http://www.moodys.com/research/Moodys-behlt-negativen-Ausblick-fr-sterreichisches-Bankensystem-bei--PR_267924 (Zugriff: 15.05.13)

²⁰⁶ Vgl. http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/540367_Ausblick-fuer-Austrobanken-negativ.html (Zugriff: 15.05.13)

²⁰⁷ Vgl. http://www.moodys.com/research/Moodys-behlt-negativen-Ausblick-fr-sterreichisches-Bankensystem-bei--PR_267924 (Zugriff: 15.05.13)

10 Zusammenfassung

In dieser Masterarbeit wurden die Entwicklung der globalen Finanzkrise und ihre Auswirkung auf die österreichische Bankenlandschaft untersucht. Dabei wurden die Gründe der Krise, die ihren Ursprung im amerikanischen Immobilienmarkt findet, und die internationale Verbreitung mit komplexen Finanzpaketen auf den Banken-, Finanz- und Wirtschaftssektor erläutert.

Die Masterarbeit verschafft einen Einblick in die globalen Folgen, welche sowohl in den Finanzmärkten, als auch in der Realwirtschaft anzutreffen sind. Der Bankensektor war mit den Wertverlusten der Wertpapiere, der Kreditklemme, Insolvenzmeldungen und der Vertrauenskrise im Interbankenmarkt und der privaten Haushalte betroffen. Die Realwirtschaft hingegen, hatte hauptsächlich mit Konjunkturerinbrüchen, Arbeitslosigkeit und Verlusten bei Pensionsfonds zu kämpfen. Hinzu kam der außerordentlich hohe Verschuldungsgrad der Staaten. Zum Entgegenwirken der Krise wurden Stabilisierungsmaßnahmen, wie Konjunkturprogramme und Reformvorschläge, getroffen, die in der Arbeit präsentiert wurden.

Der Kernpunkt dieser Arbeit war es aufzuzeigen, von welchen Auswirkungen der Krise die österreichischen Banken betroffen waren, welchen Strukturwandel diese durchlebt haben und ob dieser Wandel die Nachhaltigkeit des inländischen Bankensystems bestärkt hat. Dabei wurden die einzelnen Schwächen der momentanen Struktur untersucht, die gezeigt haben, dass das jetzige Bankensystem noch in vielerlei Hinsicht Mängel aufweist, oder die geplanten Maßnahmen in der Praxis nicht erfüllt werden.

Darauf aufbauend wurde in dieser Arbeit ein alternatives nachhaltiges Modell kreiert, das mögliche Wege beschreibt, ein besseres Bankensystem zu schaffen. Hier hat sich herauskristallisiert, dass Vorkehrungen, eine Strukturveränderung, die Unterbindung von Leichtsinnigkeit und Fahrlässigkeit, Transparenz in den Strukturen und die Offenlegung von Informationen entscheidende Faktoren für ein stabiles Bankensystem sind.

Abschließend wurde dargelegt, mit welchen Methoden diese Verbesserungsvorschläge umgesetzt werden können. Hier wurden durchführbare

Regulierungen aufgelistet, die eine Richtung für ein stabileres Bankensystem sorgen können.

Als Ergebnis der bisherigen Analyse lässt sich resümieren, dass eine frühzeitige Reaktion, Abwicklungs- und Restrukturierungsmittel, verbessertes Einlagensystem, erschwertes Erlangen von Staatshilfen, Verbesserung bei Managervergütung und Ratingagenturen und Sanierungs- und Abwicklungspläne erstellt werden müssen.

Rückblickend kann man sagen, dass zwar viele Regulierungen und Maßnahmen getroffen worden sind, jedoch einige wichtige Bereiche, welche auch Mitbegründer der Krise sind, noch eine Umsetzung benötigen. Die Ausbesserung der Fehlentscheidungen ist heute noch immer nicht beendet und präsent in den Medien, wie beispielsweise die Beteiligung der Märkte an den Kosten der Finanzkrise mit der Transaktionssteuer.

Die Zukunftsprognose schaut für Österreich, laut der Österreichischen Nationalbank, in Bezug auf die Realwirtschaft nicht viel anders aus als die jetzige Lage. Hier werden leichte positive Ergebnisse erwartet. In der Finanzwirtschaft jedoch, stehen den Banken noch einige Risiken bevor, wie das Mittel- und Osteuropa-Risiko. Allerdings wird nach wie vor an dem jetzigen System gearbeitet und das Ziel von einem besseren Bankensystem nicht aufgegeben.

Schlussendlich kann man sagen, dass die Basis einer guten und zweckmäßigen Regulierung das Erhalten von Informationen und die Verschaffung von Klarheit mithilfe von Transparenz in der Bankenstruktur sind. Allein mit den Ergebnissen ausreichender Analysen kann die Richtung erkannt und ein Fortschritt erzielt werden. Ohne diese entscheidenden Elemente werden Probleme weder erkannt, noch behoben.

11 Quellenverzeichnis

11.1 Literatur

Böhnke Werner, Rolfes Bernd, Die Banken in ihrer größten Krise – Wie geht es weiter? 1. Auflage, 2012

Sommer Rainer, Die Subprime-Krise, 1. Auflage, 2008

Frey Eric, Mit der Krise leben lernen, 2009

Hörmann, Haeseler, Die Finanzkrise als Chance, 2011

Aymo Brunetti, Wirtschaftskrise ohne Ende?, 1.Auflage, 2011

11.2 Internet

Investor Wissen 24, Suprime-Kredit,

<http://www.investorwissen24.de/boersenlexikon/s/news/subprime-kredit/> (Zugriff: 01.05.13)

Credit Suisse, Globale Trends, [https://infocus.credit-](https://infocus.credit-suisse.com/app/article/index.cfm?fuseaction=OpenArticle&aoid=225926&lang=DE)

[suisse.com/app/article/index.cfm?fuseaction=OpenArticle&aoid=225926&lang=DE](https://infocus.credit-suisse.com/app/article/index.cfm?fuseaction=OpenArticle&aoid=225926&lang=DE) (Zugriff: 01.05.13)

Konrad Adenauer Stiftung, Wo liegt der Ursprung der Finanzkrise?,

<http://www.kas.de/wf/de/71.7069/> (Zugriff: 01.05.13)

Konrad Adenauer Stiftung, Kann man die Finanzwirtschaft tatsächlich von der

Realwirtschaft trennen?, <http://www.kas.de/wf/de/71.7115/> (Zugriff: 01.05.13)

Konrad Adenauer Stiftung, Bekommen die Unternehmen noch ausreichend

Kredite oder leiden sie unter einer „Kreditklemme“?,

<http://www.kas.de/wf/de/71.7108/> (Zugriff: 01.05.13)

Finanzkrisenspecial, Finanzkrise ab 2007,

<http://www.finanzkrisenspecial.de/finanzkrise-ab-2007.html> (Zugriff: 01.05.13)

Das Wirtschaft und Werte Lexikon, Finanzkrise 3.

http://www.kath.de/lexika/wirtschaft_werte/finanzkrise_3_europaeische_banken_amerikanische_immobilienboom.html (Zugriff: 01.05.13)

Neue Rheinische Zeitung, Ein zutiefst korruptes System,

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16322> (Zugriff: 01.05.13)

Hans Seidel Stiftung, Die internationale Finanzkrise –Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen,

http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/081016_Argumentation-kompakt.pdf (Zugriff: 01.05.13)

Financial Times Deutschland, Hoher Ölpreis bedroht die Weltwirtschaft,

<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/rohstoffe/:finanzkrise-hoher-oelpreis-bedroht-die-weltwirtschaft/60123046.html> (Zugriff: 01.05.13)

Internet Publikation für Allgemeine und Integrative Psychotherapie, Ursachen und Therapie der Finanzkrise, <http://www.sgip.org/politpsy/finanz/FiKris78.htm> (Zugriff: 01.05.13)

Sein, Die Heilung des Vertrauens, <http://www.sein.de/archiv/2008/april-2008/die-finanzkrise-wird-zur-vertrauenskrise.html> (Zugriff: 01.05.13)

Wien Konkret, Börsenkrach 2008-2009, <http://www.wien-konkret.at/wirtschaft/boerse/boersenkrach2008-2009/>

(Zugriff: 01.05.13)

Österreichische Nationalbank, Österreichs Finanzsektor im Zeichen der Krise: ein Kurzüberblick, http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_schwerpunkt01_tcm14-139948.pdf (Zugriff: 01.05.13)

Österreichische Nationalbank, Realwirtschaftliche Sektoren von der Krise erfasst, http://www.oenb.at/de/img/fmsb_17_bericht03_tcm14-139946.pdf (Zugriff: 01.05.13)

Österreichische Nationalbank, Statistiken,

http://www.oenb.at/de/img/stat_2012_q4_gesamt_tcm14-251065.pdf (Zugriff: 10.05.13)

Format, Österreich leistete im Vorjahr einen Rekord:

Leistungsbilanz mit 9,8 Mrd. €-Überschuss,

http://www.format.at/articles/0918/525/241497_s1/oesterreich-vorjahr-rekord-leistungsbilanz-9-8-mrd-ueberschuss (Zugriff: 01.05.13)

Format, Finstere Job-Aussichten: Die Folgen der Finanzkrise treffen Österreichs Unternehmen, <http://www.format.at/articles/0842/525/222670/finstere-job-aussichten-die-folgen-finanzkrise-oesterreichs-unternehmen> (Zugriff: 05.05.13)

Hans Böckler Stiftung, Finanzkrise – Ursachen, Wirkungen, Rettungspakete und Regulierung – Langfassung, http://www.boeckler.de/pdf/bb_folien_finanzmarktkrise.pdf (Zugriff: 01.05.13)

Finanzkrisen.net, Die Auswirkung der Finanzkrise auf die Realwirtschaft, <http://www.finanzkrisen.net/die-auswirkung-der-finanzkrise-auf-die-realwirtschaft/> (Zugriff: 01.05.13)

Wirtschaftswoche, US-Arbeitslosigkeit so hoch wie seit 1983 nicht mehr, <http://www.wiwo.de/politik/konjunktur-us-arbeitslosigkeit-so-hoch-wie-seit-1983-nicht-mehr/5580990.html> (Zugriff: 01.05.13)

Wirtschaftswoche, Jobkrise in Euro-Zone verschärft sich deutlich, <http://www.wiwo.de/politik/trotz-rezessions-ende-jobkrise-in-euro-zone-verschaerft-sich-eutlich/5609816.html> (Zugriff: 01.05.13)

Duden, Kurzarbeit, <http://www.duden.de/rechtschreibung/Kurzarbeit> (Zugriff: 05.05.13)

Kredit, Keine Kreditklemme in Österreich, <http://www.kreditheini.at/2009/02/keine-kreditklemme-in-osterreich/> (Zugriff: 05.05.13)

Statistik, Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich, http://www.statistik.gv.at/web_de/wcmsprod/groups/v/documents/webobj/023738.gif (Zugriff: 05.05.13)

Eva Hauth und Bernhard Grossmann, Budgetentwicklung der Bundesländer in Österreich i, Krisenjahr 2009 und Ausblick, http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/studie_text_budgetentwicklung_bundeslaender_2009_final_tcm163-235698.pdf (Zugriff: 05.05.13)

Kleine Zeitung, Österreichs wichtigste Exportzielländer stecken in der Krise, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/wirtschaft/finanzkrise/1657722/index.do> (Zugriff: 05.05.13)

Österreichische Nationalbank, Reden und Präsentationen,

http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/2009/pressekonferenz_2008_rede_mag_andreas_ittner.jsp (Zugriff: 05.05.13)

Österreichische Nationalbank, Fakten zu Österreich 2013,

http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_jaenner_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 05.05.13)

Österreichische Nationalbank, Vorsichtige Kreditpolitik der Banken bei verhaltener Kreditnachfrage der Unternehmen,

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2013/2013q2/pa20130424_vorsichtige_kreditpolitik_der_banken_bei_verhaltener_kreditnachfrage_der_unternehmen.jsp#tcm:14-254761 (Zugriff: 05.05.13)

Österreichische Nationalbank, Jeder fünfte Euro sofort verfügbar – Finanzvermögen der Haushalte auf Liquiditätskurs,

http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/gfr/2013/pa_gfr_20130423_jeder_fuenfte_euro_sofort_verfuegbar__finanzvermoegen_der_haushalte_auf_liquiditaetskurs.jsp#tcm:14-254865 (Zugriff: 05.05.13)

Österreichische Nationalbank, Nachhaltigkeitspaket für Österreichs Banken soll Finanzmarktstabilität stärken,

http://www.oenb.at/de/presse_pub/aussendungen/2012/2011q1/pa_aufsicht__nachhaltigkeitspaket_fuer_oesterreichs_banken__246091_page.jsp (Zugriff: 10.05.13)

Österreichische Nationalbank, Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2012 bis 2014 vom Dezember 2012,

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp#tcm:14-172292 (Zugriff: 15.05.13)

Infoplattform Wissenswertes, Gute Ausgangsposition mit Skepsis,

<http://www.wissenswertes.at/index.php?id=arbeitslos-2008> (Zugriff: 05.05.13)

Infoplattform Wissenswertes, Arbeitslosigkeit 2009: starker Anstieg,

<http://www.wissenswertes.at/index.php?id=arbeitslos-2009> (Zugriff: 05.05.13)

Die Alternative, Arbeitslosigkeit in Österreich und Europa,

<http://diealternative.org/arbeitszeit/2010/04/arbeitslosigkeit-in-osterreich-und-europa/> (Zugriff: 05.05.13)

Arbeiterkammer, Finanzkrise: Private Pensionssysteme auf dem Prüfstand,

<http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d122/PrivatePensionssysteme.pdf> (Zugriff: 05.05.13)

Arbeiterkammer, Baustelle Banken -Österreich braucht neue Strukturen,

<http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d176/Presseunterlage.pdf> (Zugriff: 10.05.13)

Profil, Crash: Die Auswirkungen der Wirtschafts- krise auf die Seele der

Österreicher, <http://www.profil.at/articles/0941/560/253006/crash-die-auswirkungen-wirtschafts-seele-oesterreicher> (Zugriff: 05.05.13)

Goldreporter, Seit 2008 hat die Welt ein Viertel ihrer Staatsverschuldung

angehäuft, <http://www.goldreporter.de/seit-2008-hat-die-welt-ein-viertel-ihrer-staatsverschuldung-angehauft/news/15322/> (Zugriff: 05.05.13)

Bundeszentrale für politische Bildung, Öffentlicher Schuldenstand,

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70570/oeffentlicher-schuldenstand> (Zugriff: 05.05.13)

Spiegel Online, Globale Folgen: Finanzkrise stürzt Schwellenländer ins Desaster,

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/globale-folgen-finanzkrise-stuerzt-schwellenlaender-ins-desaster-a-585366-2.html> (Zugriff: 05.05.13)

Stern, Notenbanken fluten Markt mit Geld,

<http://www.stern.de/wirtschaft/news/milliarden-unterstuetzung-notenbanken-fluten-markt-mit-geld-639479.html> (Zugriff: 05.05.13)

Finanzen, Aktueller Leitzins, <http://www.finanzen.net/leitzins/?inLeitzinsNr=3>

(Zugriff: 05.05.13)

Netzeitung, Konjunkturprogramme im Überblick,

<http://www.netzeitung.de/wirtschaft/wirtschaftspolitik/1275217.html> (Zugriff: 05.05.13)

Bundesministerium für Finanzen, Maßnahmenpaket zur Sicherung und

Stabilisierung des österreichischen Finanzmarktes,

http://www.bmf.gv.at/Finanzmarkt/ManahmenpaketzurSic_9175/_start.htm (Zugriff: 05.05.13)

Wirtschaftsdeutsch, Arbeitsblatt: Europäische Konjunkturpakete gegen die Wirtschaftskrise, <http://www.wirtschaftsdeutsch.de/lehrmaterialien/arbeitsblatt-konjunkturpakete-eu.pdf> (Zugriff: 05.05.13)

Die Presse, Übernahme: Fünf Banken teilen sich die Constantia Privatbank, http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/423316/Uebernahme_Fuenf-Banken-teilen-sich-die-Constantia-Privatbank (Zugriff: 05.05.13)

Die Presse, 17 von 18 US-Banken bestehen Stresstest, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1353677/17-von-18-USBanken-bestehen-Stresstest> (Zugriff: 05.05.13)

Die Presse, US-Banken sind bei der Bewältigung der Krise besser, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1354025/USBanken-sind-bei-der-Bewaeltigung-der-Krise-besser> (Zugriff: 05.05.13)

Die Presse, AA+: Warum Österreich herabgestuft wurde, http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/723956/AA_Warum-Oesterreich-herabgestuft-wurde (Zugriff: 05.05.13)

Die Presse, Stresstest: Banken haben dicken Risikopolster, http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/1297133/Stresstest_Banken-haben-dicken-Risikopolster- (Zugriff: 10.05.13)

Die Presse, Bei Österreichs Banken wackeln bis zu 10.000 Jobs, http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/582019/Bei-Oesterreichs-Banken-wackeln-bis-zu-10000-Jobs?_vl_backlink=/home/wirtschaft/international/583089/index.do&direct=583089 (Zugriff: 10.05.13)

Der Rechnungshof, Kommunalkredit Austria AG und KA Finanz AG, <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/kommunalkredit-austria-ag-und-ka-finanz-ag.html> (Zugriff: 05.05.13)

Germany Trade and Invest, Konjunkturprogramme weltweit – Chancen in der Krise, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/_SharedDocs/Pdf/Maerkte/Konjunkturprogramme/oesterreich.pdf (Zugriff: 05.05.13)

Institute für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Anspruch und Wirklichkeit der Finanzmarktreform: Welche G20-Versprechen wurden umgesetzt?.

http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_26_2012.pdf (Zugriff: 05.05.13)

Wirtschaftsdienst, Die Entwicklung der Weltwirtschaft 2013,

<http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2012/12/2899/?PHPSESSID=ccf8890afa5dee6b3c789537cd190526> (Zugriff: 05.05.13)

Start Trading, Liste der Pleitebanken USA, <http://www.start-trading.de/blog/liste-der-pleitebanken-usa/> (Zugriff: 05.05.13)

Handelsblatt, So schneiden die US-Großbanken 2012 ab,

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/quartalszahlen-so-schneiden-die-us-grossbanken-2012-ab/7606912.html?slp=false&p=12&a=false#image> (Zugriff: 05.05.13)

Handelsblatt, Welche Gewinne Europas Großbanken kassieren,

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/jahresauftakt-welche-gewinne-europas-grossbanken-kassieren/6523228.html?slp=true&p=10&a=true#image> (Zugriff: 05.05.13)

Zeit Online, US-Großbanken erzielen wieder Milliarden Gewinne,

<http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2012-10/us-banken-gewinne-hypotheiken> (Zugriff: 05.05.13)

Der Standard, Staat mit über 20 Milliarden bei Banken engagiert,

<http://derstandard.at/1358305698084/Oesterreich-mit-ueber-20-Milliarden-bei-Banken-engagiert> (Zugriff: 05.05.13)

Der Standard, Bankenpaket lastet auf Staatshaushalt,

<http://derstandard.at/1363706288851/Defizit-2012-niedriger-als-erwartet> (Zugriff: 10.05.13)

Arbeitsgemeinschaft Finanzen, Nachhaltigkeitsbanken / Ökobanken:

Zuverlässigkeit für Verbraucher, <http://www.arbeitsgemeinschaft-finanzen.de/bank/banken-mit-nachhaltigkeitphp.php> (Zugriff: 10.05.13)

Uniprotokolle, Transparenz, <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Transparenz.html>

(Zugriff: 10.05.13)

Finanzen 100, Casino-Kapitalismus, <http://www.finanzen100.de/dossier/Casino-Kapitalismus/> (Zugriff: 10.05.13)

Staatlich Anerkannte Schuldenberatung, Banken nach der Krise,
http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/das-budget/asb_info65_66.pdf (Zugriff: 10.05.13)

Arbeiterkammer, ATX: Managergehälter - Analyse per April 2012,
http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d170/Vorstandsgehaelter_ATX_2012.pdf
(Zugriff: 10.05.13)

Arbeiterkammer, Ausufernde Managergehälter deckeln,
<http://wien.arbeiterkammer.at/online/ausufernde-managergehaelter-deckeln-71867.html> (Zugriff: 10.05.13)

World Socialist Web Side, Bankenskandale und die Forderung nach Vergesellschaftung, <http://www.wsws.org/de/articles/2013/02/bank-f09.html>
(Zugriff: 10.05.13)

Österreichische Nationalbank, Fakten zu Österreich und seinen Banken April 2013,
http://www.oenb.at/de/img/fakten_zu_oesterreich_april_2013_screen_tcm14-233465.pdf (Zugriff: 10.05.13)

Die Krone, Bankenpaket kann uns fast 5 Milliarden Euro kosten,
http://www.krone.at/Oesterreich/Bankenpaket_kann_uns_fast_5_Milliarden_Euro_kosten-RH-Bericht-Story-335510 (Zugriff: 10.05.13)

Wien-Konkret, Erste Bank und Staatshilfe, <http://www.wien-konkret.at/wirtschaft/banken-sparkassen/staatshilfe-erste/> (Zugriff: 14.05.13)

Open 3, Der Transparenz-Kreislauf, <http://www.open3.at/grundlagen/der-transparenz-kreislauf> (Zugriff: 14.05.13)

Moody's Investors Service, Global Credit Research - 08 Mar 2013,
http://www.moody's.com/research/Moodys-behlt-negativen-Ausblick-fr-sterreichisches-Bankensystem-bei--PR_267924 (Zugriff: 15.05.13)

Wiener Zeitung, Ausblick für Austrobanken negativ,
http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/540367_Ausblick-fuer-Austrobanken-negativ.html (Zugriff: 15.05.13)

12 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Entstehung der Krise	7
Abbildung 2 Innen- und Außenfinanzierung des Unternehmenssektors.....	13
Abbildung 3 Börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate.....	15
Abbildung 4 Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts.....	20
Abbildung 5 Das internationale Wirtschaftswachstum	23
Abbildung 6 Exportwachstum in Österreich	25
Abbildung 7 Vorgemerkte Arbeitslose und Personen in Schulung.....	27
Abbildung 8 Staatsschulden in Europa	30
Abbildung 9 Leitzinswerte	33
Abbildung 10 Wachstum des Welthandels und der Wirtschaft	47
Abbildung 11 Staatliches Kapital für österreichische Banken	50
Abbildung 12 Aktivitäten in den CESEE-Staaten.....	63
Abbildung 13 Europäische Bankensysteme	65
Abbildung 14 Budgetdefizit und Staatsverschuldung.....	72
Abbildung 15 Transparenz-Kreislauf	78
Abbildung 16 Wachstum des realen BIP	80

13 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Umsetzung der vorgenommenen Maßnahmen.....	46
Tabelle 2 Gewinn- und Verlustrechnung österreichischer Banken, konsolidiert .	53
Tabelle 3 Aufwands- und Ertragsaufstellung der Bankenpakete	59
Tabelle 4 Prognose für 2013 und 2014	82

14 Lebenslauf

Name: Fulya Izgin
Geburtsdatum: 05. Juni 1988
Geburtsort: Wien

STUDIUM

2011	Abschluss des Bakkalaureatsstudiums der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Wien
laufend	Masterstudium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Wien
Spezialisierungen:	Kernfachkombination Transportation Logistics Institutsvorstand: o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Richard F. Hartl Kernfachkombination Financial Services Institutsvorstand: o. Univ.-Prof. Dr. Jörg Finsinger

FACHBEZOGENE BERUFSTÄTIGKEIT

Versicherungsberaterin OVB Vermögensberatung

SPRACHKENNTNISSE

Deutsch	2. Muttersprache
Englisch	Verhandlungsfähig
Französisch	Grundkenntnisse
Türkisch	1. Muttersprache